



Die Landräte und Oberkreisdirektoren des Rheinisch-Bergischen Kreises und seiner Vorgänger

Vorwort

Die politische Landkarte Europas wurde mit dem Wiener Kongress 1814/1815 infolge der Niederlage Napoleons erheblich verändert. So wurde das Rheinland 1815 dem preußischen Staat zugeschlagen. Der preußische König Friedrich Wilhelm III. setzte mit der am 30. April 1815 beschlossenen „Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialbehörden“ eine der ersten Verwaltungsreformen in Kraft. Danach wurde Preußen in Provinzen, Regierungsbezirke Kreise und kreisfreie Städte eingeteilt.

Im Rheinland wurde daraufhin die Provinz Jülich-Kleve-Berg mit den Regierungsbezirken Düsseldorf, Köln und Kleve gebildet. 1816 entstanden dann unsere Vorgängerkreise der Kreis Opladen, Mülheim am Rhein, Solingen, Lennep und Wipperfürth. Der Rheinisch-Bergische Kreis kann daher heute auf eine 200jährige Geschichte zurück blicken.

Der Rheinisch-Bergische Kreis in seiner heutigen Form ist zurückzuführen auf die kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, die am 1. Januar 1975 in Kraft getreten ist. So wurde aus Teilen des alten Rheinisch-Bergischen Kreises und des früheren Rhein-Wupper-Kreises der neue Rheinisch-Bergische Kreis gebildet, der bis heute Bestand hat. Er umfasst heute die Städte Bergisch Gladbach, Burscheid, Leichlingen, Overath, Rösrath und Wermelskirchen sowie die Gemeinden Kürten und Odenthal.

Anhand von Dokumenten aus den Beständen des Kreisarchivs des Rheinisch-Bergischen Kreises kann diese wechselvolle Geschichte bis in unsere Gegenwart nachvollzogen werden. Ich wünsche den Leserinnen und Lesern dieser Broschüre eine spannende Zeitreise durch 200 Jahre höchst lebendige Kreisgeschichte.

[Unterschrift]

Stefan Santelmann



Erläuterungen



Der Home-Button bringt Sie immer wieder zurück zum Anfang der Präsentation



Der Karte-Button zeigt Ihnen das Kreisgebiet der einzelnen Landkreise



Der Gebäude-Button zeigt Ihnen das Landratsamt der einzelnen Landkreise



Start der Präsentation von Beginn an

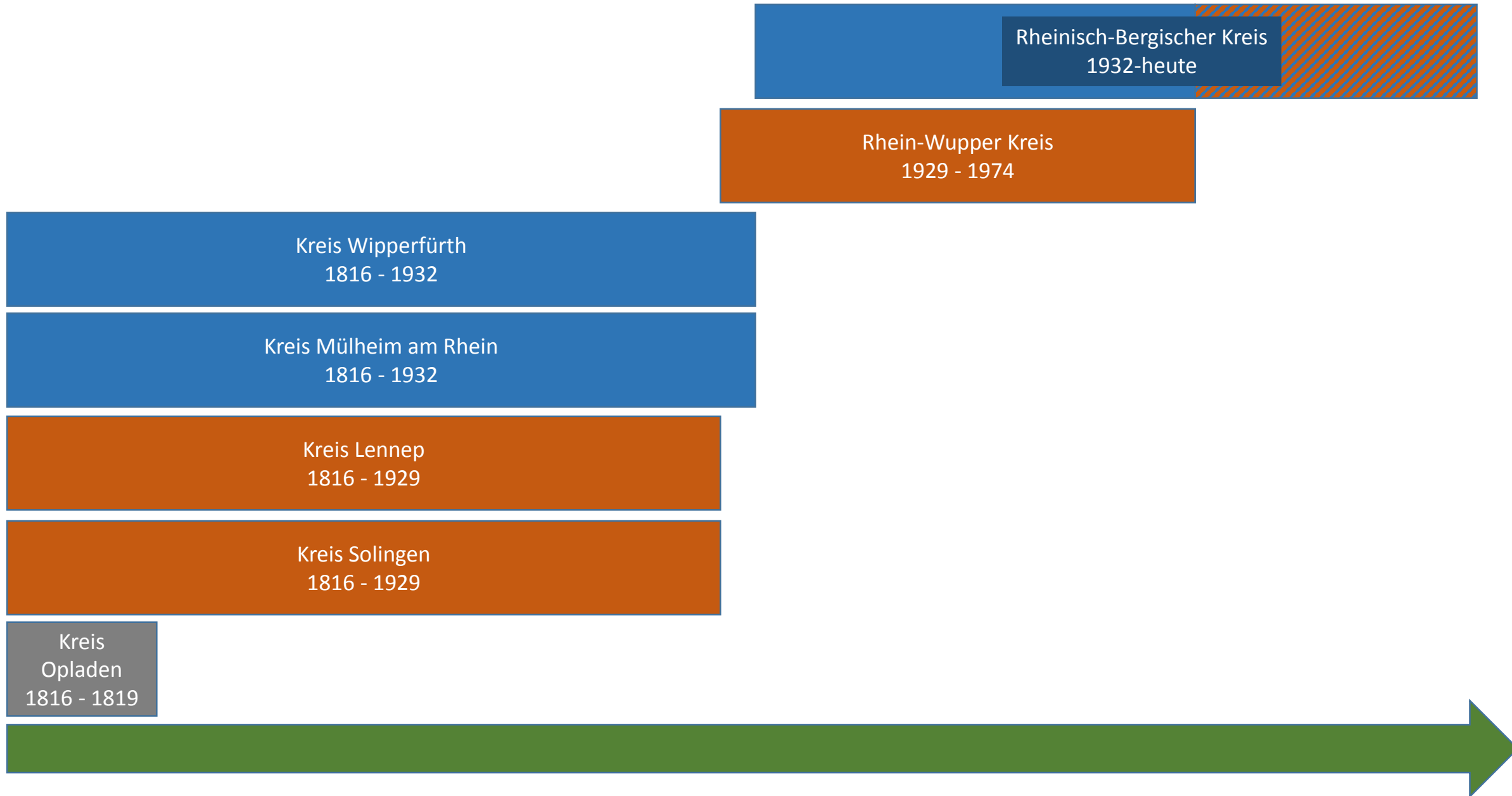
[Quellenverzeichnis](#)

[Literaturverzeichnis](#)

1816



2016



Rheinisch-Bergischer Kreis
1932-heute

Rhein-Wupper Kreis
1929 - 1974

Kreis Wipperfürth
1816 - 1932

Kreis Mülheim am Rhein
1816 - 1932

Kreis Lennep
1816 - 1929

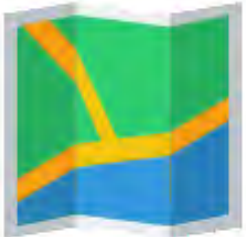
Kreis Solingen
1816 - 1929

Kreis
Opladen
1816 - 1819

Die Landräte des Rhein-Wupper Kreises



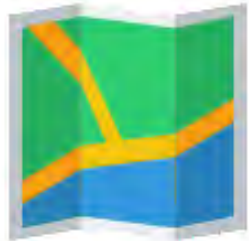
Die Oberkreisdirektoren des Rhein-Wupper Kreises



Die Landräte des Rheinisch-Bergischen Kreises



1932-1974



1975-heute



Die Oberkreisdirektoren des Rheinisch-Bergischen Kreises



Die Landräte des Rhein-Wupper Kreises



Peter Trimborn
1929-1933



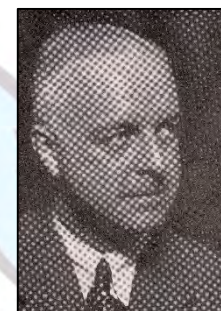
Fritz Mißmahl
1933-1934



Rudolf Murray
1935-1936



Dr. Georg Horstmann
1937-1940



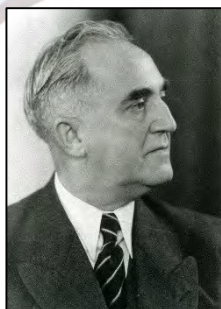
Wilhelm Dombois
1940-1942



Dr. Reinfried von Baumbach
1942-1945



Dr. Franz Redies
1945



Friedrich Hofacker
1946



Eugen Schneider
1946-1948



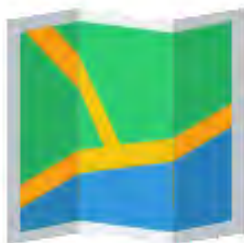
Wilhelm Gladbach
1948-1958
1961-1964



Ewald Flamme
1958-1961



Wilhelm Helf
1964-1974



1927-1929

Peter Trimborn

Peter Trimborn (*11.04.1881; † 20.04.1941) war Redakteur und Verwaltungsbeamter. Er war das uneheliche Kind eines Landwirtes und Elise Trimborn. Nach einer Ausbildung als Weber (Textilarbeiter) war er 1910 Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes in Bamberg. Seit 1902 war er Mitglied der SPD. Von 1914 bis 1927 war er Redakteur der SPD-Zeitung "Rheinische Zeitung". Von 1919 bis 1927 war Peter Trimborn Stadtverordneter in Köln. Dort war er von 1923 bis 1927 Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion. Am 6. 10. 1927 wurde Peter Trimborn kommissarisch zum Landrat des Kreises Solingen bestellt. Ab 29. 3. 1928 ist er dann endgültig Landrat in Opladen. Am 31. 7. 1929 wird er zunächst in den einstweiligen Ruhestand versetzt, bekommt dann aber ab dem 1. 8. 1929 kommissarisch die Verwaltung des neuen Landratsamtes im Kreis Solingen-Lennep übertragen. Dieses Amt hatte er bis zu seiner Absetzung am 23.02.1933 inne. Danach war er Kohlenhändler in Köln. Er war verheiratet. Peter Trimborn war darüber hinaus Vorsitzender des Bergischen Geschichtsvereins, Abteilung Niederwupper. Heute ist der Platz vor dem Stadtarchiv in Opladen nach ihm benannt.



1933-1934

Fritz Mißmahl

Fritz Mißmahl (* 7. August 1897 in Kassel; † 30. Mai 1945 in Trebbin) war Jurist, Verwaltungsbeamter und Politiker der NSDAP. Seine Eltern waren der Arzt und Sanitätsrat Dr. Friedrich Mißmahl und Adele geb. Michelsen. Er besuchte das Gymnasium in Wiesbaden. Im ersten Weltkrieg kämpfte Mißmahl seit 1916 als Kriegsfreiwilliger. Er wurde an der West- und Ostfront eingesetzt und wurde zum Leutnant befördert. Er erhielt als Auszeichnung für seine militärischen Leistungen das Eiserne Kreuz II. und I. Klasse und das Baltenkreuz. Nach dem ersten Weltkrieg studierte er von 1921 bis 1923 Rechts- und Staatswissenschaften an der Eberhard Karls Universität Tübingen und von 1923 bis 1925 an der Georg-August-Universität Göttingen. Nachdem er 1925 das Erste Juristische Staatsexamen bestanden hatte, wurde er Referendar und legte 1929 das Zweite Juristische Staatsexamen ab. Er arbeitete von 1929 bis 1932 als Gerichtsassessor in Düsseldorf. 1923 noch während seines Studiums trat Mißmahl in die NSDAP ein und wurde dort Personalreferent des NSDAP-Gaus Düsseldorf. 1932 wurde er für die NSDAP in den Preußischen Landtag gewählt, dem er bis zu seiner Auflösung im Oktober 1933 angehörte. Am 1. 4. 1933 wurde er als Gerichtsassessor als kommissarischer Landrat im Rhein-Wupper-Kreis eingesetzt. Ab 1.11.1933 wurde er endgültig als Landrat bestellt. Auf eigenen Wunsch schied er als Landrat aus, um ab dem 18. 12. 1934 zum Vizepräsidenten der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz ernannt zu werden. Mißmahl trat 1943 in die SS ein. Er war evangelisch und unverheiratet.



1935-1936

Rudolf Murray

Rudolf Murray (* 03.09.1898; † 1945) war Verwaltungsbeamter. Er war Mitglied der NSDAP und vom 04.04.1933 bis zur Auflösung am 15.12.1933 Stadtverordneter in Düsseldorf. Vom 1. August 1933 bis September 1934 war er Dienststellenleiter der Düsseldorfer GeStapo-Leitstelle, deren Beamte an der Verfolgung und Unterdrückung politischer Gegner im Verbund mit der Düsseldorfer SA, der SS und der Hilfspolizei beteiligten. Über diese Aktionen konnten sich Rudolf Murray und andere Beamte profilieren. Rudolf Murray wurde Regierungsrat und leitete vertretungsweise vom 1. 1. 1935 bis zum 30. 4. 1936 das Landratsamt des Rhein-Wupper-Kreises. Rudolf Murray war evangelisch.



1937-1940

Dr. Georg Horstmann

Georg Horstmann (* 23. Mai 1894 in Bielefeld; † 20. November 1940 in Düsseldorf) war ein Jurist und Landrat. Seine Eltern waren der Arzt und Sanitätsrat Dr. med. Bernhard Gottfried Horstmann und Minna geb. Kranefuß. Er besuchte das Gymnasium in Bielefeld, das er am 16.3.1912 mit dem Abitur verließ. Danach studierte er von 1912 bis 1919 Geschichte und Rechtswissenschaften in Bonn, Kiel, Freiburg, Berlin und Münster. Von 1914 bis 1918 nahm er am ersten Weltkrieg teil. Am 16.8.1920 verließ er die Universität Münster mit seiner Promotion. Am 11.10.1919 begann er als Gerichtsreferendar seine Ausbildung beim Amtsgericht Bad Oeynhausen. Er wurde am 30.7.1920 zum Regierungsreferendar bei der Regierung Düsseldorf ernannt. Von April bis September 1921 ist er kommissarischer Bürgermeister von Xanten. Am 30.9.1922 wurde Georg Horstmann Regierungsassessor und arbeitete als Hilfsarbeiter beim Landratsamt Rathenow. Dort wurde er am 1.1.1928 zum Regierungsrat ernannt. Ab Mai 1930 war er im Oberpräsidium Schneidemühl und ab Januar 1931 im Oberpräsidium Breslau tätig. Vom 4. Oktober 1932 bis zum 25. März 1933 war er kommissarischer Polizeipräsident in Oppeln. Vom 7.11. 1933 bis 1936 wurde ihm die Leitung des Landratsamtes im Landkreis Frankenstein in Schlesien sowie im Landkreis Breslau übertragen. Ab dem 16. 11. 1936 wurde Georg Horstmann vertretungsweise Landrat im Rhein-Wupper Kreis. Ab dem 6. 4. 1937 übernahm er diese Stelle zunächst kommissarisch bis er am 12. 6. 1937 endgültig zum Landrat in Opladen bestellt wurde. Er verstarb am 20. 11. 1940. Er war evangelisch und mit Hildegart Eilenfeld verheiratet. Von 1919 bis 1932 war er Mitglied der DVP.



1940-1942

Wilhelm Dombois

Friedrich Wilhelm Dombois (* 25. März 1890 in Berlin-Schöneberg; † 25. August 1982) war Jurist und Landrat. Seine Eltern waren der Landrat und Geheime Regierungsrat Gustav Dombois und Johanna geb. Schnabelius. Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte er Rechtswissenschaften in Marburg, Straßburg und Berlin. Am 23.10.1882 begann er seine Ausbildung als Gerichtsreferendar beim Landgericht in Köln. Danach kam er zum Landgericht Aachen, zum Amtsgericht Erkelenz und zur Staatsanwaltschaft Berlin. Am 13.11.1884 wurde er Regierungsreferendar und war bei den Regierungen Aachen und Köslin tätig. Am 22.12.1887 wurde Wilhelm Dombois Regierungsassessor und war bei der Direktion der Verwaltung der Direkten Steuern beschäftigt. Er kam am 3.7.1890 als kommissarischer Landrat in das Landratsamt Prüm. Am 18.6.1891 folgte seine endgültige Ernennung. Danach wurde er am 16.12.1899 in das Landratsamt Guben versetzt. Wilhelm Dombois wurde am 22.8.1900 zum Regierungsrat ernannt und arbeitete beim Oberpräsidium der Rheinprovinz. Die Ernennung zum Oberregierungsrat folgte am 23.3.1903. Am 30.4.1907 wurde er Oberverwaltungsgerichtsrat und am 20.6.1921 Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht. Von 1920 bis 1922 war er zunächst Landrat im Kreis Prenzlau, danach von 1922 bis 1927 im Kreis Stolp. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 versuchte er neutral zu bleiben, fiel dadurch jedoch in Ungunst des zuständigen Gauleiters, weswegen er 1937 entlassen wurde. Er ging nach Düsseldorf und wurde von 1937 bis 1945 Landrat im Kreis Mettmann. Vom 26. 11. 1940 bis 1942 war Wilhelm Dombois vertretungsweise Landrat im Rhein-Wupper-Kreis. Er war evangelisch und verheiratet mit Charlotte Bolck.



1942-1945

Dr. Reinfried von Baumbach

Dr.iur. et rer.pol Reinfried von Baumbach (* 17. Oktober 1898 in Gelnhausen) war der Sohn von dem Regierungspräsident Philipp von Baumbach und Klara geb. v. Laffert. Reinfried von Baumbach meldete sich 1915 als Kriegsfreiwilliger und war bis 1919 aktiver Offizier. Danach studierte er von 1919 bis 1921 Rechtswissenschaften in Breslau, Berlin und Würzburg, hat aber das Studium nicht abgeschlossen. Er promovierte in Würzburg im Januar 1921. Danach war er als Genossenschaftsrevisor bei Raiffeisengenossenschaften tätig. Ab 1921 war er Bankvolontär bzw. Bankbeamter. 1925 widmete er sich einer kaufmännischen Tätigkeit. Am 8.10.1935 übernahm er vertretungsweise die Verwaltung des Landratsamtes Fraustadt. Dort wurde er am 26.10.1936 zum kommissarischen Landrat bestellt. Am 1.4.1937 folgte dann die definitive Ernennung zum Landrat. Vom 6.9.1939 bis zum 6.3.1940 war Reinfried von Baumbach zugleich vertretungsweise in der Verwaltung des Landratsamtes Lissa tätig. Er nahm dann von Juni 1940 bis April 1942 am zweiten Weltkrieg teil. Am 30.9.1942 wurde er zum Landrat des Rhein-Wupper-Kreises ernannt. Vom 15.4.1945 bis zum 23.4.1945 war Reinfried von Baumbach „acting Landrat“, wurde dann jedoch vom 30.4.1945 bis zum 12.12.1945 inhaftiert. Danach wurde er als Landrat entlassen. Reinfried von Baumbach war evangelisch und entstammt dem hessischen Uradel. Er war mit Ruth Bertha Gertrud Alice von Stockhausen verheiratet.



1945

Dr. Franz Redies

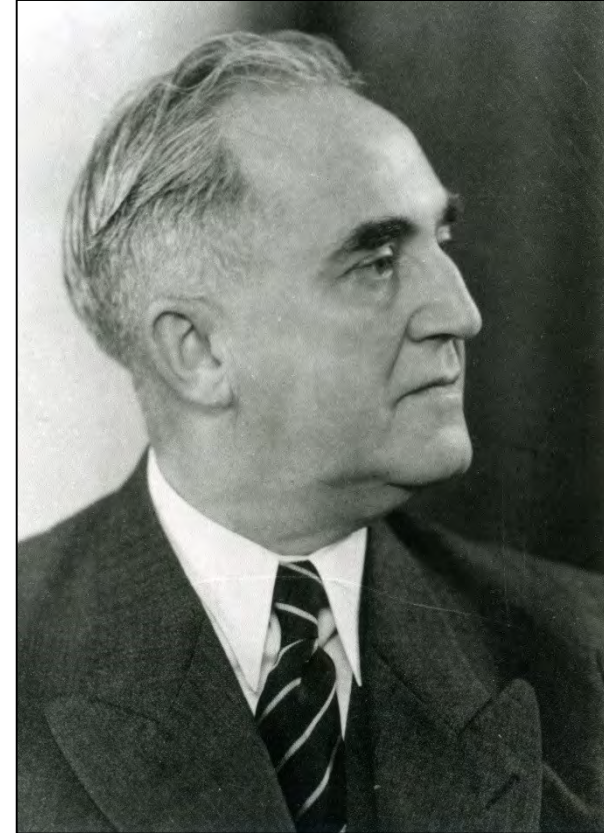
Franz Redies (* 20. Juli 1899; † 2. Mai 1985) war Landrat und Direktor der I.G. Farben Werke Leverkusen. Er wurde 1945 von den Amerikanern zum Landrat im Rhein-Wupper Kreis eingesetzt und Ende Dezember 1945 von Friedrich Hofacker abgelöst. Nach dem zweiten Weltkrieg war Franz Redies Mitbegründer der Deutschen Aufbaupartei, einer rechtsextremen politischen Partei, die am 31.10.1945 in Gronau gegründet wurde. 1950 gründete Franz Redies als Patentanwalt seine eigene Kanzlei in Bergisch Neukirchen und später in Opladen und Düsseldorf.



1946

Friedrich Hofacker

Friedrich Hofacker (*28.02.1881, Elberfeld; † 04.07.1952, Köln) war Politiker und Landrat. Nach Abschluss der Volksschule macht Friedrich Hofacker zunächst eine Lehre zum Dreher. Von 1913 bis 1919 war Friedrich Hofacker Stadtverordneter in Opladen. Dann von 1919 bis 1933 arbeitete er als hauptamtlicher Bezirksleiter des Eisenbahnerverbands mit Sitz in Kassel. Nach vier erfolglosen Reichstagskandidaturen 1924 bis 1930 wurde er von 1929 bis 1933 Stadtverordnetenvorsteher in Kassel. Er übernahm den Vorsitz der SPD in Kassel und wurde Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Hessen-Nassau. Von 1932 bis 1933 war Friedrich Hofacker Mitglied des preußischen Landtags. Als SPD-Mitglied musste er 1933 nach Frankreich emigrieren. Nach seiner Rückkehr 1945 wurde Friedrich Hofacker Landrat des Rhein-Wupper-Kreises. Er war evangelisch und Mitglied der SPD.



1946-1948

Eugen Schneider

Eugen Schneider (*26.10.1897, Gevelsberg; † 31.05.1983, Leverkusen) war Politiker und Gewerkschafter (Gewerkschaftssekretär). Als CDU-Mitglied wurde Eugen Schneider von 1945 bis 1948 Mitglied des Rates der Stadt Leverkusen. Von 1946 bis 1948 war er dann Landrat des Rhein-Wupper Kreises. Danach war Eugen Schneider von 1964 bis 1971 als Bürgerschaftliches Mitglied bei der Stadt Leverkusen tätig.



1948-1958

Wilhelm Gladbach

Wilhelm Gladbach (* 29. Februar 1908 in Leichlingen; † 4. Dezember 1967 in Opladen) war ein Politiker und Landrat. Zunächst besuchte Wilhelm Gladbach die Volksschule und des Gymnasium und studierte dann an der Universität Bonn. 1934 absolvierte er ein Volontariat bei der Bergischen Post in Opladen. Danach war er in Opladen als Redakteur und Chefredakteur tätig. Er war verheiratet. Er gehörte dem Kreistag des Rhein-Wupper-Kreises von 1946 bis 1965 als CDU-Mitglied an. Darüber hinaus war er Mitglied des Rates der Stadt Opladen und der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland. Von 1946 bis 1948 war er Bürgermeister in Opladen. Vom 2. November 1948 bis zum 3. Dezember 1958 und vom 10. April 1961 bis zum 12. Oktober 1964 war er Landrat des Rhein-Wupper-Kreises. Daneben war Wilhelm Gladbach in verschiedenen Gremien des Landkreistages tätig. Er wurde mit dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse ausgezeichnet.



1958-1961

Ewald Flamme

Ewald Flamme (* 3. August 1896 in Solingen; † 1. April 1962) war Politiker und Landrat. Er besuchte zunächst die Volksschule und die kaufmännische Berufsschule und machte eine kaufmännische Lehre. Danach wurde er Angestellter und später Geschäftsführer. Von 1919 bis 1923 war er Mitglied des Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verbands, einer völkisch-antisemitische Angestelltengewerkschaft. 1923 trat Ewald Flamme jedoch der SPD bei. Von 1923 bis 1933 war er Mitglied des Zentralverbands der Angestellten und von 1934 bis 1945 Mitglied der Deutschen Arbeitsfront. Von 1926 bis 1939 war er Geschäftsführer eines Bauvereins. Ewald Flamme beteiligte sich am Aufstand und Attentat gegen Hitler am 20. Juli 1944 und wurde deshalb inhaftiert. Ab 1945 war Ewald Flamme Mitglied der Industriegewerkschaft Bau und erneut bis 1962 Geschäftsführer des Bauvereins. Vom 30. September 1957 bis 12. Juli 1958 saß er für die SPD im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Er rückte über die Landesliste der SPD in der 03. Wahlperiode am 30.09.1957 nach. Ewald Flamme gehörte von 1946 bis 1962 dem Kreistag des Rhein-Wupper-Kreises und war von 1945 bis 1955 Mitglied im Rat der Stadt Opladen. Darüber hinaus war er Mitglied der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland. Vom 3. Dezember 1958 bis zum 10. April 1961 war er Landrat des Rhein-Wupper-Kreises. Daneben war er in unterschiedlichen Gremien des Landkreistages NRW tätig. In Opladen wurde die Ewald-Flamme-Straße nach ihm benannt Landkreistag Nordrhein-Westfalen: Dokumentation über die Landräte und Oberkreisdirektoren in Nordrhein-Westfalen 1945-1991.



1964-1974

Wilhelm Helf

Wilhelm Helf (* 16. September 1900 in Elberfeld; † 16. August 1978 in Langenfeld) war Politiker. Er besuchte die Volksschule und war danach bis 1923 im Ruhrbergbau tätig. Er bildete sich an der staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Bochum in Abendkursen und als Gasthörer an der Verwaltungsakademie Bochum weiter. 1918 trat er in die SPD ein und wurde Gewerkschaftsmitglied. Wilhelm Helf arbeitete von 1920 bis 1928 als ehrenamtlicher Jugendleiter der Sozialistischen Arbeiter-Jugend im Ruhrgebiet und leitete anschließend eine SPD-Volksbuchhandlung in Bochum. Später machte er sich als Buchhändler selbstständig. Er war verheiratet. Vom 24. Juli 1966 bis 25. Juli 1970 saß Wilhelm Helf für die SPD im Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen. Er wurde im Wahlkreis 051 Rhein-Wupper-Kreis I direkt gewählt. Von 1948 bis 1960 war er Ratsmitglied der Stadt Langenfeld und gehörte dem Kreistag des Rhein-Wupper-Kreises von 1956 bis zum 31. Dezember 1974 an. Von Oktober 1964 bis Dezember 1974 war er Landrat des Rhein-Wupper-Kreises. Wilhelm Helf wurde mit dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse und dem Ehrenring der Stadt Langenfeld ausgezeichnet.



Die Oberkreisdirektoren des Rhein-Wupper Kreises



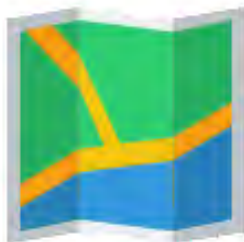
Hermann Hofmann
1946-1952



Dr. Karl Bubner
1952-1967



Dr. Wilhelm Richter
1967-1974



1946-1952

Hermann Hofmann

Hermann Hofmann (*18. Mai 1886 in Rheinbach, † 19. September 1962 in Opladen) war vom 1. Juli 1946 bis zum 30. April 1952 Oberkreisdirektor des Rhein-Wupper Kreises. Bevor Hermann Hofmann nach als Oberkreisdirektor nach Opladen war er bereits in der Verwaltung von Homberg, Anrath, Krefeld, Hamborn und Duisburg tätig. Seine Amtszeit war geprägt durch die typischen Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit. Vor Allem der Hunger wurde zur größten Herausforderung für Hermann Hofmann. Er lenkte den Kreis durch diese schwierige Zeit durch ein sehr gutes Verhältnis zu den politischen Parteien und auch zur britischen Besatzungsmacht. Er schaffte es sich durch seine gradlinige Art auch bei den kritischen Stimmen, die es durchaus auch gab, Anerkennung und Respekt zu verschaffen. So verlängerte Der Kreistag dann auch 1951 seine Amtszeit über das 65. Lebensjahr hinaus. 1956 wurde er für seine Arbeit mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet. Er war neben seiner Verwaltungstätigkeit philosophisch und musisch sehr interessiert. Hermann Hofmann war verheiratet mit Luise Romanowsky und hatte eine Tochter (Marlis Schulze-Feren).



1952-1967

Dr. Karl Bubner

Karl Bubner (*16.01.1902 in Schlebusch; † 16.08.1987) war der Sohn des Oberförsters Karl Bubner. Karl Bubner war von Juli 1933 bis Mai 1945 Landrat des Kreises Altena. 1945 wurde er inhaftiert. Nach seiner Entnazifizierung war er von 1946 bis 1952 Geschäftsführer des Landkreistages Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. Von 1952 bis 1962 war Karl Bubner dann Oberkreisdirektor des Rhein-Wupper-Kreises. Er war Vorsitzender des Vorstandes des Wupperverbandes und begleitete so den Bau und die Einweihung der Dhünntalsperre. Daneben war er bis 1970 Vorsitzender der Abteilung Niederwupper des Bergischen Geschichtsvereins und Vorstandsmitglied im Schloßbauverein Burg an der Wupper. Er wurde 1979 mit dem Rheinlandtaler und dem

Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Der Nachlass von Karl Bubner ist im Kreisarchiv des Märkischen Kreises unter der Bezeichnung „NL Bu“ archiviert.



1967-1974

Dr. Wilhelm Richter

Wilhelm Richter (* 14.07.1925 in Ochtrup; † 17.08.1986 Leverkusen-Opladen) war Beamter und Oberkreisdirektor des Rhein-Wupper-Kreises. Nach dem Besuch des Gymnasiums machte Wilhelm Richter 1943 sein Abitur. Vom 18.05.1943 bis zum 14.08.1943 war er zum Reichsarbeitsdienst eingeteilt. Danach folgte vom 07.10.1943 bis zum 07.05.1945 sein Kriegsdiensteinsatz als Fähnrich zur See in der Schiffsstammabteilung in Stralsund. Am 08.05.1945 geriet er in Kriegsgefangenschaft, aus der er am 28.07.1945 wieder entlassen wurde. Während des Sommersemesters 1946 arbeitete er im Rahmen des studentischen Einsatzdienstes beim 2. Studentenbautrupp der Universität Bonn. Vom 01.10.1946 bis zum 31.03.1950 studierte Wilhelm Richter Rechts- und Staatswissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelm Universität zu Bonn. Am 24.06.1950 legte er vor dem Justizprüfungsamt beim Oberlandesgericht in Hamm sein erstes juristisches Staatsexamen ab. Daraufhin folgte vom 02.11.1951 bis zum 29.03.1955 der Vorbereitungsdienst für den höheren Justizdienst beim OLG in Hamm. Während dessen wurde er am 05.12.1951 zum Referendar ernannt und erhielt am 17.11.1954 seinen Dokortitel. Am 29.03.1955 legte Wilhelm Richter dann die große zweite Staatsprüfung vor dem Landesjustizprüfungsamt ab. Vom 15.04.1955 bis zum 14.04.1958 arbeitete er im anwaltlichen Anwärtersdienst und anschließend als freier Mitarbeiter in der Rechtsanwaltspraxis Kühle, Voßhenrich und Rettig in Gronau. Am 15.04.1958 wechselte er als Assessor in die Kreisverwaltung des Rhein-Wupper Kreises. Dort war er bis zum 25.06.1959 Leiter des Rechtsamtes. Er wurde zum Kreisrechtsrat befördert und war vom 26.06.1959 bis zum 14.02.1963 Amtsleiter und Dezernent. Am 28.02.1961 wurde Wilhelm Richter dann Beamter auf Lebenszeit. Danach folgte am 15.02.1963 die Ernennung zum Oberrechtsrat. Mit Wirkung vom 01.02.1967 wurde Wilhelm Richter am 25.10.1966 zum Oberkreisdirektor gewählt. In seine Amtszeit fällt die Auslösung des Rhein-Wupper Kreises zum 01.01.1975. Wilhelm Richter wurde jedoch nochmals am 26.05.1975 mit Wirkung zum 21.07.1975 und am 26.10.1978 zum Kreisdirektor gewählt. Am 17.08.1986 verstarb er völlig überraschend. Er war verheiratet und hatte ein Kind.



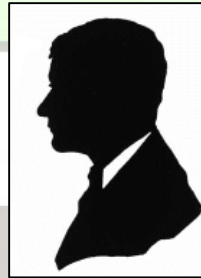
Die Landräte des Rheinisch-Bergischen Kreises



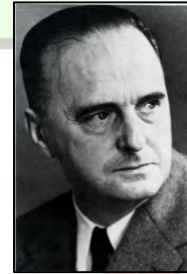
Mathias Eberhard
1932-1933



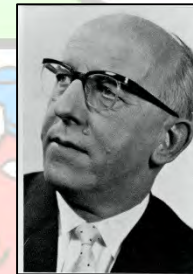
Julius Mennicken
1933-1945



Fritz Heuser
1945-1946



Herbert Klein
1946-1948



Josef Roesch
1948-1958



Carl Allmann
1958-1962



**Prof. Dr.
Hubert Görg**
1962-1968



Dr. Konrad Kraemer
1968-1989



Dr. Rolf Hahn MdL
1989-1999



Norbert Mörs
1999-2004



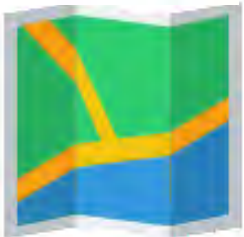
Rolf Menzel
2004-2011



**Dr. Hermann-Josef
Tebroke**
2012-2017



Stefan Santelmann
seit 2017



1932-1933

Mathias Eberhard

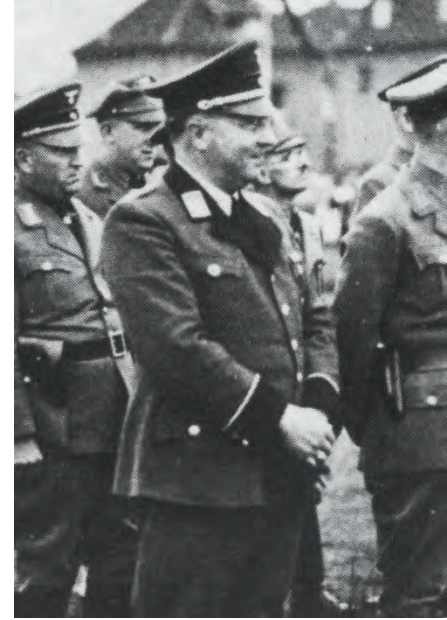
Mathias Eberhard (* 2. Januar 1871 in Trier; † 28. Oktober 1944 in Köln) war von 1932 bis 1933 Landrat im Rheinisch-Bergischen Kreis. Sein Vater war der Gymnasiallehrer und spätere Gymnasialdirektor Dr. Johann Baptist Eberhard, seine Mutter Rosa Eberhard geb. Grach. Er besuchte das Gymnasium in Sigmaringen, welches er 1890 mit der Reifeprüfung verließ. Danach studierte er von 1891 bis 1894 in München, Tübingen und Marburg Rechtswissenschaften. In Tübingen gehörte er 1892 der Studentenverbindung Corps Borussia Tübingen an. Am 5.3.1894 wurde Mathias Eberhard Gerichtsreferendar und am 18.3.1896 Regierungsreferendar. Am 25.3.1899 wurde er zum Regierungsassessor ernannt und am 11.6.1899 zur Regierung in Schleswig überstellt. 1900 ließ er sich zur Ausbildung in der Landwirtschaft beurlauben. Danach arbeitete er bei den Regierungen in Trier, Wiesbaden und Frankfurt/Oder. Am 3.6.1907 wurde Mathias Eberhard zum Regierungsrat ernannt und kehrte im November 1908 zur Regierung in Köln zurück. Im November 1918 wurde er kommissarischer Landrat im Landkreis Mülheim. Im Januar 1920 folgte seine endgültige Ernennung zum Landrat in Mülheim. Ab dem 1.10.1932 war Mathias Eberhard dann nach der Kommunalreform Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises. Mathias Eberhard war katholisch. Er heiratete am 29. April 1902 in Trier Angela Patheiger, die Tochter des Tabakfabrikanten und Weingutsbesitzers Heinrich Josef Patheiger und der Christine geb. Eichhorn. Am 15. März 1933 ersuchte Mathias Eberhard um die Entlassung als Landrat. Seit 1909 war Mathias Eberhard Mitglied im Verwaltungsrat des Kölner Gymnasial- und Stiftungsfonds.



1933-1945

Julius Mennicken

Julius Mennicken (* 27. Dezember 1893 in Bedburg; † 7. Juni 1983 in Bergisch Gladbach) war von 1933 bis 1945 Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises. Sein Vater war Josef Mennicken, Oberlehrer an der Ritterakademie in Bedburg, seine Mutter Clara Mennicken, geb. Wolff. Er besuchte das humanistische Gymnasiums in Mülheim am Rhein, das er im Jahr 1913 mit der Reifeprüfung verließ. Danach studierte er von 1913 bis 1914 und von 1918 bis 1921 in München Rechts- und Volkswissenschaften. Von 1914 bis 1918 kämpfte er als Soldat im ersten Weltkrieg. Er beendete seine Studien aus wirtschaftlichen und gesundheitlichen Gründen aber nicht, sondern nahm im Jahr 1922 eine kaufmännische Beschäftigung bei einer Kölner Firma auf. Julius Mennicken trat am 1. Juli 1929 in die NSDAP ein. Er war von 1931 bis 1937 in Köln Kreisleiter. Am 24. April 1933 übernahm Julius Mennicken zunächst vertretungsweise die Verwaltung des Kreises. Mit Erlass vom 13. Januar 1934 wurde ihm dann zum 17. Januar das Amt kommissarisch übertragen. Endgültig wurde er zum 1. April 1934 datiert vom 5. April 1934 als Landrat eingesetzt. 1938 zog die Kreisverwaltung in die ehemalige Fabrikantenvilla der Familie Zanders, was pompös gefeiert wurde. Julius Mennicken stand 1938 der Abteilung Rheinisch-Bergischer-Kreis des Bergischen Geschichtsvereins als Vereinsführer vor. Er wurde nach Kriegsende vom 22. April bis zum 31. Juli 1945 interniert. Seit dem 1. März 1948 war er wieder in einem Handelsunternehmen beschäftigt. Er nahm das Pseudonym Julius Werth, den Geburtsnamen seiner Ehefrau, an und betätigte sich schriftstellerisch. Der Katholik Julius Mennicken heiratete am 9. Januar 1923 in Frelenberg Maria Werth (* 2. Februar 1901 in Zweibrücken), die Tochter des Landwirts und Gutspächters Hieronymus Werth.



1945-1946

Fritz Heuser

Fritz Heuser (*1890; †1962) war von 1923 bis 1945 zunächst Beamter bei der Bezirksregierung in Köln. Vom 07. Mai bis zum 20. Mai 1945 war er Bürgermeister der Gemeinde Kürten. Nach Kriegsende wurde er von der britischen Militärregierung zum Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises eingesetzt. Er hat dieses Amt vom 21. Mai 1945 bis zum 17. Juni 1946 wahrgenommen. Vom 18. Juni 1946 bis zum 31. Dezember 1947 war er dann schließlich Oberkreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises.

1946-1948

Herbert Klein

Herbert Klein (* 24. Juni 1906 in Wilhelmshaven; † 25. Juni 1978 in Lugano) war von 1946 bis 1948 Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises. Er studierte Rechtswissenschaften und war nach Referendars- und Assessorzeit ab 1930 Rechtsanwalt in Köln. Von 1954 bis 1968 war er dann Polizeipräsident in Düsseldorf. Herbert Klein war seit 1945 Mitglied der CDU und saß von 1946 bis 1954 im Landtag von Nordrhein-Westfalen zunächst als ernanntes Mitglied und ab 1946 als direkt gewählter Abgeordneter für den Rheinisch-Bergischen Kreis (Süd). Neben seiner Tätigkeit als Landrat war er zwischen 1946 und 1948 Mitglied im Stadtrat von Porz. 1968 erhielt er das Bundesverdienstkreuz I. Klasse.

Mitglied des Landtags vom 2. Oktober 1946 bis 4. Juli 1954.

Mitglied des Landtags in den Ernennungsperioden:

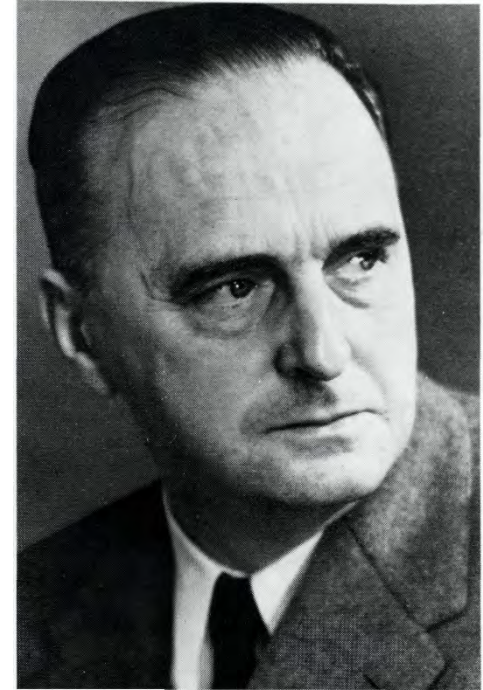
Ernannt in der 1. Ernennungsperiode

Ernannt in der 2. Ernennungsperiode

Direkt gewählt:

in der 01. Wahlperiode im Wahlkreis 026 Rhein-Berg. Kreis-Süd

in der 02. Wahlperiode im Wahlkreis 026 Rhein-Berg. Kreis-Süd



1948-1958

Josef Roesch

Direkt gewählt: Josef Roesch (* 25. August 1902 in Köln; † 30. September 1969 in Langenfeld) war Landrat im Rheinisch-Bergischen Kreis von 1948 bis 1958. Den Besuch der Volksschule und des Gymnasiums schloss er mit der Reifeprüfung ab. Er machte jedoch zunächst eine kaufmännische Ausbildung. Danach studierte er und wurde Diplom-Kaufmann und Jurist. Er arbeitete im Justizdienst und war Mitinh

aber und Geschäftsführer eines Industrieunternehmens. Von 1925 bis 1933 war Roesch Mitglied der Zentrumspartei. Nach dem zweiten Weltkrieg war er Mitglied der CDU. Am 30. September 1969 verunglückt Roesch tödlich auf der Autobahn. Er war verheiratet und hatte zwei Kinder. Vom 5. Juli 1950 bis zum 23. Juli 1966 war Roesch Abgeordneter im Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen, wo er die Wahlkreise 027 Rhein-Berg Kreis-Nord bzw. 026 Rheinisch-Bergischer Kreis-Süd vertrat.

Von 1948 bis 1969 war er Mitglied des Kreistages des Rheinisch-Bergischen Kreises und von 1953 bis 1969 Mitglied der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland. Von 1951 bis 1958 war er Vorsitzender des Vorstandes des Landkreistages Nordrhein-Westfalen.

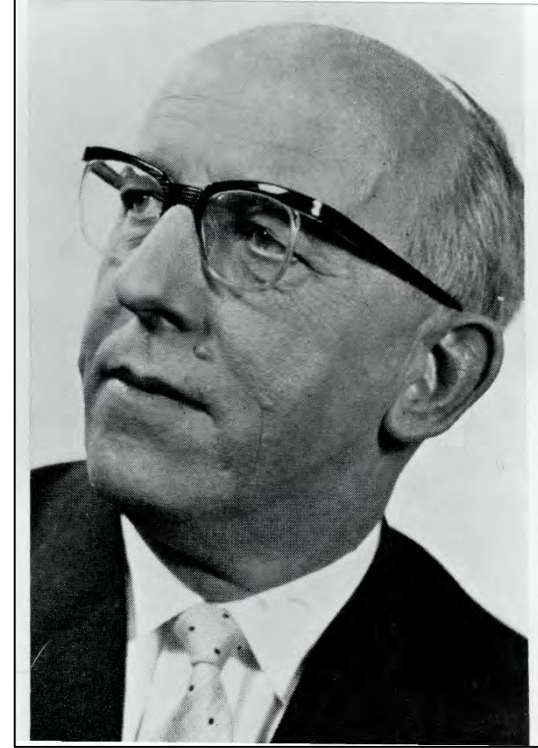
Mitglied des Landtags vom 5. Juli 1950 bis 23. Juli 1966. Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland ab 1953, dort Vorsitzender der CDU-Fraktion.

in der 02. Wahlperiode im Wahlkreis 027 Rhein-Berg. Kreis-Nord

in der 03. Wahlperiode im Wahlkreis 027 Rhein-Berg. Kreis-Nord

in der 04. Wahlperiode im Wahlkreis 026 Rheinisch-Bergischer Kreis-Süd

in der 05. Wahlperiode im Wahlkreis 026 Rheinisch-Bergischer Kreis-Süd



1958-1962

Carl Allmann

Carl Allmann (* 7. September 1911 in Antwerpen) war von 10. November 1958 bis 31. März 1962 Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises. Carl Allmann arbeitete nach dem Abschluss von Schule und Ausbildung bei der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG. Dort war er auch Mitglied des Vorstandes der Aktiengesellschaft. Er gehörte von 1952 bis zur Gebietsreform am 31. Dezember 1974 dem Kreistag des Rheinisch-Bergischen Kreises an. Ab 1949 war Carl Allmann Bürgermeister des Amtes Engelskirchen. Darüber hinaus war er in verschiedenen Gremien des Landkreistages NRW tätig. Am 26. Oktober 1969 wurde Allmann das Bundesverdienstkreuz I. Klasse verliehen.



1962-1968

Prof. Dr. Hubert Görg

Hubert Görg (* 12. November 1903 in Wegeringhausen; † 13. März 1991 in Rösrath) war vom 1. April 1962 bis zum 31. Januar 1968 Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises. Er besuchte zunächst die Volksschule und das Gymnasium und studierte dann von 1922 bis 1925 Rechtswissenschaften an den Universitäten Marburg und Köln. Er promovierte 1925 zum Dr. jur. und legte 1929 das zweite juristische Staatsexamen ab. Danach war er als Referendar beim Regierungspräsidenten in Osnabrück tätig. Ab 1930 war er beim Rhein-Wupper-Kreis Stellvertreter des Landrats. Anschließend arbeitete er bei der Regierung Düsseldorf. Er leistete Kriegsdienst und geriet in Kriegsgefangenschaft. Nach der Entlassung aus der Gefangenschaft war er beim Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und beim Bundesministerium für Finanzen tätig.

Hubert Görg war von 1953 bis 1954 Professor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer und ab 1954 ordentlicher Professor für Staats-, Verwaltungs-, Kirchen- und Völkerrecht an der Universität Marburg.

Er war verheiratet und hatte zwei Kinder. Von 1961 bis 1974 war Görg Mitglied des Kreistages des Rheinisch-Bergischen Kreises. Görg war in verschiedenen Gremien des Landkreistages Nordrhein-Westfalen tätig. 1983 wurde ihm der Ehrenring des Rheinisch-Bergischen-Kreises verliehen.



1968-1989

Dr. Konrad Kraemer

Konrad Kraemer (* 31. August 1926 in Westfalen; † 16. März 1991 in Bergisch-Gladbach) war vom 1. Februar 1968 bis zum 31. August 1989 Landrat im Rheinisch-Bergischen Kreis. Nach Krieg und Gefangenschaft war er zunächst Mitglied des Rates der Stadt Münster. Er war von 1961 bis 1984 Chefredakteur der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) in Bonn. Von 1964 bis 1989 war er Kreistagsabgeordneter (CDU) im Rheinisch-Bergischen Kreis. Mit fast 22 Dienstjahren war er der am zweitlängsten amtierende Landrat in Nordrhein-Westfalen. Die nach 1946 von der britischen Militärregierung initiierte Kreisordnung für Nordrhein-Westfalen gestattete bis 1994 eine unbegrenzte Wiederwahl der damals noch ehrenamtlich tätigen Landräte. Konrad Kraemer war ehrenamtlich in berufsständischen Organisationen tätig und war aufgrund seines politischen Wirkens u.a. Mitglied und stellvertretender Vorsitzender der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR), Vorsitzender des Kulturausschusses des LVR, Vorsitzender des Zweckverbandes Naturpark Bergisches Land, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Köln (alternierend mit den Landräten der anderen Trägerkreise). Kraemer war ein besonderer Förderer der Kultur wie etwa der Bergisch-Schlesischen Musiktage. Der Rheinisch-Bergische Kreis benannte nach ihm seinen Kulturpreis.

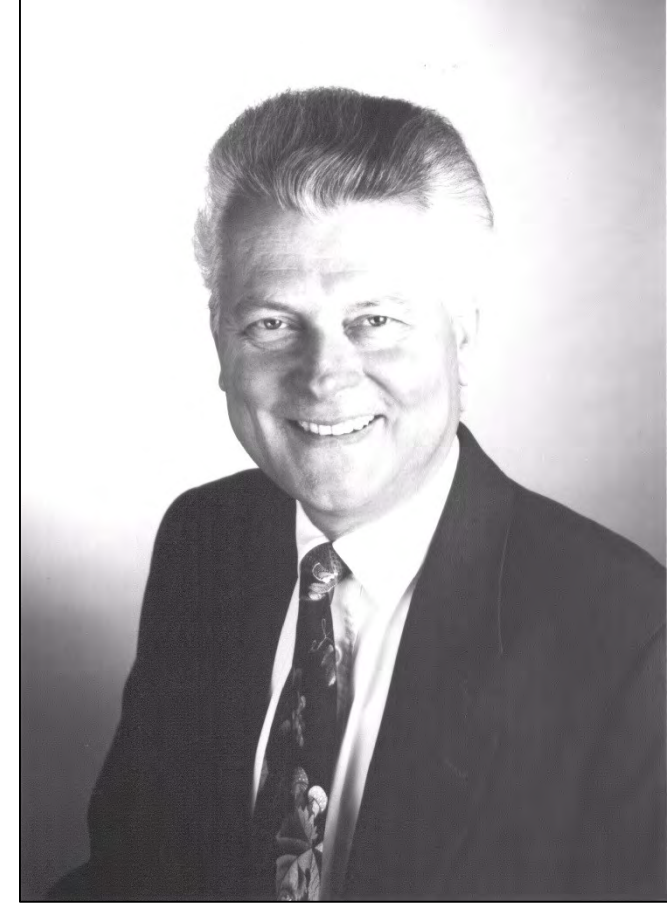
Konrad Kraemer wurde 1978 mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Der Rheinisch-Bergische Kreis verlieh ihm den Goldenen Ehrenring. Das Land Nordrhein-Westfalen zeichnete ihn 1988 mit dem Verdienstorden des Landes NRW aus. Eine außergewöhnliche Ehrung erfolgte durch die Grafschaft Cumbria, dem Partnerkreis des Rheinisch-Bergischen Kreises im Vereinigten Königreich. Anlässlich der Verabschiedung Kraemers, der die Partnerschaft sehr gefördert hatte, wurde im Kreishaus in Kendal ein Konferenzraum als Kraemer-Room benannt.



1989-1999

Dr. Rolf Hahn MdL

Rolf Hahn (* 29. Juni 1937 in Köln; † 22. April 2006) war von 1989 bis 1999 der dreizehnte und letzte ehrenamtliche Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises seit 1945. Er besuchte zunächst die Volksschule und das Gymnasium, welches er 1957 mit dem Abitur verließ. Danach studierte von 1957 bis 1962 Rechtswissenschaften an den Universitäten Köln und Freiburg. 1967 promovierte er zum Dr. jur. und legte die zweite juristische Staatsprüfung ab (1. jur. Staatsprüfung 1962, 2. jur. Staatsprüfung 1967. Dr. jur. 1967). Rolf Hahn arbeitet von 1968 bis 1990 als Staatsanwalt in Köln, anschließend war er ab Juni 2000 als Rechtsanwalt tätig. Ab 1978 war er Mitglied der CDU. Seit 1982 war er Mitglied des CDU-Kreisvorstandes und von 1984 bis 1988 war er stellvertretender CDU-Kreisvorsitzender. Er war verheiratet und hatte drei Kinder. Vom 31. Mai 1990 bis zum 2. Juni 2005 war Hahn Mitglied des Landtags des Landes Nordrhein-Westfalen (Direkt gewählt: in der 11. Wahlperiode im Wahlkreis 023 Rheinisch-Bergischer Kreis II, in der 12. Wahlperiode im Wahlkreis 023 Rheinisch-Bergischer Kreis II, in der 13. Wahlperiode im Wahlkreis 025 Rheinisch-Bergischer Kreis II). Er wurde jeweils im Wahlkreis Rheinisch-Bergischer Kreis II direkt gewählt. Mitglied des Gemeinderates Overath war er von 1984 bis 1989. Von 1979 bis 1999 gehörte er dem Kreistag des Rheinisch-Bergischen Kreises an, wo er von 1985 bis 1989 der Vorsitzende der CDU-Kreisfraktion war. Darüber hinaus war Rolf Hahn Vorsitzender des Kreispolizeibeirates 1984 bis 1989, Vorsitzender des Deutschen Roten Kreuzes, Rheinisch-Bergischer Kreis ab 1994 und ab 1982 Vorsitzender des Heiligenhauser Sportvereins (Stadt Overath). Am 22. August 1989 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen



1999-2004

Norbert Mörs

Norbert Mörs (* 4. November 1955 in Gelsenkirchen) war von 1999 bis 2004 der erste hauptamtlich gewählte Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises. Sein Vater ist der Bäckermeister Paul Mörs und seine Mutter die Geschäftsfrau Anneliese Mörs. Nach seinem Abitur 1975 am Leibniz-Gymnasium in Gelsenkirchen-Buer studierte er von 1975 bis 1981 Rechtswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum sowie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. 1981 machte er das 1. juristische Staatsexamen. Nach dem juristischen Vorbereitungsdienst u.a. mit Stationen beim Amtsgericht Gelsenkirchen, dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen und der Stadt Dorsten folgte 1985 das 2. juristische Staatsexamen. Norbert Mörs war von 1985 bis 1986 Regierungsrat bei der Bezirksregierung Düsseldorf und von 1987 bis 1989 Kreisrechtsrat bei der Kreisverwaltung Recklinghausen. Als kommunaler Wahlbeamter war Norbert Mörs von 1989 bis 1992 Erster Beigeordneter der Stadt Geldern, von 1992 bis 1997 Kreisdirektor des Kreises Kleve und von 1997 bis 1999 Oberkreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises. 2004 wechselte er zur WestLB, wo er als Bankdirektor im Bereich Verbund/Kommunen und kommunale Unternehmen zuständig war. 1973 trat Norbert Mörs in die CDU Gelsenkirchen ein, wo er von 1982 bis 1984 der Kreisvorsitzende der Jungen Union Gelsenkirchen war. Von 1980 bis 1989 war er Mitglied des Kreisvorstandes der CDU Gelsenkirchen. Norbert Mörs war darüber hinaus als Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Reinhard Göhner und Hans Werner Schmöle tätig. Von 1992 bis 1997 war er Mitglied im CDU-Kreisvorstand Kleve und von 1997 bis 2004 im Kreisvorstand Rheinisch-Bergischer Kreis. Als Mitglied der 13. Bundesversammlung wählte Norbert Mörs am 23. Mai 2009 den Bundespräsidenten. Norbert Mörs trat im August 2009 für die CDU Gelsenkirchen als Oberbürgermeisterkandidat an, verlor die Wahl jedoch deutlich mit nur 19,4 % der Stimmen gegen Amtsinhaber Frank Baranowski (SPD), der 63,9 % der Stimmen erzielen konnte. Die CDU erhielt 22,5 % der Stimmen für den Rat der Stadt, die SPD 50,4 % und damit die absolute Mehrheit. Er ist verheiratet und hat drei Söhne sowie eine Tochter.



2004-2011

Rolf Menzel

Rolf Menzel (* 28. Mai 1955 in Lindlar-Brochhagen) war von 2004 bis Ende 2011 Landrat im Rheinisch-Bergischen Kreis. Rolf Menzel begann als Praktikant bei der Kreisverwaltung des Rheinisch-Bergischen Kreises und machte danach von 1972 bis 1975 eine Ausbildung als Diplom-Verwaltungswirt. Er arbeitete 14 Jahre lang in verschiedenen Funktionen in der Kreisverwaltung und wurde zuletzt Leiter der Kommunalaufsicht. 1989 berief ihn die Gemeinde Kürten zum Beigeordneten. Danach war er 1994 kurz Geschäftsführer der Bergischen Wertstoff-Sammelgesellschaft in Engelskirchen, bevor er 1995 als Fachbereichsleiter für Finanzen bei der Stadt Leverkusen in den öffentlichen Dienst zurückkehrte. Dort wurde er 1997 zum Geschäftsführer der Abfallwirtschaftsgesellschaft Leverkusen (AWL) berufen. Die AWL fusionierte 2002 mit dem Bergischen Abfallwirtschaftsverband zur AVEA und Rolf Menzel wurde AVEA-Geschäftsführer. Von 2004 bis 2009 war er dann Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises und wurde am 30. August 2009 für weitere 5 Jahre wiedergewählt. Er gab jedoch sein Amt zum 31. Dezember 2011 auf und wurde ab dem 1. Januar 2012 Geschäftsführer der Energieversorgung Leverkusen (EVL). Seit 1994 ist Rolf Menzel Mitglied der CDU. Er ist Vater von zwei erwachsenen Kindern.



2012-2017

Dr. Hermann-Josef Tebroke

Hermann-Josef Tebroke (* 19. Januar 1964) ist seit 2012 Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises. Er stammt aus Bocholt-Stenern im Münsterland. Dort besuchte er von 1970 bis 1974 die Liebfrauen-Grundschule und von 1974 bis 1983 das private St. Josef-Gymnasium der Kapuziner in Bocholt, welches er mit dem Abitur verließ. Danach studierte er von 1983 bis 1988 Betriebswirtschaftslehre an der Universität Münster mit dem Abschluss als Diplom-Kaufmann. Er arbeitete von 1986 bis 1987 als studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Finanzierung der Universität Münster und danach von 1988 bis 1992 als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Dort promovierte er mit einer Dissertation zum Thema „Größe und Fusionserfolg von Genossenschaftsbanken“. Er setzte seine Hochschullaufbahn als Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Münster von 1992 bis 1998 fort, danach am Lehrstuhl für Finanz- und Bankwirtschaft an der Universität Augsburg. Hermann-Josef Tebroke schloss seine Ausbildung als Dr. rer. pol habil. mit einer Arbeit „Maßgrößen und Einflussfaktoren der Performance von Kreditinstituten“. Von 1998 bis 1999 übernahm er verschiedene Lehraufträge und Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten in Augsburg, Essen und Münster und danach von 1999 bis 2001 eine Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der HWP/Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. Im Anschluss hatte er bis 2004 die Professur für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft und Bankbetriebslehre an der Universität Bayreuth inne. 2004 wurde Hermann-Josef Tebroke mit 60 Prozent der Stimmen zum hauptamtlichen Bürgermeister von Lindlar gewählt. 2004 trat er auch als Mitglied der CDU bei. 2009 wurde er mit über 80 Prozent der Stimmen in Lindlar wiedergewählt. Am 20. November 2011 wurde er zum Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises gewählt. Bei seiner Wahl erhielt er 50,91 % der Stimmen. Am 1. Januar 2012 trat er sein Amt an. Er ist beratendes Mitglied im Verein des iff (Institut für Finanzdienstleistungen e.V.), Hamburg, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftswissenschaften und Ethik im Verein für Sozialpolitik e.V. und Mitglied im Vorstand des BF/M Betriebswirtschaftliches Forschungszentrum für Fragen der mittelständischen Wirtschaft e.V., Bayreuth. Hermann-Josef Tebroke ist verheiratet und hat vier Kinder, eine Tochter und drei Söhne. Er wohnt in Lindlar



seit 2017

Stefan Santelmann

Stephan Santelmann (*26.10.1965 in Hamburg) hat von 1976 bis 1985 das Gymnasium in Buchholz besucht, welches er mit dem Abitur verlassen hat. Von 1985 bis 1986 leistete er seinen Wehrdienst bei der Bundeswehr ab. Danach studierte Stephan Santelmann von 1987 bis 1993 Politikwissenschaften an der Universität in Münster und der Universität Bonn. Sein Studium beendete er mit dem Abschluss M.A. (Abschluss Magister Artium). Von 1993 bis 1994 war Stephan Santelmann Referent im Ministerbüro und Persönlicher Referent im Bundesministerium für Familie und Senioren bei der Ministerin Hannelore Rösch (CDU). Danach war er von 1994 bis 1999 Referent der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 1999 übernahm Stephan Santelmann das Amt des Referenten im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter der Bundesministerin Christine Bergmann (SPD). 1999 wechselt Stephan Santelmann zur Stadt Köln als Fachreferent des Oberbürgermeisters Harry Blum u.a. für Soziales, Gesundheit, Umwelt und Jugend. Oberbürgermeister Fritz Schramma ernannte ihn 2003 zum Leiter des Amtes für Soziales und Senioren der Stadt Köln. 2009 trat Stephan Santelmann für die CDU in Ratingen zur Wahl des Bürgermeisters gegen den amtierende Bürgermeister Harald Birkenkamp (Bürger-Union) an. Er erhielt 30% der abgegebenen Stimmen und damit 17% weniger als der Gewinner Birkenkamp.

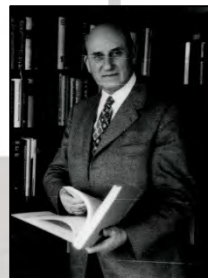
In seiner Sitzung am 21. März 2017 hat der erweiterte Kreisvorstand der Kreis-CDU Stephan Santelmann einstimmig als Kandidaten für die Landratswahl im Rheinisch-Bergischen Kreis am 24. September 2017 nominiert. In der Wahl zum Landrat am 24. September 2017 erhielt Stephan Santelmann mit 44,59 % der Stimmen nicht die erforderliche absolute Mehrheit und musste am 08. Oktober 2017 erneut gegen die Kandidatin mit den zweitmeisten Stimmen Tülay Durdu (25,25%) antreten. In der Stichwahl um das Landratsamt setzte sich der Kandidat der CDU mit 59,44 Prozent der Stimmen gegen Tülay Durdu von der SPD durch, die 40,56 Prozent erhielt. Die Wahlbeteiligung lag bei 32,09 Prozent. Stephan Santelmann ist verheiratet und hat zwei Söhne.



Die Oberkreisdirektoren des Rheinisch-Bergischen Kreises



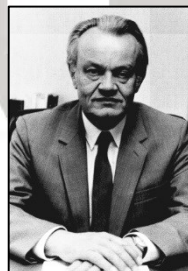
Fritz Heuser
1946-1947



Dr. Walter Hagemann
1947-1966



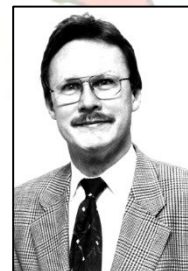
Dr. Walter Scholtissek
1966-1984



Klaus Siebenkotten
1984-1991



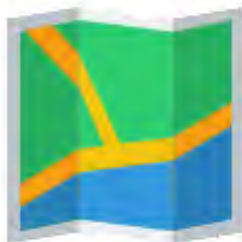
Hans-Joachim Reck
1991-1993



Dr. Jürgen Kroneberg
1994-1997



Norbert Mörs
1997-1999



1945-1946

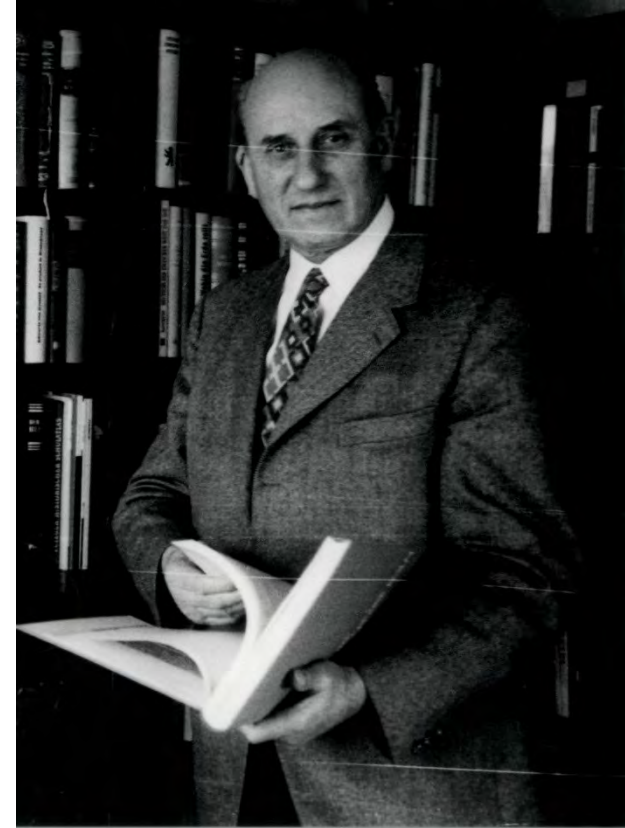
Fritz Heuser

Fritz Heuser (*1890; †1962) war von 1923 bis 1945 zunächst Beamter bei der Bezirksregierung in Köln. Vom 07. Mai bis zum 20. Mai 1945 war er Bürgermeister der Gemeinde Kürten. Nach Kriegsende wurde er von der britischen Militärregierung zum Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises eingesetzt. Er hat dieses Amt vom 21. Mai 1945 bis zum 17. Juni 1946 wahrgenommen. Vom 18. Juni 1946 bis zum 31. Dezember 1947 war er dann schließlich Oberkreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises.

1947-1966

Dr. Walter Hagemann

Walther Hagemann (*07. November 1901 in Hildesheim; †12. Juli in Bergisch Gladbach) war von 1947 bis 1966 Oberkreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises. Nach einer humanistischen Schulausbildung in Osnabrück (Grundschule bis 1912) und Kopenhagen (humanistisches Gymnasium in Ordrup 1912 bis 1914; Carolinum 1914 bis 1922; unterbrochen durch Wehrdienst; Reifeprüfung 1922) trat Walther Hagemann als Volontär in die Verwaltung der Klöckner Werke AG Osnabrück ein (01. Mai 1922 bis 30. November 1924). 1924 begann er dann ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Soziologie, Volks- und Betriebswirtschaften an den Universitäten Köln und Münster. Parallel dazu arbeitete er vom 15.11.1924 bis zum 30.04.1926 bei der Maschinenbau-Anstalt Humboldt in Köln-Kalk. 1928 promovierte er mit der Dissertation „Bergbau- und Hüttenbetriebe des Osnabrücker Landes in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung“. Nach Informatorien im Presse-, Verkehrs- und Wirtschaftsamt der Stadt Osnabrück und bei der Industrie- und Handelskammer Osnabrück arbeitete er vom 26. Februar 1930 bis zum 31. Oktober 1930 in der Treuhand- und SteuerberatungsGmbH Köln. Daraufhin machte er sich vom 01. November 1930 bis März 1937 als Finanz- und Wirtschaftsberater bzw. als Gutachter für die Kölner Handelskammer und Gerichte selbstständig. Ab 05. März 1937 war Hagemann der Wehrwirtschaftsinspektion VI in Münster zugeordnet, wo er ab Kriegsbeginn für Bewirtschaftung des Rüstungssektors zuständig war. Ab Juli 1943 war Hagemann einem persönlichen Stab von Albert Speer zugeordnet. Er koordinierte von dort 1945 besondere Einsätze im Grenzgebiet Aachen, wo er im April 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft geriet. Im August 1945 leitete er die Verlagerung eines Industriewerks von Aachen nach Minden, wo er sich auch erstmalig der Kommunalpolitik widmete. 1947 wurde er dann zum Oberkreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises gewählt. Sein Hauptanliegen war der wirtschaftliche Wiederaufbau des Kreises. Im November 1966 ging er in Pension. Er war verheiratet mit Marie Hagemann geb. Kayser.



1966-1984

Dr. Walter Scholtissek

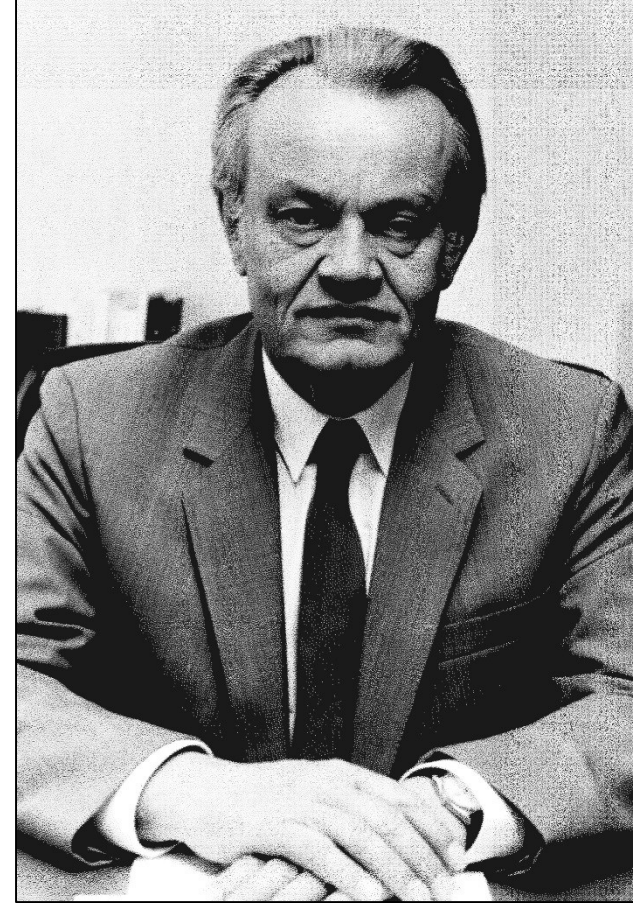
Dr. Walter Scholtissek war von 1963 Kreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises, ab 1966 dann Oberkreisdirektor. Nach dem zweiten Weltkrieg machte er 1946 das Abitur. Danach studierte er an den Universitäten Köln, Münster und Mainz Jura. Nach der Ersten juristischen Staatsprüfung im Dezember 1951 und der Promotion zum Dr. jur. im Juli 1953, legte er im Februar 1955 die Zweite juristische Staatsprüfung ab. Ab dem 21. März 1955 war er Assessor beim Regierungspräsidenten Köln, wo er im März 1959 zum Regierungsrat ernannt wurde. Von 1960 bis 1963 arbeitete er als Referent in der Schul- und Kulturabteilung des Deutschen Städtetages. Der Kreistag des Rheinisch-Bergischen Kreises wählte Dr. Scholtissek mit Wirkung vom 1. Juni 1963 zum Kreisdirektor. Zum 1. Dezember 1966 bestellte ihn der Kreistag als Nachfolger von Dr. Walther Hagemann zum Oberkreisdirektor. Am 31. August 1978 wurde er für weitere 12 Jahre wiedergewählt. Vom 1. Januar 1975 bis 9. Juli 1975 war er nach der kommunalen Neugliederung Verwaltungsbeauftragter des neuen Rheinisch-Bergischen Kreises. Schwerpunkte seiner Tätigkeit waren die Förderung des Sonderschulwesens im Rheinisch-Bergischen Kreis, die zusätzliche Ausbildung von Pädagogen für den spezifischen Unterricht von Legasthenikern, der Aufbau des Schulpsychologischen Dienstes, die Förderung freier Träger im kulturellen und sozialen Bereich sowie die Pflege der Partnerschaft mit der nordenglischen Grafschaft Cumbria. Um die Arbeitseffektivität verwaltungsintern zu steigern, wurde zum Beispiel die elektronische Daten- und Textverarbeitung eingeführt und das Aus- und Fortbildungswesen in der Kreisverwaltung grundlegend erneuert. Er initiierte auch den Neubau des Kreishauses in Bergisch Gladbach. 1975 wurde ihm durch den Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Walter Scholtissek engagierte sich darüber hinaus ehrenamtlich als Erster Vorsitzender des Verbandes Rheinischer Gartenbauvereine e.V. in Bonn, im Kulturausschuss des Deutschen Landkreistages, im Landkreistag Nordrhein-Westfalen, im Verband der kommunalen Aktionäre des RWE und im Prüfungsausschuss der Fachhochschule für den gehobenen nichttechnischen Dienst. Daneben war er in den Gremien der Kreissparkasse Köln und der Wupper-Sieg-AG und als Vorsitzender des Kreisverbandes Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und im Altenberger-Dom-Verein. Er verstarb plötzlich am 16.04.1984. Dr. Walter Scholtissek war verheiratet und hatte sechs Kinder



1984-1991

Klaus Siebenkotten

- Klaus Siebenkotten (geb. 11.03.1928) war von 1984 bis 1991 Oberkreisdirektor im Rheinisch-Bergischen Kreis. Er stammt aus Arnsberg (Neheim-Hüsten), wo er zunächst in der Stadtverwaltung arbeitete, bevor er in Schmallenberg vom 21. Juli 1945 bis April 1946 von der Militärregierung als Amts- und Stadtbürgermeister eingesetzt wurde. Er wurde CDU-Mitglied. Als Oberkreisdirektor befasste er sich mit der Neuorganisation der Behörde, die nach einer Gebietsreform eine Reihe neuer Kommunen integrieren musste. Ehrenamtlich war er Kreisvorsitzender des DRK und des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge und gründete den Verein „Die Kette“, der sozialtherapeutisch tätig ist. Klaus Siebenkotten förderte die Partnerschaft des Rheinisch-Bergischen Kreises mit der englischen Provinz Cumbria. Klaus Siebenkotten: Schmallenberg, das Gesicht einer Stadt in Vergangenheit und Gegenwart, S. 225, aus Beiträge zur Geschichte der Stadt Schmallenberg 1244-1969, Schmallenberg, 1969.



1991-1993

Hans-Joachim Reck

Hans-Joachim Reck (*4. August 1952 in Uelzen, Niedersachsen) war von 1991 bis 1993 Oberkreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises. Er studierte zunächst Rechtswissenschaften an der Universität Münster und schloss seine juristische Ausbildung 1979 mit beiden juristischen Staatsexamen ab. Danach war er in verschiedenen kommunalen Wahlämtern tätig. 1979 wurde er Stadtrechtsrat bei der Stadt Lage und danach Büroleiter und Persönlicher Referent des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Nordrhein-Westfälischen Landtag Kurt Biedenkopf. Er arbeitete von 1983 bis 1985 als Beigeordneter des Deutschen und Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes. Dann war er von 1985 bis 1991 Kreisdirektor des Kreises Lippe. Von 1991 bis 1993 war Hans-Joachim Reck Oberkreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises bis er 1993 unter Generalsekretär Peter Hintze Bundesgeschäftsführer der CDU wurde, wo er den Bundestagswahlkampf der CDU 1994 erfolgreich koordinierte. Ebenfalls war er für die Europawahlen sowie 15 Landtagswahlen zuständig. Von 1996 bis 2001 leitete Hans-Joachim Reck den Zentralbereich Top-Management-Personal bei der Deutsche Telekom AG in Bonn und von 2001 bis 2003 führte er den Zentralbereich Konzernsteuerung Vertriebskontakte. Von 2003 bis 2006 war er Generalsekretär der CDU in Nordrhein-Westfalen, wo er den Landtagswahlkampf der CDU erfolgreich leitete. Von Juni 2005 an war er im Landtag Nordrhein-Westfalen und dort Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, legt jedoch wegen Meinungsverschiedenheiten mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers sein Amt nieder. Danach arbeitete er als Partner bei der Heidrick & Struggles Unternehmensberatung GmbH & Co. KG. Vom 1. September 2007 bis 2015 war er Geschäftsführendes Präsidialmitglied und Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. (VKU). Ehrenamtlich engagiert er sich als Präsident des Bundesverbandes öffentlicher Dienstleistungen (BVÖD), in der deutschen Sektion der CIRIEC, als President of the German Alumni Association of Eisenhower Fellowships sowie als Präsident des Europäischen Zentralverbandes der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen in Europa (CEEP - European Centre of Employers and Enterprises providing Public services). Seit 2015 ist Reck Mitglied des Aufsichtsrats der OMB AG. Reck ist verheiratet und hat einen erwachsenen Sohn.

Mitglied des Landtags vom 8. Juni 2005 bis 5. September 2006 :

Direkt gewählt:

in der 14. Wahlperiode im Wahlkreis 033 Wuppertal III - Solingen II

Ausscheiden während einer Wahlperiode:

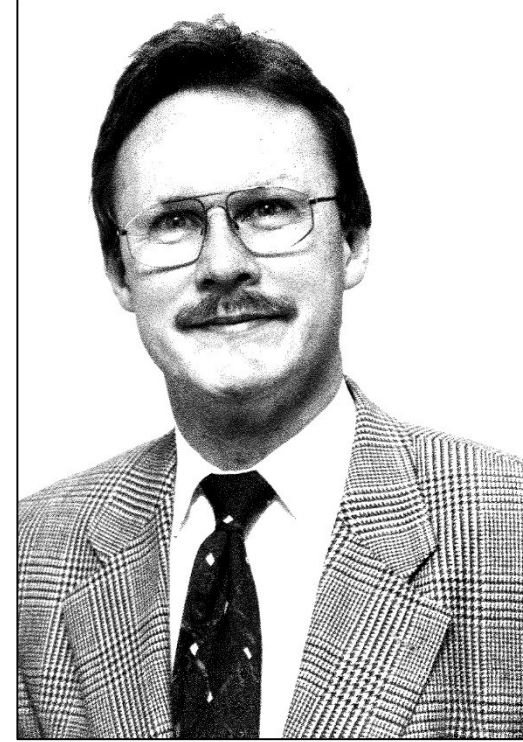
ausgeschieden während der 14. Wahlperiode am 05.09.2006



1994-1997

Dr. Jürgen Kroneberg

Jürgen Kroneberg war von 1994 bis 1997 Oberkreisdirektor im Rheinisch-Bergischen Kreis. Er studierte zunächst von 1971 bis 1976 Rechtswissenschaften an der Universität Bielefeld. Danach war er von 1977 bis 1979 als Referendar in Osnabrück tätig. Er promovierte bei Prof. Dr. Emmerich von 1979 bis 1980 auf dem Gebiet des Aktienrechts. Bevor er 1982 bei Bezirksregierung Weser Ems, Osnabrück, tätig war, arbeitete er 1981 als Rechtsanwalt in Bremen. 1983 wurde Jürgen Kroneberg persönlicher Referent des niedersächsischen Innenministers Dr. Egbert Möcklinghoff. Im Zeitraum von 1989 bis 1993 war er Kreisdirektor im Kreis Steinfurt und von 1994 bis 1997 dann Oberkreisdirektor im Rheinisch-Bergischen Kreis. Danach wechselte er zum RWE, wo er von 1997 bis 2009 verschiedene Vorstandsfunktionen innehatte. So war er von 1997 bis 2000 im Vorstand der RWE Energie AG für den Bereich Recht und Vertrieb. Von 2000 bis 2003 war er Vorstand der RWE NET AG Bereich Recht und Vertrieb. In der Zeit von 2003 bis 2009 war er Vorstand der RWE Energy AG im Bereich Recht und Konzessionen. Seit 2000 ist er Aufsichtsratsvorsitzender der European Energy Exchange (EEX). Seit 2006 ist Jürgen Kroneberg Aufsichtsratsvorsitzender der European Commodity Clearing AG (ECC) und seit 2006 Lehrbeauftragter am Institut für Energierecht der Universität zu Köln sowie Lehrbeauftragter am Institut für Energie- und Regulierungsrecht der FU Berlin. Er arbeitete seit 2009 als Rechtsanwalt bei Clifford Chance in Düsseldorf. Ab 2011 ist er Mitglied des Beirates EAC- Euro Asia Consulting PartG, München, Shanghai, Mumbai EAC.



1997-1999

Norbert Mörs

Norbert Mörs (* 4. November 1955 in Gelsenkirchen) war von 1997 bis 1999 Oberkreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises, bevor er 1999 (bis 2004) im Rahmen der Abschaffung der kommunalen Doppelspitze der erste hauptamtlich gewählte Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises wurde. Sein Vater ist der Bäckermeister Paul Mörs und seine Mutter die Geschäftsfrau Anneliese Mörs. Nach seinem Abitur 1975 am Leibniz-Gymnasium in Gelsenkirchen-Buer studierte er von 1975 bis 1981 Rechtswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum sowie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. 1981 machte er das 1. juristische Staatsexamen. Nach dem juristischen Vorbereitungsdienst u.a. mit Stationen beim Amtsgericht Gelsenkirchen, dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen und der Stadt Dorsten folgte 1985 das 2. juristische Staatsexamen. Norbert Mörs war von 1985 bis 1986 Regierungsrat bei der Bezirksregierung Düsseldorf und von 1987 bis 1989 Kreisrechtsrat bei der Kreisverwaltung Recklinghausen. Als kommunaler Wahlbeamter war Norbert Mörs von 1989 bis 1992 Erster Beigeordneter der Stadt Geldern, von 1992 bis 1997 Kreisdirektor des Kreises Kleve und von 1997 bis 1999 Oberkreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises. 2004 wechselte er zur WestLB, wo er als Bankdirektor im Bereich Verbund/Kommunen und kommunale Unternehmen zuständig war. 1973 trat Norbert Mörs in die CDU Gelsenkirchen ein, wo er von 1982 bis 1984 der Kreisvorsitzende der Jungen Union Gelsenkirchen war. Von 1980 bis 1989 war er Mitglied des Kreisvorstandes der CDU Gelsenkirchen. Norbert Mörs war darüber hinaus als Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Reinhard Göhner und Hans Werner Schmöle tätig. Von 1992 bis 1997 war er Mitglied im CDU-Kreisvorstand Kleve und von 1997 bis 2004 im Kreisvorstand Rheinisch-Bergischer Kreis. Als Mitglied der 13. Bundesversammlung wählte Norbert Mörs am 23. Mai 2009 den Bundespräsidenten. Norbert Mörs trat im August 2009 für die CDU Gelsenkirchen als Oberbürgermeisterkandidat an, verlor die Wahl jedoch deutlich mit nur 19,4 % der Stimmen gegen Amtsinhaber Frank Baranowski (SPD), der 63,9 % der Stimmen erzielen konnte. Die CDU erhielt 22,5 % der Stimmen für den Rat der Stadt, die SPD 50,4 % und damit die absolute Mehrheit. Er ist verheiratet und hat drei Söhne sowie eine Tochter



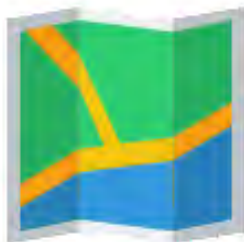
Die Landräte des Kreises Opladen

2 Opladen 2

freist. Preußen / Rheinprovinz
Reg.-Bez. Düsseldorf



Freiherr Georg Franz von Hauer
1816-1819



1816-1819

Freiherr Georg Franz von Hauer

Der Domänenrentmeister Freiherr Georg Franz von Hauer (*11. Oktober 1780 in Düsseldorf; † 22. Juli 1844 in Koblenz) war der erste Landrat des 1816 neu gegründeten Kreises Opladen. Seine Eltern waren der Forstmeister Ernst Freiherr von Hauer und Franziska geb. von Kratz. Nach Abschluss seiner Schullaufbahn studierte er von 1798 bis 1799 an der Juristischen Fakultät in Düsseldorf Rechts- und Staatswissenschaften. Von 1800 bis 1802 setzte er sein Studium in Göttingen fort. Nach ausgedehnten Reisen 1802 und 1803 arbeitete er in Düsseldorf bei verschiedenen Verwaltungen. Im November 1803 wurde von Hauer Aufhebungskommissar für das Kloster Gräfrath bei Solingen und im August 1805 für das Damenstift Gerresheim. Danach wurde von Hauer 1806 Domänenrentmeister in Heffen an der Sieg und 1809 in Opladen. Vom 01. Mai 1816 an war er zunächst kommissarisch, ab dem 16. Januar 1817 dann endgültig Landrat des Kreises Opladen. Zu dieser Zeit hatte Freiherr von Hauer seinen Wohn- und Amtssitz auf dem heutigen Gelände der Villa Römer, Frankenberg in Opladen. Der Färbereibesitzer Max Römer ließ jedoch 1905 das Haus niederreißen und baute dort die Villa Frankenberg/Römer. Als 1819 der Kreis Opladen im Kreis Solingen aufging wurde Freiherr von Hauer als Landrat nach Solingen versetzt.

Auf Erlass des Königs Friedrich Wilhelm III wurde die Rheinische Provinzial Feuerversicherung in Koblenz eingerichtet, deren Direktor Von Hauer 1836 wurde. Die Rheinische Provinzial Feuerversicherung stand unter der Aufsicht des königlichen Oberpräsidiums und wurde 1875 nach Düsseldorf verlegt, wo sie heute noch ihren Sitz hat. Von Hauer verstarb im Dienst. Er war katholisch und verheiratet mit Maria Christine von Weiler. Von Hauer publizierte während seiner Zeit als Landrat folgende Schriften:

Publikationen:

„Statistische Darstellung des Kreises Solingen im Regierungsbezirk Düsseldorf. Ein Beitrag zur praktischen Verwaltungskunde.“ Buchhandlung von M. DuMont- Schauberg, Köln 1832

„Denkschrift zur Niederwupperbahn“ (Eisenbahnanschluss für Solingen)

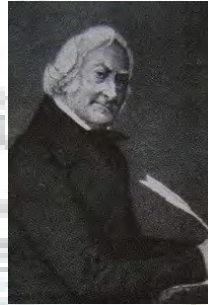
Die Landräte des Landkreises Solingen



**Carl Theodor
Seyssel d'Aix**
1816



**Ludwig Hermann Wilhelm
Freiherr von Voss**
1816–1818



Georg Bärsch
1818–1819



**Freiherr Georg
Franz von Hauer**
1819–1836



**Graf
Friedrich Wilhelm
von dem Bussche-Kessel**
1836–1850



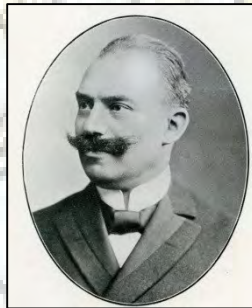
Carl Gottlieb Kyllmann
1850–1851



Anton Kessler
1850–1851



Carl Friedrich Melbeck
1851–1886



**Carl Wilhelm
Albert Möllenhoff**
1886–1894



Friedrich Albert Dönhoff
1894–1900



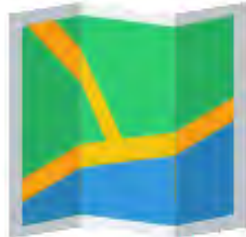
Dr. Adolf Lucas
1900–1927



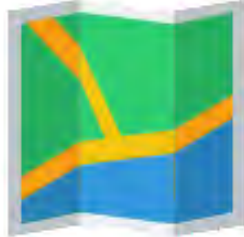
Peter Trimborn
1927–1929



1816-1819



1819-1929



1816

Carl Theodor Seyssel d'Aix

Carl Theodor Graf von Seyssel d'Aix (* 20. Juni 1780 in Düsseldorf-Bilk; † 26. April 1863 in Koblenz) war preußischer Offizier und landrätlicher Kommissar. Seine Familie gehörte zu einer dem Savoyer Uradel angehörenden Dynastie. Sein Vater war der bayerische Kämmerer und General Maximilian Claudius Maria Graf von Seyssel d'Aix (1742–1816), seine Mutter die Friderica Augusta Albertine geb. Freiin von Reitzenstein (1739–1816). Mit zehn Jahren wurde Carl Theodor Seyssel d'Aix Sekondeleutnant des Ansbach'schen Füsilier-Bataillon von Reitzenstein. 1791 wurden die Fürstentümer Bayreuth und Ansbach an Preußen verkauft, sodass Seyssel d'Aix in preußische Dienst kam. 1799 wurde er zum Premierleutnant und 1806 zum Stabskapitän ernannt. Auf eigenen Antrag schied er dann am 9. April 1808 aus dem preußischen Militärdienst aus. Johann Franz Joseph von Nesselrode-Reichenstein bot ihm zum 1. Juni 1808 die Stellung eines Abteilungsleiters im Innenministerium (Divisionschef) des Großherzogtums Berg an. Nach der Ernennung durch Großherzog Joachim Murat trat Seyssel d'Aix dieses Amt an. Er übernahm ab dem 1. Januar 1809 die kommissarische Verwaltung des Arrondissements Elberfeld-Duisburg-Wesel. Und wurde am 1. Mai 1809 zum Arrondissements-Steuerempfänger (receveur général) mit dem Sitz in Mülheim/Rhein ernannt. Am 19. März 1813 folgte dann die Ernennung zum Unterpräfekten des Arrondissements Elberfeld-Duisburg-Wesel im Rhein-Departement. Seyssel d'Aix konnte in diesem Amt die Sprengung der Haspeler Brücke verhindern, die von dem französischen General Rigaud angeordnet worden war. Ebenso konnte er die Verhaftung sechs angesehene Elberfelder Bürger abwenden, die Jacques Claude Beugnots gefordert hatte. Nachdem Preußen Ende 1813 die Verwaltung des bisherigen Großherzogtums Berg als Generalgouvernement Berg übernommen hatte konnte Seyssel d'Aix unter dem preußischen Staatsrat Justus von Gruner nicht nur im Staatsdienst verbleiben, sondern wechselte vielmehr mit Gruner vom 1. Februar bis zum 15. Juni 1814 als Gouvernementsrat zum Generalgouvernement Mittelrhein. Beide kannten sich bereits seit dem Jahr 1800. Am 3. Dezember 1814 wurde Seyssel d'Aix dann Kreisdirektor in Elberfeld, womit die späteren Kreise Elberfeld, Solingen und Wipperfürth eingeschlossen waren. Am 23. April 1816 folgte dann die endgültige Ernennung als landrätlicher Kreiskommissar. In dieser Position wurde er auch mit der vorübergehenden Verwaltung des Kreises Solingen beauftragt, die er im Juni 1816 zunächst kommissarisch und ab dem 12. Januar 1817 auch endgültig übernahm. Er bekleidete dieses Amt über 33 Jahre. Ab dem 2. Oktober 1820 leitete er in Vertretung auch das Landratsamt Mettmann bis zu der Vereinigung der beiden Kreise zum 1. November 1820. Auf eigenen Wunsch wurde er am 30. September 1847 durch Allerhöchste Kabinettsorder vom 2. Juli 1847 in den Ruhestand versetzt. Carl Theodor Seyssel d'Aix war katholisch. Er heiratete am 23. Februar 1806 Ernestine von Crailsheim, verwitwete von Holz (* 6. März 1781 Frühlingsheim; † 1. Juni 1815 in Elberfeld). Sie hatten eine gemeinsame Tochter. Am 17. April 1820 heiratete er in zweiter Ehe in Elberfeld Adelheid Peltzer (* 23. Oktober 1798 in Elberfeld; † 1882 in Koblenz). Carl Theodor Seyssel d'Aix erhielt folgende Ehrungen:

- 1814: Verleihung des russischen St. Annen-Orden 2. Klasse
- 1838: Verleihung des Roten Adler Ordens 2. Klasse mit Eichenlaub
- 1840: Verleihung des Titels Geheimer Regierungsrat
- 1842: Verleihung des Sterns zum Roten Adlerorden 2. Klasse
- 1842: Ernennung zum Obristleutnant



1816–1818

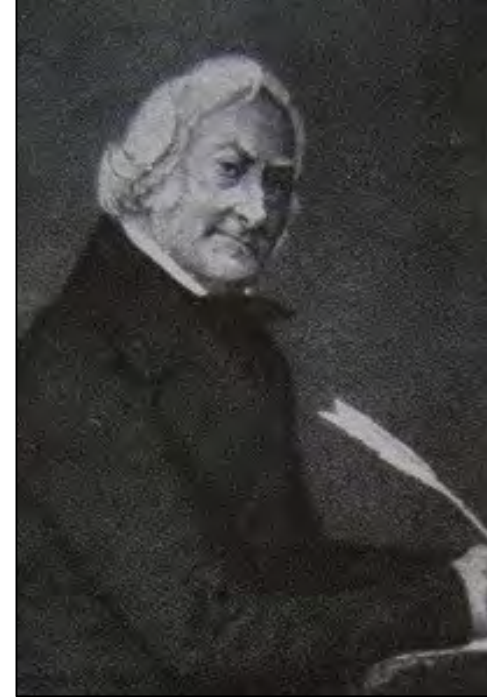
Ludwig Hermann Wilhelm Freiherr von Voss

Wilhelm Friedrich Heinrich Ludwig Freiherr von Voss (* 6. Dezember 1784 in Magdeburg; † 13. Mai 1818 in Solingen-Höhscheid) war Zivilkommissar. Sein Vater war der preußische Major Albrecht Leopold von Voss und seine Mutter Auguste Albertine Ehregott von Voss, geb. Gräfin von der Schulenburg. Er war Protestant (lutherisch) und hat nicht geheiratet. Wilhelm Friedrich Heinrich Ludwig Freiherr von Voss hatte Grundbesitz in der Mittelmark (Brandenburgischen Glien- und Löwenbergischen Kreis). Er war zunächst Kreisdeputierter und Leiter der Ritterschaft und der Stände bei der Landschaft Berlin und wurde dann am 28. November 1815 als Zivilkommissar in das nach dem Wiener Kongress an Preußen gefallene Rheinland versetzt. Dort gehörte er dem Generalgouvernement vom Nieder- und Mittelrhein in Aachen an, wurde jedoch zugleich als Spezialkommissar dem Kreisdirektor in Kleve beigeordnet. Im Juni 1816 wurde er zunächst kommissarisch Landrat des neu gebildeten Kreises Solingen. Mit Allerhöchster Kabinettsorder vom 16. Januar 1817 wurde er schließlich endgültig zum Landrat des Kreises Solingen. Am 13. Mai 1818 nahm sich Ludwig Hermann Wilhelm Freiherr von Voss das Leben. Seine Abberufung als Landrat war zu dieser Zeit schon in Vorbereitung.

1818–1819

Georg Bärsch

Georg Friedrich Bärsch (auch Baersch) (* 30. September 1778 in Berlin; † 7. Januar 1866 in Koblenz) war geheimer Regierungsrat der königlich preußischen Regierung, Rittmeister I. Klasse und Landrat. Georg Bärsch machte zunächst eine kaufmännische Ausbildung und ging dann 1806 zum preußischen Militär. Dort kämpfte er gegen die französischen Besatzungstruppen, unter anderem in der Stadt Stralsund, wo 1809 das Husarenregiment des Majors Ferdinand von Schill einen vorübergehenden Befreiungsversuch unternahm. Wegen seiner militärischen Alleingänge kam es zu einem Konflikt mit dem preußischen König Friedrich Wilhelm III. (Georg Bärsch war mit 30 Kosaken in das französisch besetzte Berlin eingedrungen), weswegen er nach Hamburg floh. Dort trat er in die Hanseatische Legion ein und wurde zum Major und zum Rittmeister ernannt. Der preußische Staatsminister Karl August von Hardenberg holte ihn 1814 wieder in preußische Dienste. Er beauftragte ihn mit der Organisation des Landwehrbaus im Raum Aachen und Koblenz. Bärsch verließ jedoch schon bald die preußische Armee. Ab 1816 half er bei der Neuorganisation der nach dem Wiener Kongress an Preußen gefallenen Rheinprovinz. Er wurde zunächst Landrat im Landkreis Lechenich und dann im Landkreis Soest. Am 23. 9. 1818 wurde er vom Oberpräsidium in Köln mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes Solingen beauftragt. Am 27.5.1819 wurde er jedoch schon wieder Landrat des Landkreises Prüm. Georg Bärsch versuchte in seiner Zeit als Landrat in Prüm die wirtschaftlichen Verhältnisse in der rückständigen Eifel zu verbessern, indem er das Bildungswesen und die Infrastruktur aufbaute. Er beschäftigte sich daneben auch mit der Geschichte der Eifel. So gab er die „Eifelia illustrata“ des Historikers Johann Friedrich Schannat (1683–1739) neu heraus und verfasste Abhandlungen zur Geschichte der Eifel. Dafür wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Universität Bonn verliehen. 1834 wurde er vom preußischen König zum Regierungsrat der Trierer Bezirksregierung befördert und später zum geheimen Regierungsrat. 1848 wurde er in den Ruhestand versetzt. Georg Bärsch war Mitglied des Historischen Vereins für den Niederrhein und Freimaurer (Trierer Freimaurerloge). Er war Dr. phil, h.c. der Universität Bonn.



1819–1836

Freiherr Georg Franz von Hauer

Der Domänenrentmeister Freiherr Georg Franz von Hauer (*11. Oktober 1780 in Düsseldorf; † 22. Juli 1844 in Koblenz) war der erste Landrat des 1816 neu gegründeten Kreises Opladen. Seine Eltern waren der Forstmeister Ernst Freiherr von Hauer und Franziska geb. von Kratz. Nach Abschluss seiner Schullaufbahn studierte er von 1798 bis 1799 an der Juristischen Fakultät in Düsseldorf Rechts- und Staatswissenschaften. Von 1800 bis 1802 setzte er sein Studium in Göttingen fort. Nach ausgedehnten Reisen 1802 und 1803 arbeitete er in Düsseldorf bei verschiedenen Verwaltungen. Im November 1803 wurde von Hauer Aufhebungskommissar für das Kloster Gräfrath bei Solingen und im August 1805 für das Damenstift Gerresheim. Danach wurde von Hauer 1806 Domänenrentmeister in Heffen an der Sieg und 1809 in Opladen. Vom 01. Mai 1816 an war er zunächst kommissarisch, ab dem 16. Januar 1817 dann endgültig Landrat des Kreises Opladen. Zu dieser Zeit hatte Freiherr von Hauer seinen Wohn- und Amtssitz auf dem heutigen Gelände der Villa Römer, Frankenberg in Opladen. Der Färbereibesitzer Max Römer ließ jedoch 1905 das Haus niederreißen und baute dort die Villa Frankenberg/Römer. Als 1819 der Kreis Opladen im Kreis Solingen aufging wurde Freiherr von Hauer als Landrat nach Solingen versetzt.

Auf Erlass des Königs Friedrich Wilhelm III wurde die Rheinische Provinzial Feuerversicherung in Koblenz eingerichtet, deren Direktor Von Hauer 1836 wurde. Die Rheinische Provinzial Feuerversicherung stand unter der Aufsicht des königlichen Oberpräsidiums und wurde 1875 nach Düsseldorf verlegt, wo sie heute noch ihren Sitz hat. Von Hauer verstarb im Dienst. Er war katholisch und verheiratet mit Maria Christine von Weiler. Von Hauer publizierte während seiner Zeit als Landrat folgende Schriften:

Publikationen:

- „Statistische Darstellung des Kreises Solingen im Regierungsbezirk Düsseldorf. Ein Beitrag zur praktischen Verwaltungskunde.“ Buchhandlung von M. DuMont- Schauberg, Köln 1832
- „Denkschrift zur Niederwupperbahn“ (Eisenbahnanschluss für Solingen)

1836-1850

Graf Friedrich Wilhelm von dem Bussche-Kessel

Graf Friedrich Wilhelm von dem Bussche-Kessel (*30. Januar 1805 in Düsseldorf; † 1861) war Kreisdeputierter und Kammerherr. Sein Vater war Georg von dem Bussche-Ippenbun (1779–1853), Fideikommissberr, Herr auf Hackhausen, Solingen. Er studierte zunächst Rechtswissenschaften an der Universität Rinteln und ab 1824 an die Universität Göttingen. Dort wurde er Mitglied des Corps Hannovera. 1828 heiratete er in Berlin Comtesse Thora von Bernstorff (1809–1873), mit der er 12 gemeinsame Kinder hatte. Graf Friedrich Wilhelm von dem Bussche-Kessel war Kammerherr im preußischen Staatsdienst. Daneben gehörte ihm das Gut Hackhausen, wodurch er Mitglied des Gemeinderates der Stadt Höhscheid wurde. Am 12.7.1836 wurde er zum kommissarischen Landrat des Landkreises Solingen Rheinprovinz ernannt. Am 31.12.1837 folgte dann die endgültige Ernennung. Er übte dieses Amt 14 Jahre lang bis 1850 aus. In seiner Zeit als Landrat trafen Solingen die Folgen der Industrialisierung. Er verstand sowohl die Haltung der Industrie als auch die der Bevölkerung und hatte daher während der Revolution 1848/1849 einen gemäßigten Standpunkt. Das Scheitern der Revolution war wohl dann 1850 auch ein Grund dafür, dass er als Landrat auf sein Nachsuchen entlassen wurde. Weiterhin hatte Graf Friedrich Wilhelm von dem Bussche-Kessel einen Sitz im Rheinischen Provinziallandtag und war Mitglied der ersten Kammer der Ständeversammlung des Königreichs Hannover. Ihm gehörten die Schlösser Neuenhof und Ippenbun, wo er dauerhaft lebte.



1850–1851

Carl Gottlieb Kyllmann

Carl Gottlieb Kyllmann (* 21. Mai 1803 in Solingen-Weyer; † 6. September 1878 in Bonn) war Gutsbesitzer, Kreisdeputierter und Landrat. Sein Vater war der Gutsbesitzer und Kaufmann Peter Daniel Kyllmann. Nach seiner Ausbildung übernahm Gottlieb Kyllmann das Stoffgeschäft seines Vaters. Nachdem er einige Zeit in Manchester als Kaufmann bei der Firma „Aders, Preyer & Cie.“ gearbeitet hatte, kam er zurück ins Rheinland (Bonn). 1837 wurde er kommissarischer Bürgermeister der Bürgermeistereien Wald und Merscheid sowie 1838 und 1843 Beigeordneter von Merscheid. Daneben war er noch Schulvorstand in Weyer und ab 1840 Kreisdeputierter. Carl Gottlieb Kyllmann war darüber hinaus von 1845 bis 1847 Vizepräsident der Solinger Handelskammer und gehörte 1847 dem Preußischen Landtag an. Während der Revolution 1848 / 1849 führte er die gebildete Bürgerwehr an. Da Carl Gottlieb Kyllmann die erforderliche Ausbildung fehlte, konnte er das Amt des Landrates des Kreises Solingen nur vertretungsweise vom Juli 1850 bis zum 14. Dezember 1850 übernehmen. Von 1857 bis kurz vor seinem Tod war er im Stadtrat in Bonn für kulturelle Fragen tätig. Gottlieb Kyllmann heiratete 1830 Sara Luise Dorothea Henriette Preyer (* 20. Februar 1812 in Viersen; † in Bonn) und bekam mit ihr sechs gemeinsame Kinder.

1850-1851

Anton Kessler

Anton Kessler (* 21.07.1816 in Frankfurt Oder, † 25.02.1890 in Marburg) war Jurist und Landrat. Er war der Sohn von Georg Wilhelm Kessler und Auguste Juliane Heim. Anton Kessler war mit Luise Blum verheiratet, mit der er vier gemeinsame Kinder hatte. Anton Kessler war zunächst Landrat in Wetzlar, wurde dann aber am 01.10. 1850 in den Landkreis Solingen versetzt. Dort blieb er bis 1851. Am 24.7.1851 wurde Anto Kessler nämlich als Landrat nach Duisburg versetzt. Dieses Amt nahm er bis zum 15.11.1870 wahr. Anschließend wurde Anton Kessler Oberregierungsrat bei der Regierung in Arnberg.

1851-1886

Carl Friedrich Melbeck

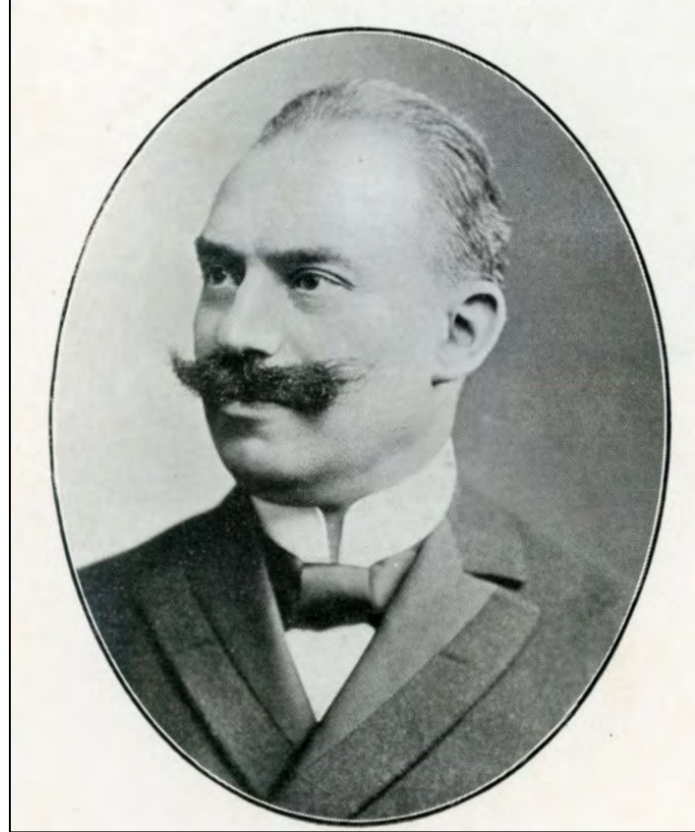
Karl Friedrich Melbeck (* 18. März 1816 in Elberfeld; † 25. März 1891 in Düsseldorf) war Jurist, Landrat und Mitglied des Deutschen Reichstags. Seine Eltern waren der Kaufmann Johann Caspers Melbeck und Caroline geb. Morian. Nach seiner Ausbildung als Schreiberlehrling arbeitete er als Hilfsarbeiter am Landgericht Elberfeld. Dort legte er am 19.07.1841 sein Gerichtsschreiberexamen ab und wurde am 10.02.1843 Gerichtsaktuar. Am 01.09.1845 wurde Carl Friedrich von Melbeck Kreissekretär in Elberfeld und leitete von April 1848 bis Mai 1851 das dortige Landratsamt. Am 30. 7. 1851 wurde er Landrat des Kreises Solingen. Dieses Amt hatte er bis 1886 inne. 1881 wurde er zum Geheimen Regierungsrat befördert. Am 04.03.1884 und am 13.03.1886 stellt er Abschiedgesuche. Er wurde daraufhin zum 01.10.1886 in den Ruhestand versetzt. In der Zeit von 1855 bis 1858 und von 1889 bis 1891 war er Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses. 1889 war er auch Mitglied des Rheinischen Provinziallandtages. Er war verheiratet mit Bertha, geborene Ibach, und hatte gemeinsam mit ihr zwei Töchter. Er wurde 1857 mit dem Roten-Adler-Orden IV. Klasse und am 01.10.1886 mit dem Kronenorden ausgezeichnet. Er war Mitglied der Deutschen Reichspartei und saß von 1878 bis 1881 für den Wahlkreis Düsseldorf 3 im Deutschen Reichstag. Carl Friedrich Melbeck war bis 1891 Vorsitzender der Ortsgruppe Düsseldorf des Bergischen Vereins für das Gemeinwohl.



1886-1894

Carl Wilhelm Albert Möllenhoff

Carl Wilhelm Albert Möllenhoff (*10. April 1851 in Werne; † 4. November 1937 in Berlin-Dahlem) war der Sohn des Rechtsanwalts und Notars Carl Möllenhoff und Auguste geb. Wiethaus. Nachdem er am 6.4.1870 das Gymnasium in Dortmund mit dem Abitur verlassen hatte, studierte er Rechtswissenschaften in Göttingen, Leipzig und Straßburg. Am 04.11.1873 wurde er Gerichtsreferendar in Dortmund und später in Wiesbaden. Am 17.07.1878 wurde er bei der Staatsanwaltschaft in Wiesbaden Gerichtsassessor. Am 02.06.1880 wurde Carl Möllenhoff Regierungsassessor. Er arbeitete bei der Regierung in Schleswig und Düsseldorf. Er war zunächst beim Oberpräsidium in Schleswig tätig, wurde am 02.04.1886 zum Regierungsrat ernannt und wurde dann am 01.10.1886 auf die Stelle als Landrat im Landkreis Solingen versetzt. Diese Position nahm er bis Juni 1894 wahr. Von 1890 bis 1894 war er für Solingen Mitglied im Rheinischen Provinziallandtag. Dann wurde er zur Regierung nach Königsberg in Preußen versetzt. Dort war er ab dem 14. 7. 1894 als Verwaltungsgerichtsdirektor tätig. Anschließend war er als Oberverwaltungsgerichtsrat in Berlin tätig.



1894-1900

Friedrich Albert Dönhoff

Friedrich Albert Dönhoff (genannt: Fritz; *09.02.1863 in Wesel; †Berlin) war Verwaltungsbeamter und Landrat. Sein Vater war der Landrat a.D. Alfred Dönhoff und seine Mutter Maria geb. Kraus. Nachdem er das Görres-Gymnasium in Düsseldorf 1881 mit dem Abitur verlassen hatte, studierte er Rechtswissenschaften in Heidelberg und Leipzig. Am 30.06.1884 wurde er Gerichtsreferendar im Bezirk des OLG Köln und am 19.07.1886 Regierungsreferendar bei der Regierung Düsseldorf. Am 17.6.1889 wurde Fritz Dönhoff zum Regierungsassessor ernannt und arbeitete bei dem Bezirksausschuss in Arnsberg. Ab 1.7.1890 war Fritz Dönhoff als Hilfsarbeiter beim preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe in Berlin tätig. Am 12. 7. 1894 wurde er zum kommissarischen Landrat des Kreises Solingen bestellt. Am 1. 3. 1895 folgte dann die endgültige Bestellung von Fritz Dönhoff zum Landrat in Solingen. Dieses Amt hatte er bis zum Januar 1900 inne. Dann wechselte er ins Ministerium für Handel und Gewerbe in Berlin. Dort stieg er zum Ministerialdirektor, Geheimer Oberregierungsrat, Vortragender Rat und zum Staatssekretär auf. Zum 1.10.1927 ging Fritz Dönhoff in Pension, war aber noch bis zum 1.4.1930 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Preußischen Bergwerks- und Hüttengesellschaft. Berlin ehrt ihn mit der Dönhoffstraße in Berlin-Wiesdorf. Darüber hinaus erhielt er 1903 den Kronenorden 3. Klasse und 1907 den Roten Adlerorden 3. Klasse mit Schleife. Er war evangelisch und seit Mai 1894 mit Johanna Kraus verheiratet.

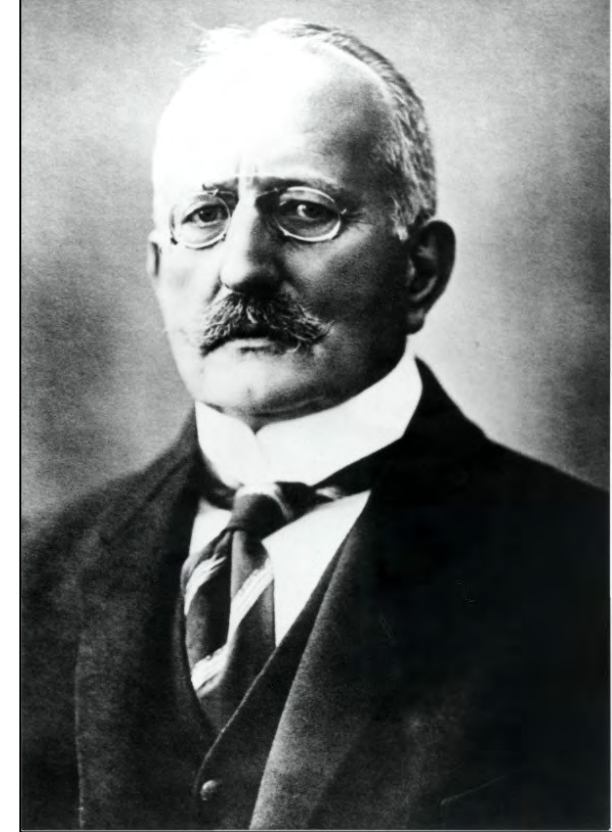


1900-1927

Dr. Adolf Lucas

Adolf Lucas (* 6. Juli 1862 in Wuppertal- Elberfeld; † 9. Mai 1945) war Landrat und Verwaltungsbeamter. Er war Mitglied der Nationalliberalen / DVP. Seine Eltern waren der Kaufmann Julius Lucas und Emilie geb. Boedinghaus. Er besuchte das Gymnasium in Elberfeld, welches er 1881 mit dem Abitur verließ. Nach seinem Wehrdienst in Berlin (1. Gardedragonier-Regiment) nahm er ein Studium der Rechtswissenschaften auf, das er mit Promotion in Heidelberg beendete.

Am 17.1.1885 legte Adolf Lucas die erste juristische Staatsprüfung ab und wurde am 31.1.1885 zum Gerichtsreferendar im Bezirk des OLG Köln ernannt. So arbeitete er ab dem 17.8.1889 als Gerichtsassessor bei den Amtsgerichten Bernkastel, Elberfeld, Barmen, Lennep, beim Landgericht Elberfeld und beim Amtsgericht Solingen. Ab dem 1.4.1893 war er als Richter beim Amtsgericht Ohligs tätig, wechselte dann aber am 1.2.1899 als Regierungsassessor zur Regierung in Düsseldorf. Am 16.10.1899 wurde er zum Regierungsrat und Justiziar ernannt. Am 7. 2. 1900 wurde Adolf Lucas zum kommissarischen Landrat des Landkreises Solingen ernannt. Am 1.9.1900 folgte dann seine endgültige Ernennung. Er hatte dieses Amt bis zu seinem Ruhestand, in den er am 1.10.1927 versetzt wurde, inne. Am 12.1.1914 wurde er zum Geheimen Regierungsrat befördert. Er war verheiratet und hatte zwei Söhne und zwei Töchter. Er erhielt 1905 den Roten Adlerorden 4.Klasse und am 2.10.1911 den Kronenorden 3.Klasse. Die Stadt Opladen ehrte Adolf Lucas, der 1914 den Kreissitz von Solingen nach Opladen verlegt hatte (Solingen war seit 1896 kreisfrei) durch die Benennung der Landrat-Lucas-Schule (jetzt Landrat-Lucas-Gymnasium) sowie der Lucasstraße in Opladen. Kurt Arentz schuf eine Bronzestatue von Adolf Lucas, die heute in der Opladener Festhalle (Aula des Landrat-Lucas-Gymnasiums) steht. Auch ein Wanderweg und eine Stiftung des Rheinisch-Bergischen Kreises wurden nach ihm benannt.



1927-1929

Peter Trimborn

Peter Trimborn (*11.04.1881; † 20.04.1941) war Redakteur und Verwaltungsbeamter. Er war das uneheliche Kind eines Landwirtes und Elise Trimborn. Nach einer Ausbildung als Weber (Textilarbeiter) war er 1910 Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes in Bamberg. Seit 1902 war er Mitglied der SPD. Von 1914 bis 1927 war er Redakteur der SPD-Zeitung "Rheinische Zeitung". Von 1919 bis 1927 war Peter Trimborn Stadtverordneter in Köln. Dort war er von 1923 bis 1927 Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion. Am 6. 10. 1927 wurde Peter Trimborn kommissarisch zum Landrat des Kreises Solingen bestellt. Ab 29. 3. 1928 ist er dann endgültig Landrat in Opladen. Am 31. 7. 1929 wird er zunächst in den einstweiligen Ruhestand versetzt, bekommt dann aber ab dem 1. 8. 1929 kommissarisch die Verwaltung des neuen Landratsamtes im Kreis Solingen-Lennep übertragen. Dieses Amt hatte er bis zu seiner Absetzung am 23.02.1933 inne. Danach war er Kohlenhändler in Köln. Er war verheiratet. Peter Trimborn war darüber hinaus Vorsitzender des Bergischen Geschichtsvereins, Abteilung Niederwupper. Heute ist der Platz vor dem Stadtarchiv in Opladen nach ihm benannt.



Die Landräte des Landkreises Lennep



**Freiherr Franz Josef
Johann Ignaz
Anton von Ritz**
1816



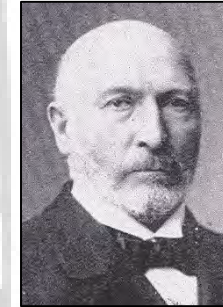
**Rittmeister Friedrich
Jakob Heydweiller**
1817-1823



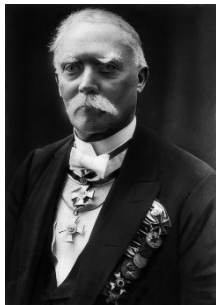
**Emil August
von Bernuth**
1823-1866



Gustav Petersen
1866



Lambert Josef Rospatt
1866-1882



**Walther Franz Georg
Bogislaw Jentzsch**
1871



Richard Koenigs
1882-1900



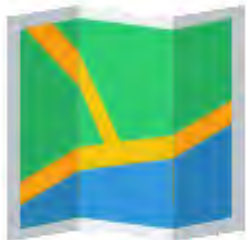
Dr. Friedrich Hentzen
1900-1923



Dr. Paul Müller
1923



Ludwig Beckhaus
1925-1929



1816

Freiherr Franz Josef Johann Ignaz Anton von Ritz

Friedrich Johann Wilhelm von Ritz (*1 August 1778 in Düsseldorf; † 21. Januar 1836 in Düsseldorf) war ein Jülich Bergischer Hofrat und Landrat. Er war der Sohn von Friedrich Johann Wilhelm von Ritz und Theodore geb. Freiin von Schirp. 1796 studierte er Rechtswissenschaften in Göttingen. 1804 wurde er zum Bergischen Geheimen Rat ernannt. Danach am 11.1.1805 zum Bergischen Marsch-Kommissar des Großherzogtums Berg in Düsseldorf. 1806 wurde er pensioniert. Von 1813 bis 1814 war er General-Marsch-Kommissar des Großherzogtums Berg, wurde dann aber auf Wartegeld gesetzt. Am 1. 5. 1816 wurde Franz Freiherr von Ritz aus Düsseldorf als Landrat in den Landkreis Lennep versetzt. Zum 1.1.1817 wechselte er als Landrat in den Landkreis Düsseldorf-Mettmann. Am 24.8.1820 wurde er aus gesundheitlichen Gründen aus dem Dienst entlassen.

1817-1823

Rittmeister Friedrich Jakob Heydweiller

Friedrich Jakob Heydweiller (*1778 in Krefeld; † 1848 in Mannheim) war Ratsherr und Rittmeister in preußischen Diensten. Seine Eltern waren der Fabrikhaber Johan Valentin Heydweiller und Friederike Wilhelmine geb. Kall. Bis 1807 war Friedrich Jakob Heydweiller aktiver Soldat. Danach kaufte der in Königsberg ein Landgut und bewirtschaftete es bis 1813. Anfang 1813 wurde er expedierender Kalkulator beim Ostpreußischen Provinzial-Verpflegungs-Kommissariat. Von März 1813 bis Oktober 1814 leitete er eine Vermögens- und Einkommens-Steuer-Kommission. 1814 legt er in Berlin sein Staatsexamen ab. 1815 beteiligte er sich am preußischen Feldzug nach Paris und arbeitete im Büro von Fürst Hardenberg. Danach wurde er am 1.5.1816 zum kommissarischen Verwaltungsleiter des Kreises Krefeld. Am 16. 1. 1817 wurde Friedrich Heydweiller zum landrätlichen Kommissar im Landkreis Lennep ernannt. Im September 1824 wurde er in den Ruhestand versetzt. Er war evangelisch-reformiert und verheiratet mit Ernestine von Göll.

1823-1866

Emil August von Bernuth

Emil August von Bernuth (*14. Juli 1797 in Kleve; † 19. April 1882 in Piotrkowice/Posen, Polen) war ein preußischer Verwaltungsbeamter und Landrat. Sein Vater war Karl Friedrich Wilhelm von Bernuth (1757 –), seine Mutter Sophia Charlotte (Sophie) Hopmann (1775 – 1805). Er war mit Luisa Dorothea Emilia (Luise) von Porbeck (1799 – 1881) verheiratet (Heirat: 16. Juli 1824, Arnsberg), mit der er 11 gemeinsame Kinder hatte. Er war evangelisch. Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte er ab dem 21.10.1816 Rechtswissenschaften in Göttingen. Am 23.3.1820 wurde er zum Regierungsreferendar bei der Regierung in Arnsberg ernannt. Am 22.12. 1824 wurde er dann in den Landkreis Lennep versetzt. Dort war er vom 01.01.1825 bis zum 30.06.1866 Landrat. Er stieg bis zum Amt des Regierungsrates auf. Am 1. 7. 1866 wurde Emil von Bernuth pensioniert.



1866

Gustav Petersen

Gustav Petersen (*25. Mai 1838, Remscheid-Lennep; † 24. August 1919, Mülheim/Rhein) war Fabrikant, Kreisdeputierter und Landrat. Er war evangelisch. Sein Vater war Gustav Petersen (1805 – 1885), seine Mutter Katharina Emilia Fuhrmann (1812 – 1871). Er war mit Luisa (Luise) Hardt verheiratet (Hochzeit: 6. Februar 1865, Remscheid-Lennep), mit der er ein gemeinsames Kind hatte. Am 30. 6. 1866 übernahm er bis zum Oktober 1866 als Kreisdeputierter kommissarisch das Amt des Landrates im Kreis Lennep.

1866-1882

Lambert Josef Rospatt

Lambert Rospatt (* 20. Februar 1829 in Münstereifel; † 23. September 1902 in Wiesbaden) war Verwaltungsbeamter und Parlamentarier. Sein Vater war Professor der Geschichte an der Universität Münster Johann Joseph Rospatt (1801–1881). Von 1847 bis 1850 studierte er an der Universität Bonn Rechtswissenschaften und wurde dort 1849 Mitglied des Corps Palatia Bonn. 1850 war er als Auskultator tätig bevor er preußischer Verwaltungsbeamter wurde. Bei der Bezirksregierung in Münster war Lambert Josef Rospatt zunächst als Regierungsassessor unter anderem Landratsvertreter in Coesfeld. 1859 wurde er zur Regierung in Marienwerder und anschließend zur Regierung in Gumbinnen versetzt. 1866 wurde er Landrat des Kreises Löbau (Westpreußen). Von 1866 bis 1867 saß er als Abgeordneter des Wahlkreises Marienwerder 3 im Preußischen Abgeordnetenhaus. Dort gehörte er der Fraktion der Konservativen Partei an. Am 20.10.1866 wurde er als Landrat in den Kreis Lennep versetzt. Von 1871 bis 1872 arbeitete er als Kreisdirektor im lothringischen Kreis Château-Salins, kehrte aber als Landrat in den Kreis Lennep zurück. 1882 wurde Rospatt zur Regierung Wiesbaden versetzt, wo er am 20.6.1892 zum Regierungsrat ernannt wurde. 1901 ging Lambert Josef Rospatt in Pension. Bei der Regierung in Wiesbaden war er für den Weinanbau zuständig, weswegen er auch den Wiesbadener Weinbund gründete. Er war alt-katholisch und mit Julie Adele Fuhrmann aus Lennep verheiratet (Hochzeit: 1864), mit der er einen gemeinsamen Sohn (Landrat August von Rospatt) hatte. Lambert Josef Rospatt erhielt folgende Auszeichnungen:

Roter Adlerorden 4. Klasse

Königlicher Kronen-Orden (Preußen) 3. Klasse

Eisernes Kreuz II. Klasse von 1870

Ernennung zum Geheimen Regierungsrat, 1890

Namensgeber der Rospattstraße in Remscheid



1871

Walther Franz Georg Bogislaw Jentzsch

Walther Franz Georg Bogislaw Jentzsch (* 30. Juni 1833 in Magdeburg; † 18. Februar 1916 in Paderborn) war Jurist. Sein Vater war der Pfarrer Dr. theol. Dr. phil. August Benjamin Jentzsch, seine Mutter Klara Eugenia Westermeyer. Er besuchte das Gymnasium zum Kloster Unserer Lieben Frau in Magdeburg, welches er am 18.03.1853 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Während seines Studiums der Rechtswissenschaft und der Cameralia (Friedrichs-Universität in Halle 2 Semester Jura und Cameralia; dgl. Bonn, 1 Semester Jura und Cameralia; dgl. Halle, 2 Semester Jura und Cameralia; dgl. Berlin, 1 Semester Jura und Cameralia) trat er 1854 in die Studentenverbindung Corps Marchia Halle ein. Er schloss sein Studium mit dem Examen ab. Am 01.10.1856 trat er als Freiwilliger beim 2. Infanterie-Regiment in Magdeburg ein, wurde jedoch vorzeitig wegen Krankheit wieder entlassen. Am 24.03.1858 legte er die Prüfung zum Gerichts-Referendar beim Appellationsgericht Magdeburg ab und am 14.06.1858 die Prüfung zum Regierungs-Referendar bei der Regierung Magdeburg. Am 02.07.1862 bestand er die Prüfung zum Regierungs-Assessor und am 18.04.1856 die Prüfung zum Auskultator beim Kammergericht Berlin. Am 27.09.1862 wurde er an die Regierung Merseburg überwiesen und im Juni 1864 an den Oberpräsidenten in Magdeburg. Am 23.01.1863 wurde Walter Jentzsch zur Regierung Frankfurt/Oder versetzt und am 14.02.1867 zum Oberpräsidenten in Stettin. Am 08.03.1868 kam er schließlich zum Finanzministerium nach Berlin. Von dort wurde er am 21. 3. 1871 als Regierungsassessor kommissarisch zum Landrat im Landkreis Lennep bestellt. Am 10.04.1872 wurde er dann als kommissarischer Landrat in den Kreis Simmern versetzt. Am 16.5.1875 wurde er kommissarisch, am 9.10.1876 endgültig Landrat des Kreises Paderborn. Dieses Amt hatte er 28 Jahren inne. Am 14.07.1904 wurde er aus dem Staatsdienst unter Verleihung des Roten Adlerordens II. Klasse mit Eichenlaub entlassen. Er war evangelisch und mit Emmy Theodore Wilhelmine Albertine Bertha (17.08.1855-07.11.1933) verheiratet (Heirat: 10.10.1882, Potsdam / Eickstedt). Neben seiner Beamtentätigkeit war Walter Jentzsch Direktor des landwirtschaftlichen Kreisvereins Paderborn, Mitglied des westfälischen Altertumsvereins, Mitglied des DRK, Mitglied der Zentral-Kommission der freiwilligen Krankenpflege für Frankreich (1870/71) und Ehrenmitglied des katholischen Gesellen- und Meistervereins in Paderborn. Er wurde mit dem Kronenorden II. Klasse, dem Eisernen Kreuz II. Klasse am weiß-schwarzen Band, mit der Amtsbezeichnung Geheimer Regierungsrat und mit dem Roten Adlerorden II. Klasse mit Eichenlaub ausgezeichnet.



1882-1900

Richard Koenigs

Max Richard Walther Koenigs (* 28. März 1853 in Dülken; † 14. Februar 1921 in Düsseldorf) war Verwaltungsbeamter. Seine Eltern waren der Kommerzienrat in Köln Franz Wilhelm Koenigs und Wilhelmina geb. Mevissen. Er machte 1870 sein Abitur am Gymnasium in Barmen, leistete seinen Militärdienst beim 7. Jäger-Bataillon unter Teilnahme am Frankreich-Feldzug ab. Danach studierte er Rechtswissenschaften in Heidelberg, Göttingen, Bonn und Berlin, wo er auch in die Studentenverbindungen Corps Rhenania und Corps Hildeso-Guestphalia eintrat. Ab September 1875 wurde er Gerichtsreferendar in Köln, wo er nach Beendigung seiner Ausbildung 1881 als Gerichtsassessor am Amtsgericht Köln tätig war. Am 5. 9. 1882 wurde Richard Koenigs kommissarisch als Landrat des Kreises Lennep bestellt. Am 1.7.1883 folgte seine endgültige Ernennung. Bis zum 4.12.1899 war er dort als Landrat tätig, wechselte als Oberregierungsrat zur Regierung nach Düsseldorf, wo er als Regierungsvizepräsident am 30. September 1916 in den Ruhestand trat. Richard Koenigs wurde Ehrenbürger von Wermelskirchen, von Lennep, von Remscheid und von Lüttringhausen. In Remscheid ist die Richard-Koenigs-Straße nach ihm benannt. Richard Koenigs wurde 1899 der Rote Adler Orden IV. Klasse und bei seinem Ausscheiden aus dem Dienst 1916 der Rote Adler Orden II. Klasse mit Eichenlaub verliehen. Richard Koenigs war katholisch und mit Wilhelmine Klara Bunge verheiratet.



1900-1923

Dr. Friedrich Hentzen

Friedrich Hentzen (* um 1867; † 12. April 1923) war Verwaltungsbeamter. Seine Eltern waren der Kreisrichter und spätere Landgerichtsdirektor Heinrich Hentzen und Cornelia geb. Hardt. Er besuchte die Volksschule in Hattingen und anschließend das Gymnasium in Höxter und Köln, das er Ostern 1886 mit dem Abitur verließ. Er studierte von 1886 bis 1890 Rechtswissenschaften an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Freiburg und Berlin. Während des Studiums wurde Friedrich Hentzen Mitglied des Corps Guestphalia Heidelberg. Vom 1.10.1890 bis zum 1.10.1891 leistete er seinen Wehrdienst beim 2. Westfälischen Husaren-Regiment Nr. 11 in Düsseldorf. Er schloss sein Studium mit Promotion zum Dr. jur. ab und wurde preußischer Verwaltungsbeamter. Am 11.7.1890 legte er die erste juristische Staatsprüfung beim OLG Köln ab. Am 16.7.1890 wurde er Gerichtsreferendar und arbeitete anschließend im Amtsgericht Lennep und im Landgericht Elberfeld. Am 17.7.1893 wurde er Regierungsreferendar bei der Regierung in Aachen bzw. ab März 1895 in Danzig. Am 28.3.1896 machte er die Prüfung für den höheren Verwaltungsdienst und wurde am 28.3.1896 Regierungsassessor. Am 26.12.1899 wurde er zunächst Hilfsarbeiter im Landratsamt Hörde. Am 4.1.1900 wurde Friedrich Hentzen dann kommissarisch Landrat des Landkreises Lennep. Am 1.8.1900 folgte dann seine endgültige Ernennung zum Landrat. Von 1914 bis 1915 wurde er durch Frankenbach und von 1915 bis 1916 durch Landrat a. D. von Uslar vertreten. Am 12. 4. 1923 verstarb Friedrich Hentzen. Friedrich Hentzen war evangelisch und mit Elisabeth Hardt verheiratet. Friedrich Hentzen war Mitglied der DNVP.



1923

Dr. Paul Müller

Dr. Paul Müller (*22.12.1893 in Düsseldorf-Gerresheim; † 12.05.1983 in Koblenz) war Verwaltungsbeamter. Im Juli 1923 arbeitete er nach seinem Studium der Rechtswissenschaften als Regierungsassessor bei der Regierung in Köln. Am 18. 5. 1923 übernahm Paul Müller vertretungsweise das Landratsamt Lennep, wechselte dann jedoch im Juli 1924 zum Landratsamt Prenzlau. Im Oktober 1925 wurde er zur Regierung in Arnsberg versetzt, wo er im Juni 1928 zum Regierungsrat ernannt wurde. Ab Januar 1930 arbeitete er im Polizeipräsidium in Düsseldorf. Mit Erlass vom 11.07.1930 wurde er zum 01.08.1929 an das Polizeipräsidium Recklinghausen (Leiter des Polizeiamts Buer) versetzt, arbeitete jedoch weiterhin kommissarisch für das Polizeipräsidium in Düsseldorf. Er trat seinen Dienst in Buer erst im November 1930 an. Zum 01.07.1932 wurde das Polizeiamt Buer aufgelöst und Paul Müller der Regierung in Arnsberg zugeteilt. Er wurde am 01.10.1933 gemäß des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (BerBG) in den Ruhestand versetzt. Sein weiterer Verbleib ist unbekannt. Er war katholisch.

1925-1929

Ludwig Beckhaus

Ludwig Beckhaus (* 22. Juni 1887 in Hofgeismar; † 11. November 1957 in Bremen) war Verwaltungsjurist. Sein Vater war Dr. jur. Ludwig Friedrich Franz Beckhaus, Landrat und später Vizepräsident des Rechnungshofs des Deutschen Reiches. Ludwig Beckhaus besuchte Gymnasien in Hofgeismar, Frankfurt/Oder, Münster und Potsdam und machte 1906 sein Abitur. Er studierte Rechtswissenschaften in Grenoble, Göttingen und Berlin und schloss sein Studium am 1.3.1913 mit Promotion ab. Am 22.10.1910 legte er seine erste juristische Prüfung ab und wurde am 5.12. 1910 zum Gerichtsreferendar ernannt. Er arbeitete in den Amtsgerichten Treuenbrietzen, Werder und war ab 26.8.1912 Regierungsreferendar bei der Regierung in Stettin. Zwischenzeitlich war er von 1912 bis 1914 kommissarischer Bürgermeister von Bärwalde. Von 1914 bis 1918 nahm er am ersten Weltkrieg teil. Am 28.6.1919 wurde er zum Regierungsassessor ernannt und war als Hilfsarbeiter in den Landratsämtern Kosel bzw. Kattowitz tätig. Ab Juni 1922 arbeitete Ludwig Beckhaus für die Regierung in Oppeln und ab September 1922 als Hilfsarbeiter im preußischen Ministerium des Innern. Dort wurde er am 31.12.1921 zum Regierungsrat befördert. Am 8.6.1923 wurde Ludwig Beckhaus kommissarischer Landrat im Landkreis Lennep. Am 1.2.1924 folgte seine endgültige Ernennung. Am 31. 7. 1929 wurde Ludwig Beckhaus in den einstweiligen Ruhestand versetzt und zum 1. 10. 1929 der Regierung in Köln überwiesen. Danach übernahm er 1930 vertretungsweise das Landratsamt im Landkreis Ostprignitz und anschließend von 1930 bis 1945 den Landkreis Köslin der Provinz Pommern. Von April bis Juli 1930 wurde er mit der vertretungsweisen Verwaltung des Landratsamtes in Kyritz (Kreis Ostprignitz) beauftragt. Von 1951 bis 1956 wirkte er in der Bremischen Evangelischen Kirche als stellvertretender Leiter der Kirchenkanzlei. Er war evangelisch und mit Christa Therese Anneliese Castendyk verheiratet. Ludwig Beckhaus war Mitglied der DVP.



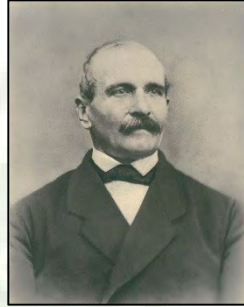
Die Landräte des Kreises Wipperfürth



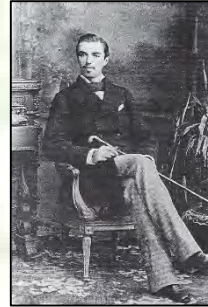
**Friedrich Wilhelm
Schumacher**
1816-1845



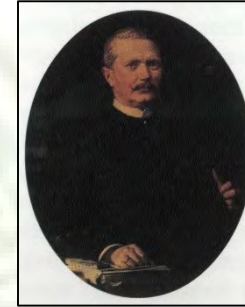
**Julius Johann
Heinrich Wiethaus**
1846-1851



**Klemens August
Aloysius Maria Mersmann von Nesselrode-Ehreshoven**
1852-1855



**Graf Maximilian
von Fürstenberg-Heiligenhoven**
1856-1864



**Freiherr Egon
von Fürstenberg-Heiligenhoven**
1865-1887



**Graf Franz Alfred Leo Hubert
von Nesselrode-Ehreshoven**
1888-1892



Robert Klauser
1892-1893



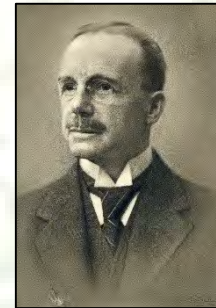
**Hjalmar
Graf von Mörner**



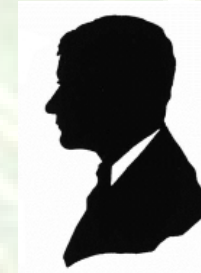
**Dr. Georg Konrad
Friedrich Porcher**
1893-1895



**Freiherr Adolf
von Dalwigk
zu Lichtenfels**
1895-1904



Dr. Friedrich Knoll
1904-1918



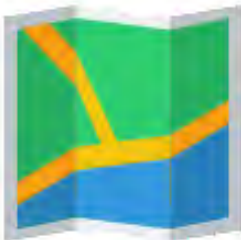
Dr. Otto Bödiker
1918-1919



Dr. Eduard Wessel
1919-1924



Leo Huttrop
1924-1932



1816-1845

Friedrich Wilhelm Schumacher

Schumacher, Friedrich Wilhelm (* 15. Januar 1786 Odenspiel/Kr. Waldbröl; † 2. Januar 1868 Köln)
Seine Eltern waren der Baumeister (Achsenmacher) Wilhelm Schumacher und Catharina Elisabeth geb. Schurmanns. Friedrich Wilhelm Schumacher wurde im April 1807 Domäneninspektor im Bergischen und am 26.1.1812 in Düsseldorf für das Rhein-Departement. Am 1.1.1814 wurde Friedrich Wilhelm Schumacher zum herzoglich bergischer Domänen- und Forstrat in Düsseldorf ernannt. Vom 1.5.1816 bis zum 31.12.1817 war er kommissarischer Landrat im Landkreis Wipperfürth. Am 9.5.1818 folgte seine endgültige Bestätigung als Landrat unter Entbindung von dem großen Examen. Zum 1.7.1845 wurde Friedrich Wilhelm Schumacher auf eigenen Antrag vom 8.4. 1845 pensioniert. Er war evangelisch, verheiratet mit Elisabeth Maria Theodora Carolina Stahl.

1846-1851

Julius Johann Heinrich Wiethaus

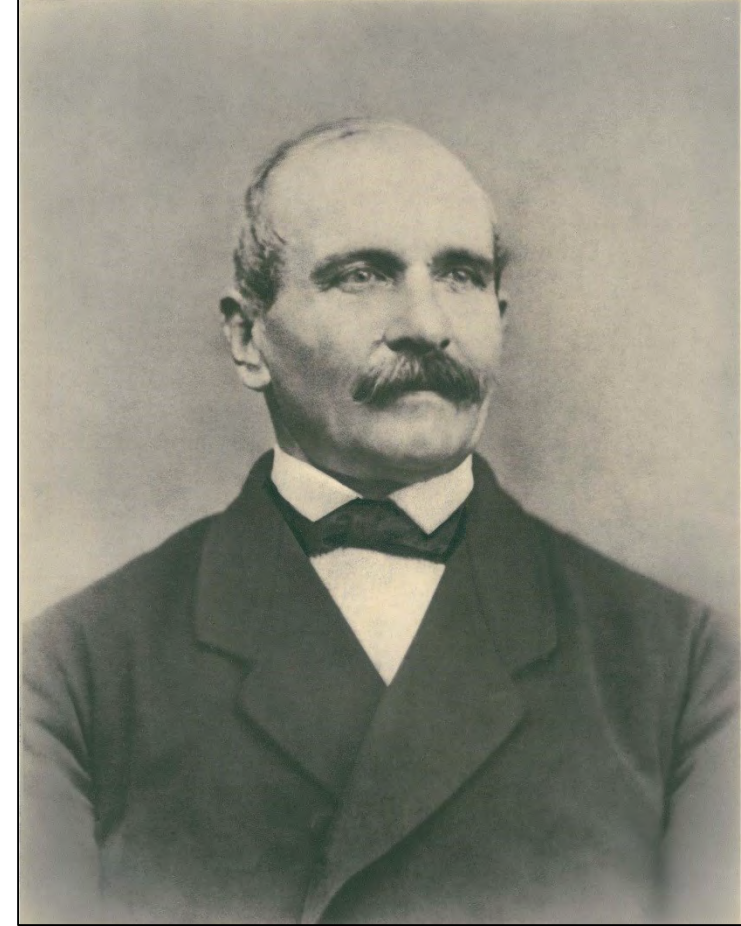
Julius Johann Heinrich Wiethaus (* 7. November 1806 in Hamm; † 23. April 1863 in Bernkastel) war Beamter und Abgeordneter. Sein Vater war David Wiethaus, Landrat des Kreises Hamm und Bruder von Carl Wiethaus. Nach seinem Schulbesuch in Hamm/Westfalen und Dortmund, den er am 19.9.1926 mit dem Abitur abschloss, studierte er von 1826 bis 1830 Rechtswissenschaften in Bonn, Berlin und Heidelberg, wo er 1826 in die Studentenverbindung Corps Guestphalia Bonn und 1829 in die Verbindung Alemannia Heidelberg eintrat. Von 1830 bis 1831 wurde er wegen Duellierens zu Festungshaft verurteilt. Danach wurde er 1837 Regierungsassessor bei der Regierung in Arnsberg. Von 1837 bis 1844 war er ebenfalls als Regierungsassessor bei den Polizeipräsidien in Berlin und ab 1839 in Köln tätig. Seit 1842 war er dort Zensor der Rheinischen Zeitung. Er wurde zum Regierungsrat befördert. 1845 wurde Julius Johann Heinrich Wiethaus vertretungsweise und 1846 endgültig zum Landrat im Kreis Wipperfürth ernannt. 1852 wurde er als Landrat zum Landkreis Bernkastel versetzt. Vom 15. Juli 1848 bis zum 17. Mai 1849 war er Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung. Er war fraktionslos, stand politisch aber dem Rechten Zentrum nahe. Im September 1848 schloss er sich dem Allgemeinen Deutschen Verein zum Schutz der Vaterländischen Arbeit an. Nach dem Ende der Revolution nahm er am Gothaer Nachparlament teil. Im Jahr 1849 hat er den Wahlkreis Köln im Preußischen Abgeordnetenhaus vertreten. Dort gehörte er der Fraktion der Rechten an. Am 19.8. wurde er zum Landratsamt Liebenwerda versetzt, hat jedoch dort den Dienst nicht angetreten, da er zwischenzeitlich als Landrat in Ahrweiler in Frage kam. Am 15.3.1852 wurde er dann Landrat in Bernkastel. Er verstarb im Dienst. Julius Wiethaus war evangelisch und mit Mathilde Petronella geb. Keller verheiratet.

1852-1855

Klemens August Aloysius

Maria Mersmann

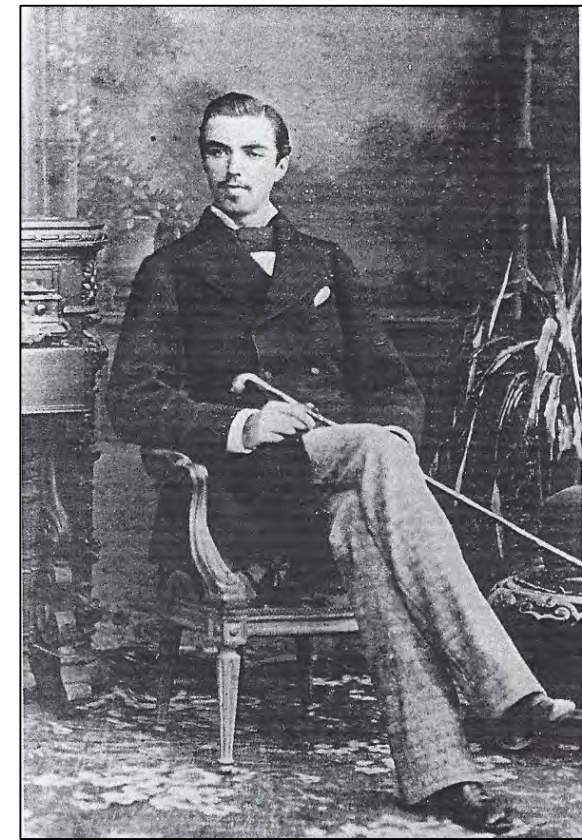
Klemens August Aloysius Maria Mersmann (*29. August 1820 Ahaus bei Münster; †30. März 1872 in Münster) war der Sohn des Landrats in Coesfeld Clemens Godefridus Antonius Franciscus Mersmann und Anna Pauline Antonette geb. v. Schlebrügge (münsterische Beamten- und Kaufmannsfamilie). Er war seit dem 8.8.1837 aktiver Soldat und wurde am 29.8.1837 Portepée-Fähnrich im 8. Ulanen-Regiment in Düsseldorf. Am 12.1.1838 wurde er dort zum Secondelieutenant befördert. Am 18.3.1851 erhielt Klemens August Mersmann sein Abschiedspatent als Premierlieutenant mit Armee-Uniform und Aussicht auf Zivilversorgung. Ab dem 21.2.1851 war er als Hilfsarbeiter bei der Regierung Düsseldorf in der Eigenschaft eines Referendars tätig. Mit Reskript vom 25.2.1852 wurde er zum kommissarischen Landrat im Landkreis Wipperfürth bestellt. Er nahm seinen Posten dort bis zum 31.10.1855 wahr. Am 3.9.1855 wurde er als Landrat nach Saarburg versetzt. Zum 1.10.1871 ging er auf eigenes Nachsuchen in Pension. Klemens August Mersmann war katholisch und mit Agnes von Olfers verheiratet.



1856-1864

Graf Maximilian von Nesselrode-Ehreshoven

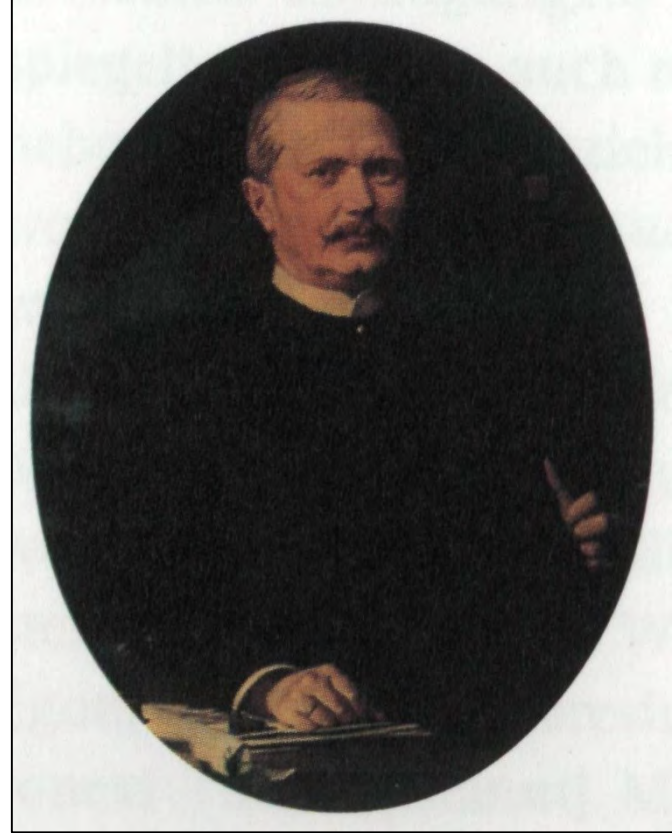
Maximilian Bertram Graf von Nesselrode-Ehreshoven (* 20. Dezember 1817 in Düsseldorf; † 13. August 1898 zu Schloss Ehreshoven) war Jurist und Offizier. Während seines Studiums der Rechtswissenschaften von 1837 bis 1840 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität trat er 1839 in die Studentenverbindung Corps Borussia Bonn ein. Danach wurde er von 1840 bis 1849 Offizier im 1. Garde-Ulanen-Regiment in Potsdam. 1848 wurde er Beigeordneter und 1853 Bürgermeister der Bürgermeisterei Engelskirchen. Am 30. November 1854 (Tag der Berufung, Eintritt am 7. Dezember 1854) wurde er Mitglied des Herrenhauses. Er war seit dem 12. Juli 1852 mit der Gräfin Melanie von Hatzfeld zu Wildenburg verheiratet. Von 1856 bis 1863 war er als Landrat im Landkreis Wipperfürth tätig. Am 13. November 1855 (Dienstantritt am 4. Dezember 1855,) wurde er zum kommissarischen Landrat des Kreises Wipperfürth ernannt. Am 15. April 1857 folgte dann die endgültige Ernennung zum 1. April 1857. Anschließend war er vom 1. April 1863 (Dienstantritt am 22. Juni 1863) bis zum 6. November 1867 Landrat des Kreises Mülheim. Am 22. Januar 1866 wurde er dann zum Kammerherr und Oberhofmeister der Kaiserin Augusta ernannt. Seither vom 1. März bis 28. Mai 1866 und von März 1867 bis April 1868 wird er als Landrat durch den Kreisdeputierten Walter Josef Bürgers vertreten. Bis 1870 gehörte Maximilian von Nesselrode-Ehreshoven auch die Burg Welterode. 1867 war er Mitglied des Konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes für den Wahlkreis Köln 6 (Mülheim am Rhein, Gummersbach, Wipperfürth) und die Freie Konservative Vereinigung. Maximilian von Nesselrode wurde am 11. Dezember 1858 in Jerusalem zum Ritter vom Heiligen Grab geschlagen.



1865-1887

Freiherr Egon von Fürstenberg-Heiligenhoven

Freiherr Egon von Fürstenberg-Heiligenhoven (*26 Dezember 1832 auf Heiligenhoven und Alsbach; † 28. März 1888 in Köln) war königlich preußischer Rittmeister und Landrat. Er war der Sohn von Theodor Freiherr von Fürstenberg, auf Heiligenhoven und Georghausen und Maria Anna von Lilien, a. d. H. Opherdicke. Freiherr von Fürstenberg-Heiligenhoven war verheiratet mit Sophia Freiin von Broich (21 Nov 1882 Aachen). Zunächst erhielt er Hausunterricht, besuchte aber ab 1843 die Rheinische Ritterakademie in Bedburg (nicht in der Prima). Ab 1853 war er als Avantageur in das 2. Westfälische Husaren-Regiment (Nr. 11) in Düsseldorf eingetreten und wurde dort 1855 zum Sekonde-Lieutenant ernannt. Er nahm 1870/71 am Feldzug gegen Frankreich teil. Ab dem 16.7.1863 wurde er zur Ausbildung auf dem Büro des Landratsamtes Mülheim/Rhein zwecks Vorbereitung auf den Verwaltungsdienst beurlaubt. Am 2.4.1864 wurde Egon von Fürstenberg-Heiligenhoven zum kommissarischen Landrat im Landkreis Wipperfürth unter Vorbehalt des Bestehens der Prüfung ernannt. Am 30.1.1865 erfolgte dann die endgültige Bestallung. Zum 1.10.1887 wurde er mit Dimissoriale vom 27.9. 1887 auf eigenes Gesuch vom 1.7. 1887 in den Ruhrstand versetzt, nachdem er bereits ab 15.6.1892 beurlaubt war. Das Abschiedsgesuch erfolgte wegen seiner schweren Neurasthenie. Egon von Fürstenberg-Ehreshofen entstammt dem westfälischen Uradel und war katholisch. Er war mit Sofie Freiin v. Broich verheiratet.



1888-1892

Graf Franz Alfred Leo Hubert von Nesselrode-Ehreshoven

Graf Franz Alfred Leo Hubert von Nesselrode-Ehreshoven (*1855 in Köln, † 31 Januar 1910 in Bad Honnef) war von 1888 bis 1892 Landrat im Landkreis Wipperfürth. Seine Eltern waren der Rittergutsbesitzer und Oberhofmeister Maximilian Bertram Graf v. Nesselrode-Ehreshoven und Melanie geb. Gräfin v. Hatzfeld aus dem Hause Wildenburg. Nach der Unterrichtung durch Hausunterricht wechselte er im Herbst 1871 zur Rheinischen Ritterakademie in Bedburg. Dort erhielt er im Juli 1875 das Zeugnis der Reife. Danach studierte er Rechtswissenschaften in Bonn, Straßburg und Göttingen. Im Dezember 1878 legte er die 1. juristische Staatsprüfung bei dem Appellationsgericht in Celle ab. Am 9.1.1879 wurde er zum Gerichtsreferendar vereidigt. Danach folgte seine Ausbildung bei dem Amtsgericht Osterode/Harz. Anschließend wurde er in den Bezirk des rheinischen Appellationsgerichtshofes übernommen (Friedensgericht Köln, Amtsgerichte Mülheim/Rhein bzw. Trier, Strafkammer Trier). Im Juli 1881 schied er aus dem Justizdienst aus und wurde im August 1881 Avantageur in dem 1. Garde-Ulanen-Regiment in Potsdam. Dort wurde er am 11.3.1882 zum Sekondelieutenant ernannt. Bis zum Frühjahr 1885 war er im aktiven Militärdienst tätig. Danach am 25.6.1885 übernahm er vertretungsweise die Verwaltung des Landratsamtes Köln. Am 21.4.1886 folgte dann seine definitive Ernennung (Bestallung). Am 9.9.1887 wurde er als kommissarischer Landrat im Landkreis Wipperfürth eingesetzt. Am 27.2.1888 folgte seine endgültige Versetzung nach Wipperfürth. Am 1.8.1893 wurde er mit Dimissoriale vom 3.7.1893 in den Ruhestand versetzt. Graf von Nesselrode-Ehreshoven war katholisch und entstammt dem bergischen Uradel. Er war verheiratet mit Maria-Rita Sofia Franziska von Weise (Hochzeit: 30 September 1865), mit der er ein gemeinsames Kind hatte (31 Juli 1905: Marie-Louise Agathe von Nesselrode-Ehreshoven).

1892–1893

Robert Klauser

Robert Klauser (* 6. April 1867 in Mönchengladbach; † 8. Juli 1951 in Wiesbaden) war Beamter und Landrat. Er war der Sohn des Spinnereibesitzers Johann Friedrich Klauser (1825–1889) und seiner Frau Laura geborene Funke (1838–1925). Nach seinem Schulbesuch machte er 1885 das Abitur am humanistischen Gymnasium in Mönchengladbach. Danach leistete er Wehrdienst. Ab 1887 studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in Straßburg, Köln, Bonn und Leipzig, wo er Mitglied des Corps Hansea Bonn wurde. Nach Abschluss seines Studiums wurde er Assessor bei der Regierung in Arnsberg und Marienwerder und beim Landratsamt in Siegen. Er promovierte zum Dr. jur. Von 1892 bis 1893 war er kommissarisch Landrat im Landkreis in Wipperfürth. Von 1902 bis 1910 arbeitete er als Landrat in Bersenbrück und von 1910 bis 1919 im Landkreis Höchst. Von 1920 bis 1928 wurde er dann als Landrat in den Landkreis Dortmund versetzt. Zwischen 1928 und 1950 war er Verwaltungsrechtsrat in Wiesbaden. Von 1912 bis 1918 war er für den Kreis Höchst Abgeordneter im Nassauischen Kommunallandtag. Politisch stand Robert Klauser der Deutschnationalen Partei und später der DVP nahe. Während der NS-Zeit war er Anhänger der Bekennenden Kirche. Robert Klauser war mit Katharina geborene Klein (1874–1945) verheiratet.

1893

Hjalmar Graf von Mörner

Knut Hjalmar Napoleon Mörner af Morlanda (*11. Dezember 1874 in Veta, †1958 in Linköping) war der Sohn von Claes Gustaf Ernst Mörner af Morlanda und von Mathilda Lovisa Napoleona Palmqvist. Er war mit Alice af Burén verheiratet und hatte mit ihr drei gemeinsame Kinder (Carl Herbert Napoleon Mörner af Morlanda, Claes Otto Hjalmar Mörner af Morlanda, Louise Hjalmarsdotter Mörner af Morlanda Möller). Hjalmar Graf von Mörner war 1893 Landrat im Kreis Wipperfürth.



1893-1895

Dr. Georg Konrad Friedrich Porcher

Dr. jur. Georg Konrad Friedrich Porcher (*21. Oktober 1860 in Bonn; † 2. Januar 1936 in Haus Ley bei Runderoth) war Beamter und Landrat. Seine Eltern waren der Baumeister Josef Porcher und Ottilie geb. Mohren. Nach dem Besuch der Ritterakademie in Bedburg studierte er von 1888 bis 1889 Rechtswissenschaften in Bonn und wurde am 21.6.1884 Gerichtsreferendar beim Landgericht in Bonn. Am 23.7.1886 wurde er Regierungsreferendar bei der Regierung in Köln. Am 30.3.1889 legt er die große Staatsprüfung ab. Ab dem 15.4. war er bei der Regierung Köln als Regierungsassessor tätig. Am 23.1.1890 wurde er nach Kassel versetzt. Am 07. Juli 1893 wurde er kommissarischer Landrat des Kreises Wipperfürth. Am 28.2.1894 folgte seine endgültige Bestallung zum Landrat. Georg Porcher hat bis zum 1.9.1895 diese Position wahrgenommen und wechselte danach zum Landesfinanzamt als Leiter der Abteilung für direkte Steuern. Am 29.3.1898 wurde er dort zum Regierungsrat ernannt. Am 21.5.1906 kehrte er zur Regierung Köln zurück und übernahm dort die kommissarische Leitung der Finanzabteilung. Am 21.7.1906 wurde er zum Oberregierungsrat ernannt und am 3.9. zum Dirigent der Finanzabteilung. Danach wurde er am 12.12.1919 Abteilungsleiter im Landesfinanzamt Köln, zu dessen Präsident er am 1.2.1926 aufstieg. Am 1.3.1927 wurde er mit Erreichen der Altersgrenze pensioniert. Er wurde am 18.1.1908 mit dem Roten Adlerorden 4. Klasse ausgezeichnet. Von 1894 bis 1895 war Georg Porcher Abgeordneter der Rheinischen Provinziallandtage für die Gemeinde Lindlar. Er war katholisch und mit Emma Thielen verheiratet.

1895-1904

Freiherr Adolf von Dalwigk zu Lichtenfels

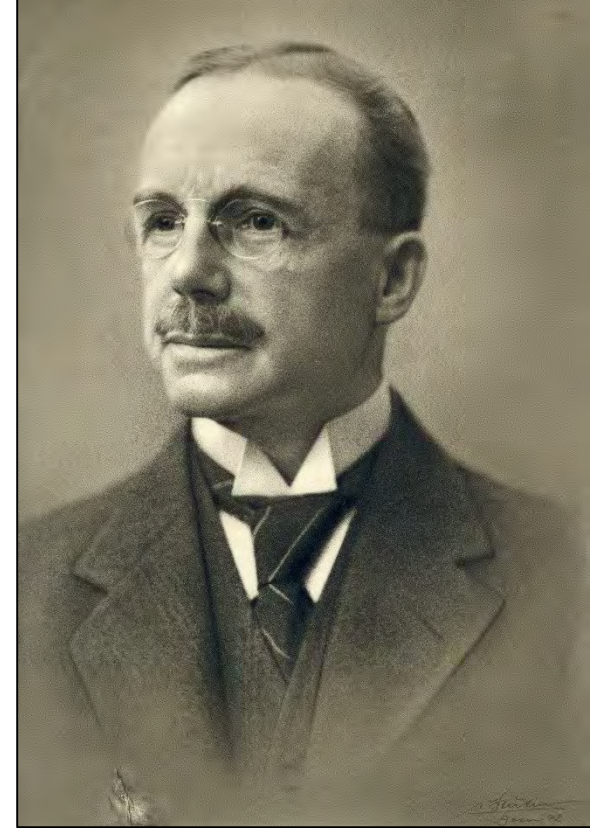
Adolf Maximilian Freiherr von Dalwigk zu Lichtenfels (* 3. Juli 1860 in Haus Boisdorf, Kreis Düren; † 20. November 1924 auf Schloss Longenburg bei Königswinter) war Jurist und Regierungspräsident des Regierungsbezirks Aachen. Sein Vater war der königlich-preußische Kammerherrn Julius von Dalwigk zu Lichtenfels (1816–1885), seine Mutter Anna von Böselager (1830–1895). Nach dem Besuch des Paulinischen Gymnasiums in Münster, das er 1880 mit dem Abitur verließ, studierte er Rechtswissenschaften in Göttingen und Straßburg. Am 15.12.1883 legt er die erste juristische Prüfung ab und wurde am 20.3.1884 zum Gerichtsreferendar ernannt. Danach war er zunächst beim Amtsgericht in Ahaus tätig, wechselte dann aber am 4.9.1884 zum Landgericht nach Paderborn. Von Oktober 1884 bis Oktober 1885 leistete er beim 1. Westfälischen Husaren-Regiment Nr. 8 seinen Wehrdienst ab. Am 2.10.1885 ging er zum Landgericht nach Münster, wechselte am 29.10.1886 jedoch zur Staatsanwaltschaft Münster. Ab dem 4.3.1887 arbeitete er bei dem Rechtsanwalt und Notar Driever in Ahaus. Am 15.11.1887 wurde er zum Regierungsreferendar bei der Regierung Düsseldorf ernannt. Am 31.1.1891 wurde er zum Regierungsassessor ernannt und arbeitete anschließend bei der Regierung in Stettin und Kassel. Im Februar 1895 wurde Adolf von Dalwigk zunächst kommissarisch als Landrat in den Kreis Wipperfürth versetzt. Im Januar 1896 wurde er dann endgültig dort Landrat. Von 1904 bis 1917 war er im Siegbkreis Landrat, bis er Regierungspräsident des Regierungsbezirkes Aachen wurde. Dort war Adolf von Dalwigk auch als Reichskommissar für die Überleitung der auf Grund des Versailler Vertrages an Belgien abzutretenden Kreise Eupen und Malmedy zuständig. Als Folge der Ermordung des Reichsministers Walther Rathenau 1922 wurde Dalwigk, wie auch andere Regierungspräsidenten in den Ruhestand versetzt. Bis zu seinem Tode 1924 war er Vorsitzender der Landwirtschaftskammer Rheinland in Bonn. Für seine Verdienste während der Zeit des Ersten Weltkrieges wurde Dalwigk mit dem Eisernen Kreuz am weiß-schwarzen Band ausgezeichnet. Er war katholisch und mit Anna Freiin von Loe verheiratet.



1904-1918

Dr. Friedrich Knoll

Dr. Friedrich Knoll (* 2. August 1869 Wiesbaden; † 2. November 1951 Bad Godesberg) war der Sohn von dem Hotelbesitzer und Privatier Georg Knoll und Susanna Luise geb. Lugenbühl. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Wiesbaden studierte er Rechtswissenschaften in München, Leipzig, Berlin und Bonn. Am 18.6.1892 wurde er Gerichtsreferendar und begann seine Ausbildung beim Amtsgericht Höchst. Danach arbeitete er bei der Staatsanwaltschaft in Wiesbaden. Am 31.8.1895 wurde er Regierungsreferendar bei den Regierungen Düsseldorf bzw. Wiesbaden. Nach seiner Ernennung am 29.11.1898 zum Regierungsassessor wurde er am 1.1.1899 Hilfsarbeiter beim Landratsamt Biedenkopf. Danach arbeitete er in Sorau, Regierung Stade. Am 10.11.1904 wurde er als kommissarischer Landrat in den Landkreis Wipperfürth versetzt, wo er am 21.11.1904 seinen Dienst antrat. Im Mai 1918 wurde Friederich Knoll zum kommissarischen Landrat in Rheinbach bestellt. Seine endgültige Bestallung folgte zum 1.12.1918. Am 30. 9. 1932 wurde Friedrich Knoll in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Er war katholisch und mit Rizza Coninx verheiratet.



1918-1919

Dr. Otto Bödiker

Dr. Otto Bödiker (*17. Oktober 1881 in Berlin; † 1920 in Berlin) war Jurist und Landrat. Er war der Sohn von Tonio Bödiker und Johanna Bödiker (geb. Devens). Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte er ab 1900 in Heidelberg und Leipzig Rechtswissenschaften. Er schloss sein Studium mit Promotion 1903 ab. Am 30.09.1903 wurde Otto Bödiker Gerichtsreferendar bei der Regierung Düsseldorf und am 27.10.1906 Regierungsreferendar. Ab 1909 arbeitete er als Regierungsassessor beim Landratsamt Nauen. Von 1911 an war er im Landratsamt Oldenstadt tätig. Am 01.01.1913 wurde Otto Bödiker zur Regierung nach Schleswig versetzt, wo er am 22.08.1916 zum Regierungsrat ernannt wurde. Im Mai 1918 kam er als kommissarischer Landrat zum Landkreis Wipperfürth. Am 14.02.1919 folgte seine endgültige Ernennung als Landrat. Im September 1919 wurde er beurlaubt. Er war katholisch und mit Lucie Kochanek verheiratet. Er verstarb am 12. Mai 1920 in Berlin.

1919-1924

Dr. Eduard Wessel

Eduard Wessel (* 30. Mai 1883 in Wittlich; † 21. Dezember 1944 in Erkelenz) war Beamter und Landrat. Sein Vater war der Seminaroberlehrer August Wessel und seine Mutter Emma, geb. Güldenbergh. Er besuchte das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Trier machte dort 1903 das Abitur. Danach studierte er bis 1906 Rechtswissenschaften an den Universitäten in Münster, Berlin, München und Bonn. Er legte die 1. juristische Prüfung am 26. Mai 1906 und promovierte am 23. September 1909 vor der Universität Heidelberg zum Dr. jur. („Das Verbrechen der Bigamie“). Nach der großen Staatsprüfung arbeitete Eduard Wessel bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main und in Wiesbaden. Nach dem Ersten Weltkrieg, an dem Eduard Wessel teilgenommen hat, kam er ab Januar 1919 zur Regierung Arnsberg Dort wurde er im April 1919 zum Regierungsrat ernannt. Am 2. September 1919 wurde Eduard Wessel dann kommissarischer Landrat im Landkreis Wipperfürth (Dienstantritt 29. September 1920). Am 18. Februar 1920 folgte die endgültige Ernennung zum 1. März 1920. Am 2. Oktober 1924 wurde er mit der Vertretung des Landrates im Landkreis Siegburg beauftragt (Dienstantritt 24. Oktober 1924), da der alte Landrat kurz zuvor gestorben war. Die kommissarische Übertragung folgte am 1. November 1924, die definitive Versetzung schließlich zum 10. März 1925. Am 18. April 1933 wurde Eduard Wessel kommissarischer Landrat des Landkreises Erkelenz. Die endgültige Versetzung folgte am 1. Oktober 1933. Eduard Wessel war nicht verheiratet. Eduard Wessel starb in Erkelenz nach dessen Evakuierung bei einem Luftangriff. Er war Mitglied der Partei Zentrum.



1924-1932

Leo Huttrop

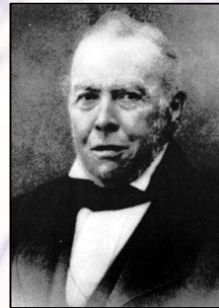
Robert Leo Huttrop (*18. Februar 1887 in Essen-Huttrop; † 1. Mai 1972 in Bonn) war Beamter und Landrat. Seine Eltern waren der Landwirt Theodor Huttrop und Anna Maria Franziska geb. Schulte. Er besuchte das Burggymnasium in Essen, wo er 1907 das Abitur machte. Danach studierte er an der TH Aachen, Architektur in Danzig, Medizin in München und Rechtswissenschaften in Greifswald, München und Bonn. Am 11.4.1912 wurde er Gerichtsreferendar, kämpfte dann jedoch von 1914 bis 1918 im ersten Weltkrieg. Im Juni 1921 machte er die große Staatsprüfung und wurde am 1.9.1921 zum Regierungsassessor ernannt. Er arbeitete dann im Reichsministerium für Wiederaufbau und wurde dort am 1.4.1922 zum Regierungsrat ernannt. Im Mai 1923 wurde Leo Huttrop Probejustiziar bei der Regierung in Düsseldorf, leitete zwischenzeitlich jedoch auch vertretungsweise das Landratsamt Moers. Am 1.11.1924 übernahm er zunächst kommissarisch das Amt des Landrates im Landkreises Wipperfürth. Am 24.4.1925 folgte dann seine endgültige Ernennung zum Landrat. Bis 30.09.1932 war Leo Huttrop Landrat des Landkreises Wipperfürth. Dann wurde er in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Während seiner Zeit als Landrat hat Leo Huttrop viel im Kreis Wipperfürth bewegt. So initiierte er 1924 die erste Anbindung des motorisierten Personennahverkehrs, der durch die Wupper-Sieg betrieben wurde („feueriger Elias“). Darüber hinaus setzt Er sich für den Ausbau der landwirtschaftlichen Berufsschulen ein. Durch die Busanbindungen der Wupper-Sieg waren regelmäßige Schulbesuche für die angehenden Bauern und Bäuerinnen überhaupt erst möglich geworden. In den landwirtschaftlichen Schulen konnte der Nachwuchs die neuesten Techniken der Agrarwirtschaft, Hygienetechniken und Kühltechnik lernen. Leo Huttrop setzte sich für den Zusammenschluss der kleinen Genossenschaftskassen ein, in dessen Folge die Kreissparkasse Wipperfürth entstand. Er regelte die Zuständigkeiten der Landärzte neu, setzte einen Kreiskommunalarzt ein und betrieb den flächendeckenden Einsatz von Krankenschwestern. Leo Huttrop trieb den Bau der heutigen L 284 als Verbindung nach Köln voran und förderte den Bau der Jugendherberge in Wipperfürth und des Krankenhauses in Lindlar. 1932 wurde er Staatskommissar für die Ämterneugliederung im Rheinland in Köln. 1933 mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde er in die Verwaltung nach Köln versetzt. 1945 übernimmt Leo Huttrop bis zu seinem Tod 1972 die Leitung des Guts Marienforst in Bad Godesberg.



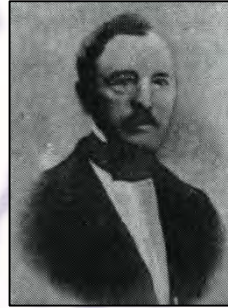
Die Landräte des Kreises Mülheim am Rhein



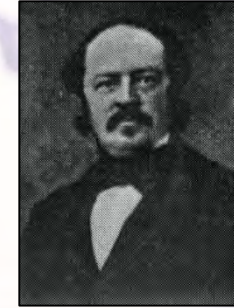
**Ludwig Josef Fortunatus
Ignatius Freiherr
zu Spies von Büllesheim**
1816-1819



**Georg Karl
Freiherr von
Münch**
1820-1821



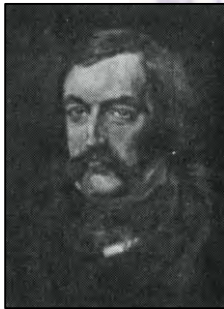
Heinrich Schnabel
1821-1852



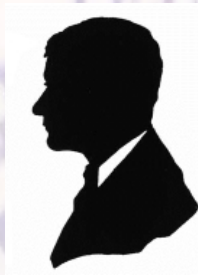
Oskar Danzier
1852-1862



Hugo Carl Forst
1862-1863



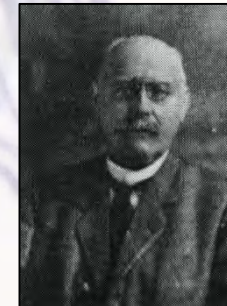
**Graf Maximilian
von Nesselrode-Ehreshoven**
1863-1867



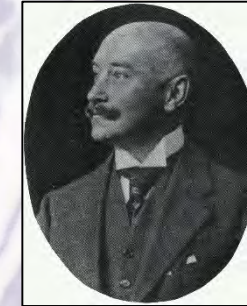
Walter Josef Bürgers
1867-1868



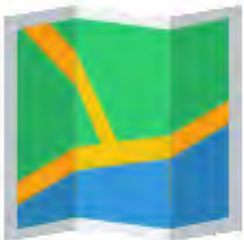
Eduard von Niesewand
1868-1907



**Dr. jur. Hermann
von Schlechtendahl**
1907-1918



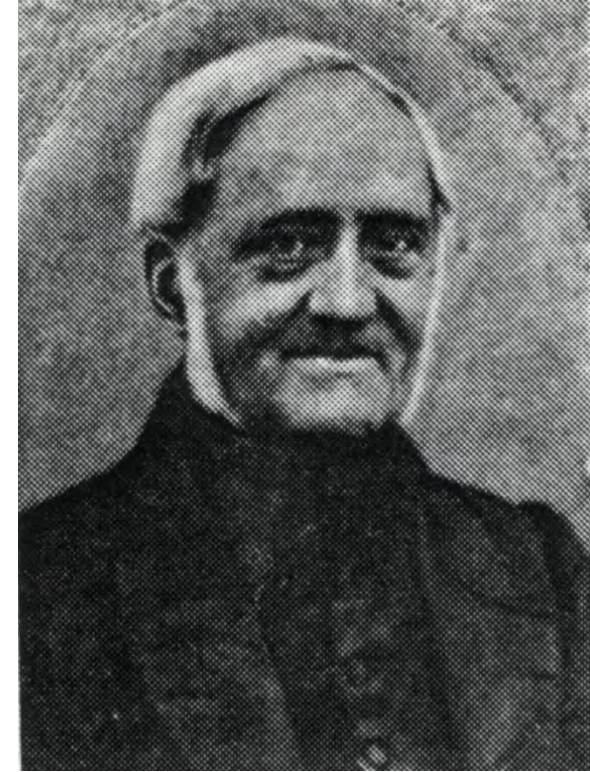
Mathias Eberhard
1918-1932



1816-1820

Ludwig Josef Fortunatus Ignatius Freiherr zu Spies von Büllesheim

Ludwig Josef Freiherr zu Spies von Büllesheim (*3. September 1785 in Düsseldorf; †19. Dezember 1860 auf Haus Hall/Kreis Heinsberg) war von April 1816 bis zum 01. Februar 1820 Landrat im Kreis Mülheim am Rhein. Seine Eltern waren der Erbschenk des Herzogtums Jülich und der kurfürstliche Wirklicher Geheimer Rat Heinrich Wilhelm Josef Spies von Büllesheim und Maria Anna ge. Freifrau von Rolshausen-Turnich. Nach Hausunterricht und dem Besuch des Paulinums in Münster, studierte er Rechts- und Kammeralwissenschaft von 1804 bis 1807 in Münster, wo er bei einem Verwandten des Erzbischofs von Köln Clemens-August von Droste Vischering wohnte. Dadurch lernte er Gleichgesinnte kennen vor allem den Grafen Friedrich Leopold von Stolberg. Er kehrte 1807 ins Rheinland zurück, fand jedoch seinen elterlichen Besitz durch die Besetzung Frankreichs völlig verwahrlost vor. Da er während der französischen Besetzung das Gut nicht wieder aufbauen konnte wurde er ab 1809 jülischer Amtmann in der Verwaltung des Großherzogtums Berg. Danach holte ihn der Großherzoglich-Bergische Minister des Innern, Graf von Nesselrode-Reichenstein ab 1812 als Souschef in das Innenministerium des Großherzogtums Berg. Seit 18. Januar 1813 arbeitete er als Conscriptions-Kommissar und ab 21. Februar 1813 als Unterpräfekt des Arrondissements Mülheim am Rhein. Nach Beendigung der französischen Besetzung war er von 1816 bis 1820 Landrat im Kreis Mülheim am Rhein. Dann schied er aus dem Staatsdienst aus und zog nach Haus Hall zurück, welches er über seine Ehefrau bekommen hatte. Von hier aus baute er seinen Besitz wieder auf und war in der „Genossenschaft des Rheinischen Ritterbürtigen Adels“, zu deren Ritterhauptmann er 1850 gewählt wurde. Darüber hinaus war er sehr in der Ritterakademie engagiert. Ludwig Spies von Büllesheim war katholisch und mit Caroline Freiin Raitz von Frenz verheiratet.



1820-1821

Georg Karl Freiherr von Münch

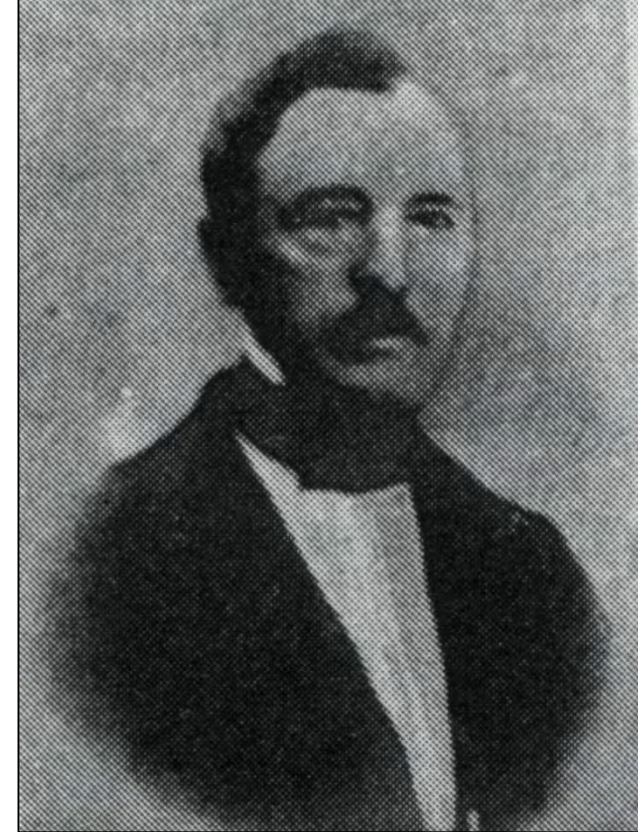
Georg Karl Franz Freiherr von dem Bussche gen. von Münch (* 17. Juli 1791; † 17. Dezember 1874 in Dresden) war in der Zeit vom 1. Februar 1820 - 3. Januar 1821 kommissarischer Landrat des Kreises Mülheim. Zuvor war er von 1817 bis 1838 Landrat des Kreises Rahden/Lübbecke in Westfalen. Georg Freiherr von dem Bussche entstammte der alten ostwestfälischen Adelsfamilie von dem Bussche. Daher gehörten ihm die Güter Benkhausen, Hoya und Anderten. Nach dem Besuch der Ritterakademie in Lüneburg und der Universitäten Göttingen und Heidelberg wurde er 1809 Mitglied des Corps Guestphalia in Heidelberg. Er trat als Kammerherr in die Dienste von Jérôme Bonaparte des Königs von Westfalen und nahm am Feldzug Napoléons gegen Russland teil. 1814 wurde er Rittmeister in der Armee des Kurfürstentums Hessen. Am 8. April 1817 wurde er unter Vorbehalt zum Landrat des Kreises Rahden (später Kreis Lübbecke) ernannt, in diesem Amt blieb er bis zu seiner Entlassung auf Gesuch im Jahr 1838. Während dieser Zeit befand sich das Landratsbüro im Schloss Benkhausen. Georg Freiherr von dem Bussche war evangelisch und verheiratet.



1821-1852

Heinrich Schnabel

Heinrich Schnabel (*12. Februar 1778 in Elberfeld; †19. September 1853 in Düsseldorf) war von 1821 bis 1852 Landrat des Kreises Mülheim am Rhein. Er war der Sohn des evangelisch-reformierten Gerichtsschreibers und späteren Stadtsyndikus Carl Friedrich Jakob Schnabel (1740–1787) und der Maria Christine Schnabel, geb. Maurenbecher (1740–1787). Sein gleichnamiger Taufpate und Großvater Heinrich Schnabel († 1791) lebte in Gladbach als Eigentümer der dortigen Schnabelsmühle, einem Vorgänger der späteren Papierfabrik J. W. Zanders. Nach seinem Studium der Rechtswissenschaft von 1794 bis 1797 in Heidelberg und Göttingen arbeitete er 1799 zunächst als Praktikant. Danach war er ab 1802 Referendar beim Geheimen Rat von Berg. Seit dem 3. November 1809 war er schließlich Assessor bei der Stadtdirektion Düsseldorf, dann Maire in Düsseldorf und ab dem 30. November 1813 Polizeidirektor für das Generalgouvernement des Großherzogtums Berg in Düsseldorf. Für das Jahr 1808 ist er dort als 3. Beigeordneter belegt und für die Jahre 1809 bis 1813 als 1. Beigeordneter. Am 1. Dezember 1813 wurde Heinrich Schnabel vom Generalgouvernement Berg kommissarisch zum ersten Oberbürgermeister der Stadt ernannt. Parallel zur Ernennung als Bürgermeister wurde Schnabel mit dem 30. November 1813 zum Polizeidirektor für das provisorische Generalgouvernement Berg in Düsseldorf ernannt. Nach dem Übergang an Preußen wurde Schnabel jedoch im Jahr 1816 beurlaubt. Am 20. Dezember 1820 wurde er zunächst zum kommissarischen Landrat des Kreises Mülheim ernannt. Am 13. Oktober 1821 folgte dann seine endgültige Ernennung durch Allerhöchste Kabinettsorder. Er blieb 32 Jahre Landrat bis zu seiner Pensionierung am 31. September 1852. Am 21. November 1832 wurde er jedoch zusätzlich zum kommissarischen Polizeidirektor in Aachen und bis 1834 zum Zivilkommissar beim 7. Armeekorps an der belgischen Grenze ernannt. Das von ihm zu Anfang Januar 1831 angetretene Amt, beinhaltete zugleich die Verwaltung des Stadtkreises Aachen als Landrat. Während Schnabels Abwesenheit von Mülheim vertrat ihn der Kreisdeputierte Friedrich Josef Hohenschutz. Sein Mülheimer Anwesen übernahm nach seiner Pensionierung sein Nachfolger Oskar Danzier. Heinrich Schnabel war zweimal verheiratet. Er heiratete zunächst am 4. September 1800 die aus Elberfeld stammende Eleonore Wichelhaus (1765–1820) eine Tochter des Partikuliers (Grundbesitzers) Johann Jakob Wichelhaus. Am 6. November 1820 ehelichte er in Düsseldorf die Helena Maurenbecher, eine Tochter des Düsseldorfer Postmeisters Johann Wilhelm Maurenbecher. Seine Grabstätte befindet sich auf dem Golzheimer Friedhof in Düsseldorf. Ihm wurde der Rote-Adler-Orden 3. Klasse verliehen.



1852-1862

Oskar Danzier

Martin Ludwig Oskar Danzier (*3. Juli 1820 in Kolberg, † 10. Juli 1879 auf Schloß Windeck/Sieg) hat nach seiner Schulausbildung im Gymnasium in Köln von 1837 bis Philosophie und Rechtswissenschaft in Bonn und Heidelberg studiert. Seit dem 22. November 1842 war er als Referendar, seit 18. Oktober 1845 als Gerichtsassessor beim Landgericht Köln tätig. Danach arbeitete er seit April 1847 bei der Regierung Köln. Vor dort wurde er am 20. Juli 1848 als kommissarischer Landrat des Kreises Waldbröl bestellt. Vom 14.8.1852 bis zum 14. April 1862 war er dann Landrat des Kreises Mülheim. Oskar Danzier hatte großes Interesse an historischen Bauwerken und deren Erhalt. Daher kaufte er 1852 die Burgruine Windeck und errichtete dort 1859/1860 auf der Süd-Ost-Spitze des Burgberges auf Fundamenten und Gewölben der alten Burg ein schiefergedecktes Burghaus bzw. eine Villa, die Schloss Windeck genannt wurde. Es war einem mittelalterlichen Baustil nachempfunden. Im Jahre 1881 brannte Schloss Windeck aus, wurde aber in den folgenden Jahren wieder aufgebaut. Während des zweiten Weltkrieges wurde Schloss Windeck erneut zerstört. Im Zuge der bis Ende der 1960er Jahre währenden Aufräumarbeiten wurden die Reste von Schloss Windeck vollständig abgerissen, weil die alte Burgruine als geschichtlich wertvoller und erhaltenswerter galt. Oskar Danzier war evangelisch. Seine Eltern waren der Garnisonsauditeur und Justizrat Theodor Ludwig Danzier und Katharina Sophie geb. Reiser. Er war verheiratet mit Philippine Katharina Mathilde Nörrenberg.



1862-1863

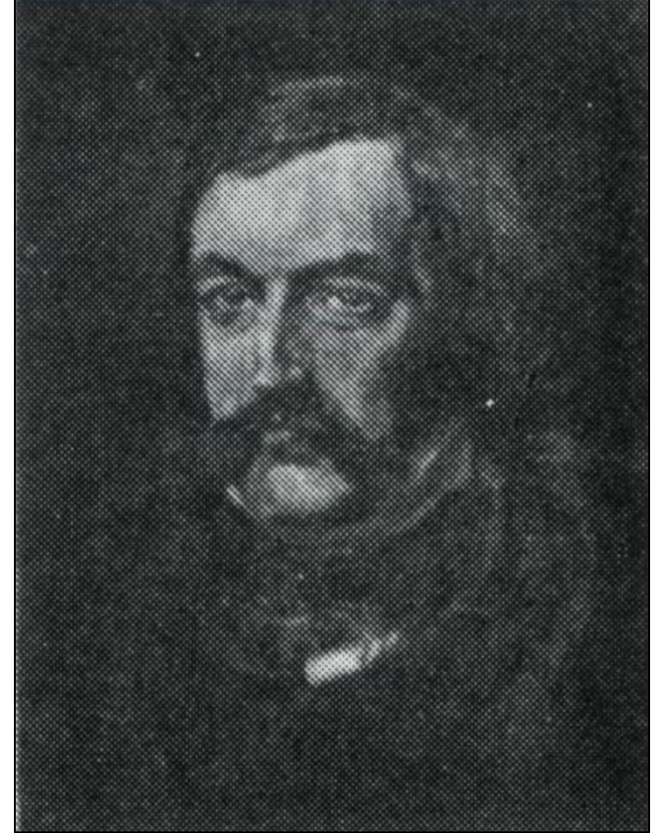
Hugo Carl Forst

Hugo Carl Eduard Forst war nach seinem Studium der Rechtswissenschaften von 1859 bis 1861 Regierungsreferendar in Köln. Vom 15. April 1862 bis zum 30. Juni 1863 war er als Regierungsassessor kommissarischer Landrat des Kreises Mülheim.

1863-1867

Graf Maximilian von Nesselrode-Ehreshoven

Maximilian Bertram Graf von Nesselrode-Ehreshoven (* 20. Dezember 1817 in Düsseldorf; † 13. August 1898 zu Schloss Ehreshoven) war Jurist und Offizier. Während seines Studiums der Rechtswissenschaften von 1837 bis 1840 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität trat er 1839 in die Studentenverbindung Corps Borussia Bonn ein. Danach wurde er von 1840 bis 1849 Offizier im 1. Garde-Ulanen-Regiment in Potsdam. 1848 wurde er Beigeordneter und 1853 Bürgermeister der Bürgermeisterei Engelskirchen. Am 30. November 1854 (Tag der Berufung, Eintritt am 7. Dezember 1854) wurde er Mitglied des Herrenhauses. Er war seit dem 12. Juli 1852 mit der Gräfin Melanie von Hatzfeld zu Wildenburg verheiratet. Von 1856 bis 1863 war er als Landrat im Landkreis Wipperfürth tätig. Am 13. November 1855 (Dienstantritt am 4. Dezember 1855,) wurde er zum kommissarischen Landrat des Kreises Wipperfürth ernannt. Am 15. April 1857 folgte dann die endgültige Ernennung zum 1. April 1857. Anschließend war er vom 1. April 1863 (Dienstantritt am 22. Juni 1863) bis zum 6. November 1867 Landrat des Kreises Mülheim. Am 22. Januar 1866 wurde er dann zum Kammerherr und Oberhofmeister der Kaiserin Augusta ernannt. Seither vom 1. März bis 28. Mai 1866 und von März 1867 bis April 1868 wird er als Landrat durch den Kreisdeputierten Walter Josef Bürgers vertreten. Bis 1870 gehörte Maximilian von Nesselrode-Ehreshoven auch die Burg Welterode. 1867 war er Mitglied des Konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes für den Wahlkreis Köln 6 (Mülheim am Rhein, Gummersbach, Wipperfürth) und die Freie Konservative Vereinigung. Maximilian von Nesselrode wurde am 11. Dezember 1858 in Jerusalem zum Ritter vom Heiligen Grab geschlagen.



1867-1868

Walter Josef Bürgers (kommissarisch)

Von März 1867 bis April 1868 übernahm der Kreisdeputierten Walter Josef Bürgers kommissarisch die Verwaltung des Landratsamtes des Kreises Wipperfürth.

1868-1907

Eduard von Niesewand

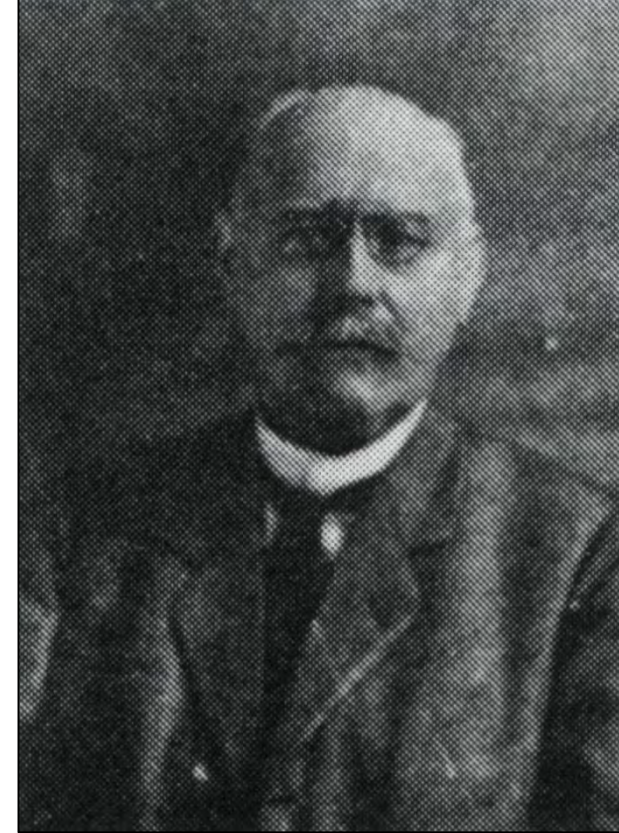
Eduard Maria Joseph Hubert von Niesewand (*28. Februar 1837 in Köln † 9. Oktober 1913 in Unkel) war Offizier und Landrat. Seine Eltern waren der preußische Generalmajor Leopold Otto von Niesewand und Therese geb. Freiin von Negri. Er besuchte die Elementarschule in Köln und die Ritterakademie in Bedburg, die er im August 1856 mit dem Abitur verließ. Eduard von Niesewand war zunächst vom 23. August 1856 bis 14. November 1866 Offizier im Kürassierregiment Graf Gessler (Rheinisches) Nr. 8 in Deutz (mit Unterbrechung in den Jahren 1860-1862). 1862 tritt er erneut in den Militärdienst und nimmt am Feldzug 1866 teil. Am 14.11.1866 schied er endgültig als Invalide aus dem Militärdienst aus. Vom 1. Februar bis 1. Mai 1866 war er dann beim Landratsamt Köln tätig. Ab dem 6. Dezember 1866 arbeitete Eduard von Niesewand bei der Regierung Köln und wurde dann ab dem 23. April 1868 kommissarischer Landrat des Kreises Mülheim. Seine endgültige Ernennung zum Landrat des Kreises Mülheim am Rhein folgte dann am 5. Dezember 1868. Am 29. August 1889 wurde der zum Geheimen Regierungsrat befördert. Er blieb Landrat im Kreis Mülheim am Rhein bis zum 28. Februar 1907 und wurde auf eigenen Wunsch entlassen. Er wurde mit dem Roten Adlerorden 2. Klasse ausgezeichnet. Eduard von Niesewand war katholisch und mit Josephine Caroline Maria Neven ver.



1907-1918

Dr. jur. Hermann von Schlechtendahl

Dr. Hermann von Schlechtendahl (*11. Januar in Mülhausen/Thüringen, †7. November 1920 in Paderborn) war Beamter und Landrat. Er war der Sohn von dem protestantischen Major Hermann von Schlechtendahl und der Katholikin Louise, geborene Risse. Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte er zunächst im Rahmen seiner juristischen Ausbildung. Seit dem 21. Juli 1883 war Referendar und ab dem 17. Mai 1890 Regierungsassessor. Seine praktische juristische Ausbildung setzte er auf dem Amtsgericht Salzkotten fort. Am 21. August 1885 wurde er zum Regierungsreferendar ernannt und arbeitete bei den Königlich Preußischen Regierungen in Gumbinnen und danach in Osnabrück. Am 16. Februar 1895 wurde er als kommissarischer Landrat mit der Verwaltung des Kreises Schleiden beauftragt (Dienstantritt: 26. Februar 1895). Am 18. September 1895 folgte die endgültige Ernennung zum Landrat. Von 1900 bis 1904 also während seiner Amtszeit wurde die Urfttalsperre gebaut. Am 1. Dezember 1906 wurde Hermann von Schlechtendahl als Landrat in den Kreis Mülheim am Rhein versetzt. Am 29. Mai 1907 folgte auch hier die endgültige Ernennung, Er behielt den Posten bis zu seiner Pensionierung am 1. Februar 1919. Von 1909 bis 1919 war er Mitglied des Provinziallandtages und des preußischen Abgeordnetenhauses. Hermann von Schlechtendahl war katholisch. Er heiratete Antonie Hesse (geboren 8. September 1866 in Paderborn; Hochzeit: 24. September 1891 in Paderborn).

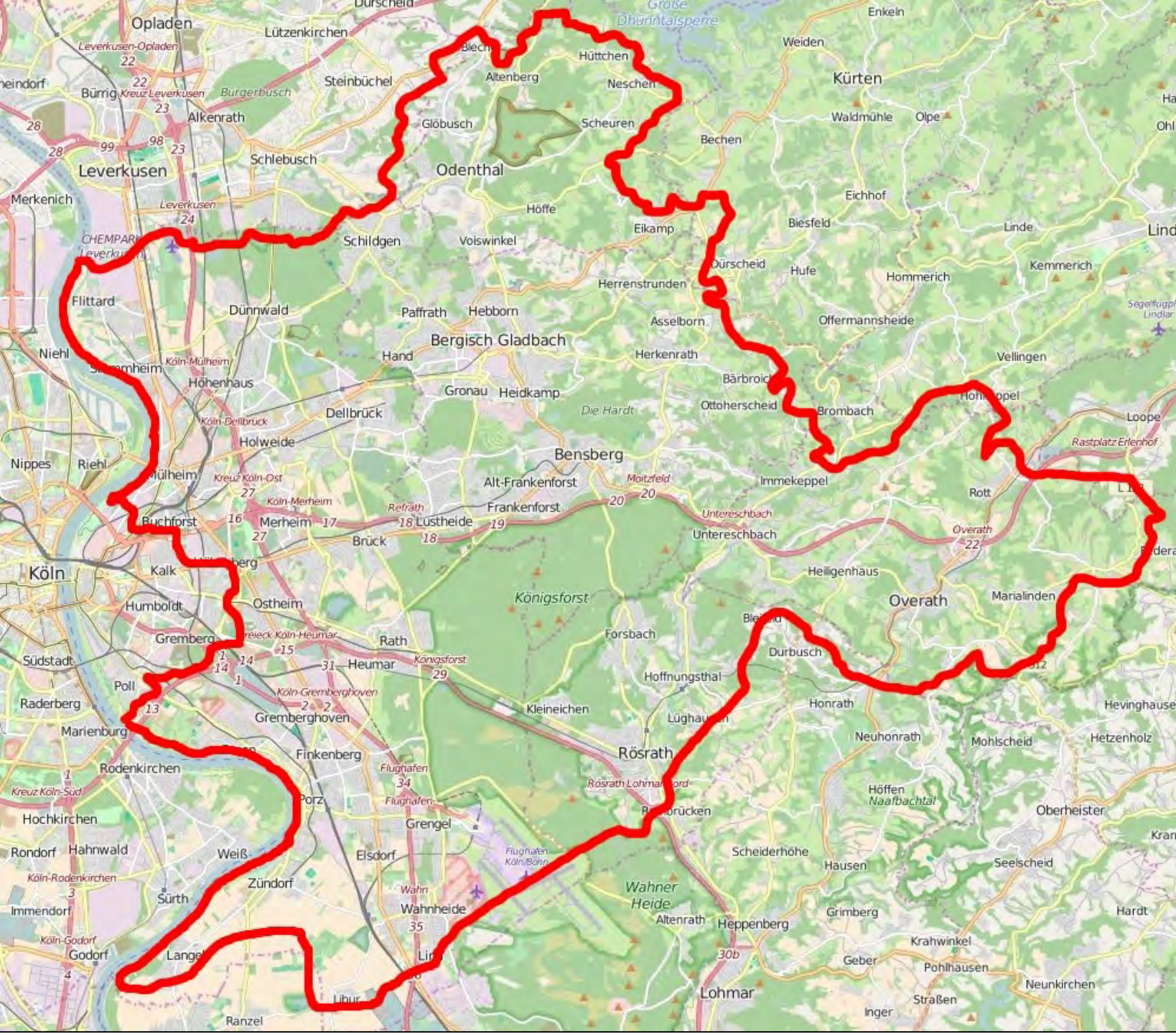


1918-1932

Mathias Eberhard

Mathias Eberhard (* 2. Januar 1871 in Trier; † 28. Oktober 1944 in Köln) war von 1932 bis 1933 Landrat im Rheinisch-Bergischen Kreis. Sein Vater war der Gymnasiallehrer und spätere Gymnasialdirektor Dr. Johann Baptist Eberhard, seine Mutter Rosa Eberhard geb. Grach. Er besuchte das Gymnasium in Sigmaringen, welches er 1890 mit der Reifeprüfung verließ. Danach studierte er von 1891 bis 1894 in München, Tübingen und Marburg Rechtswissenschaften. In Tübingen gehörte er 1892 der Studentenverbindung Corps Borussia Tübingen an. Am 5.3.1894 wurde Mathias Eberhard Gerichtsreferendar und am 18.3.1896 Regierungsreferendar. Am 25.3.1899 wurde er zum Regierungsassessor ernannt und am 11.6.1899 zur Regierung in Schleswig überstellt. 1900 ließ er sich zur Ausbildung in der Landwirtschaft beurlauben. Danach arbeitete er bei den Regierungen in Trier, Wiesbaden und Frankfurt/Oder. Am 3.6.1907 wurde Mathias Eberhard zum Regierungsrat ernannt und kehrte im November 1908 zur Regierung in Köln zurück. Im November 1918 wurde er kommissarischer Landrat im Landkreis Mülheim. Im Januar 1920 folgte seine endgültige Ernennung zum Landrat in Mülheim. Ab dem 1.10.1932 war Mathias Eberhard dann nach der Kommunalreform Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises. Mathias Eberhard war katholisch. Er heiratete am 29. April 1902 in Trier Angela Patheiger, die Tochter des Tabakfabrikanten und Weingutsbesitzers Heinrich Josef Patheiger und der Christine geb. Eichhorn. Am 15. März 1933 ersuchte Mathias Eberhard um die Entlassung als Landrat. Seit 1909 war Mathias Eberhard Mitglied im Verwaltungsrat des Kölner Gymnasial- und Stiftungsfonds.



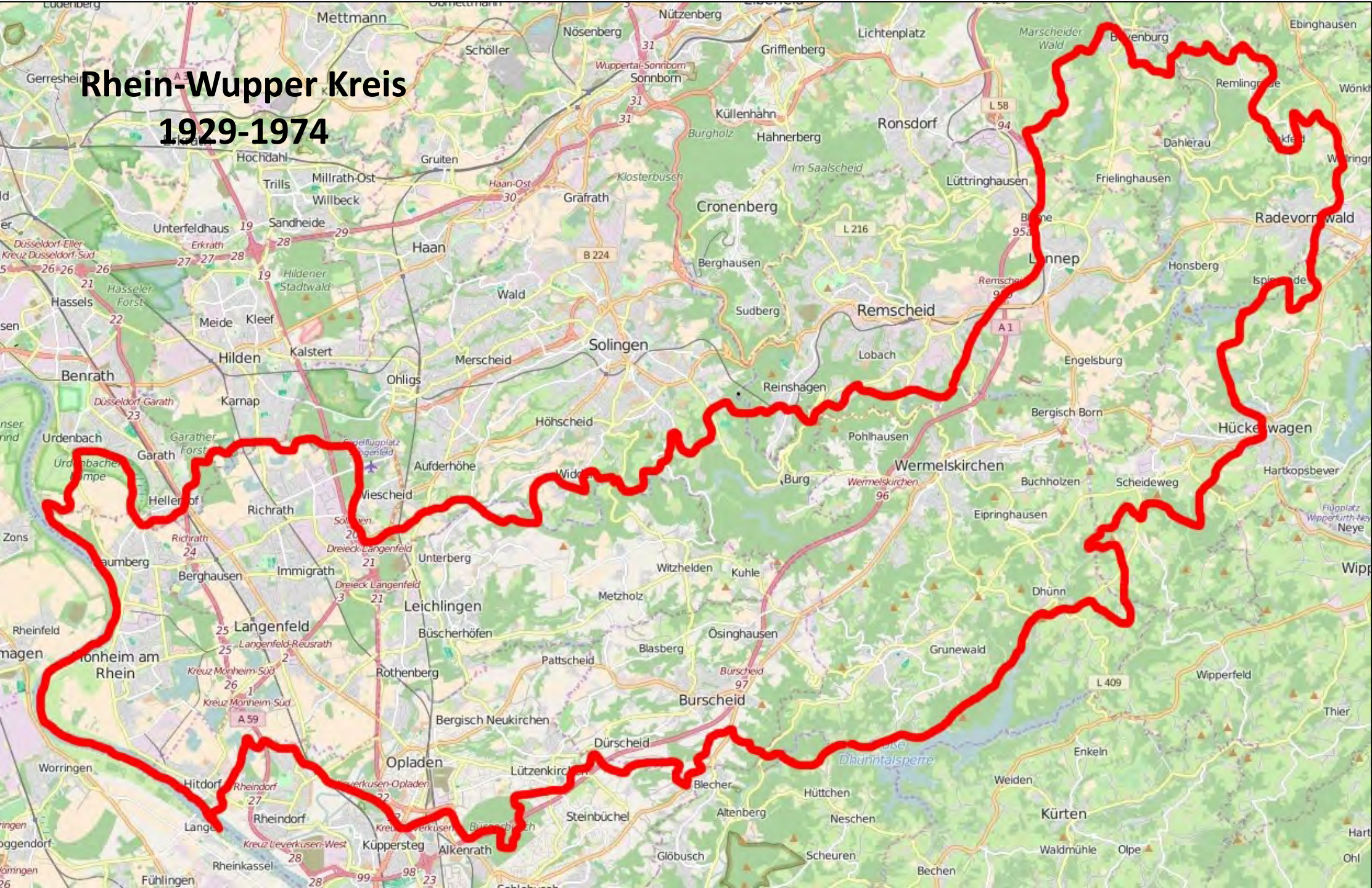


Der Kreis Mülheim 1816-1932

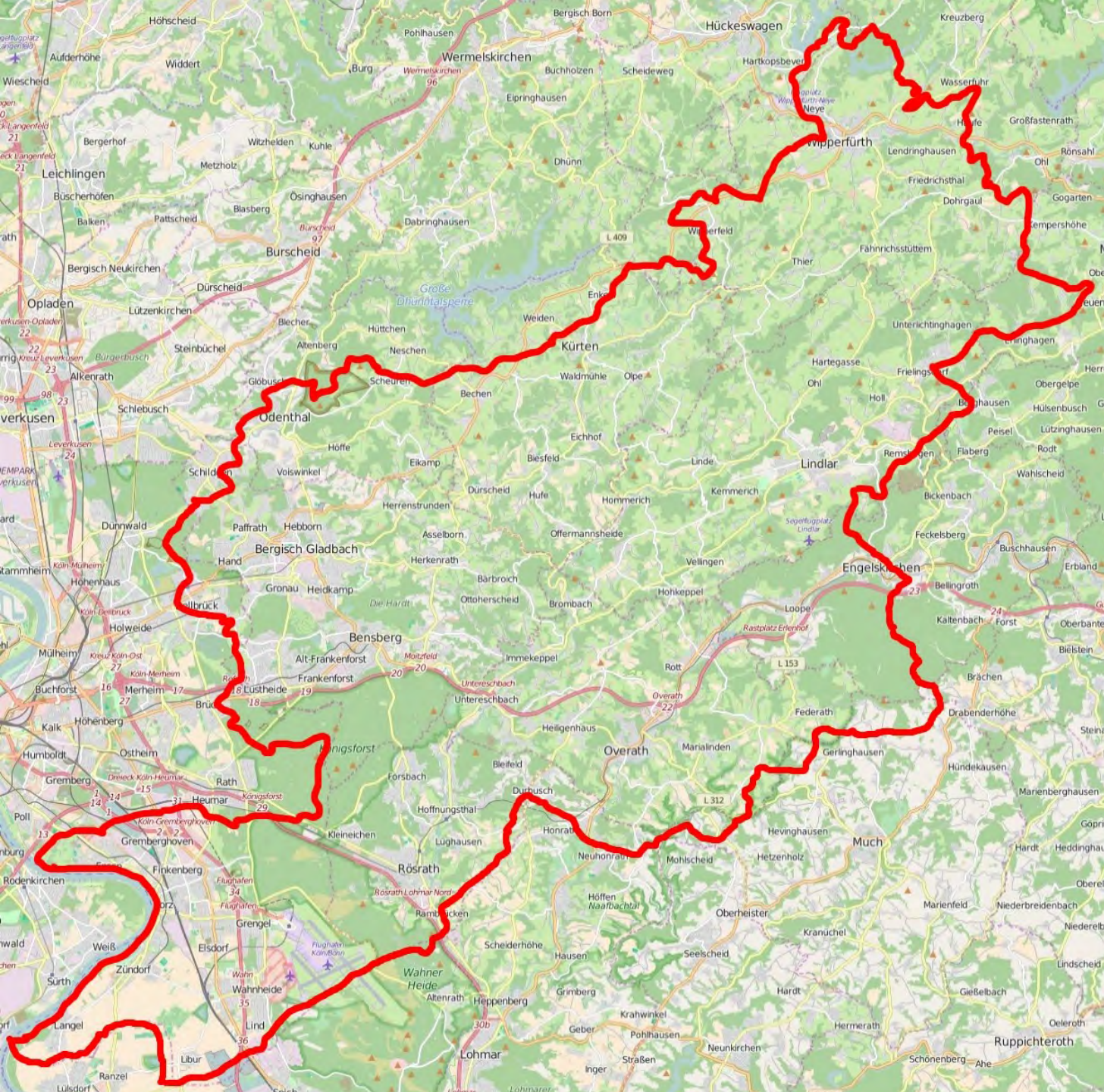


Rhein-Wupper Kreis

1929-1974



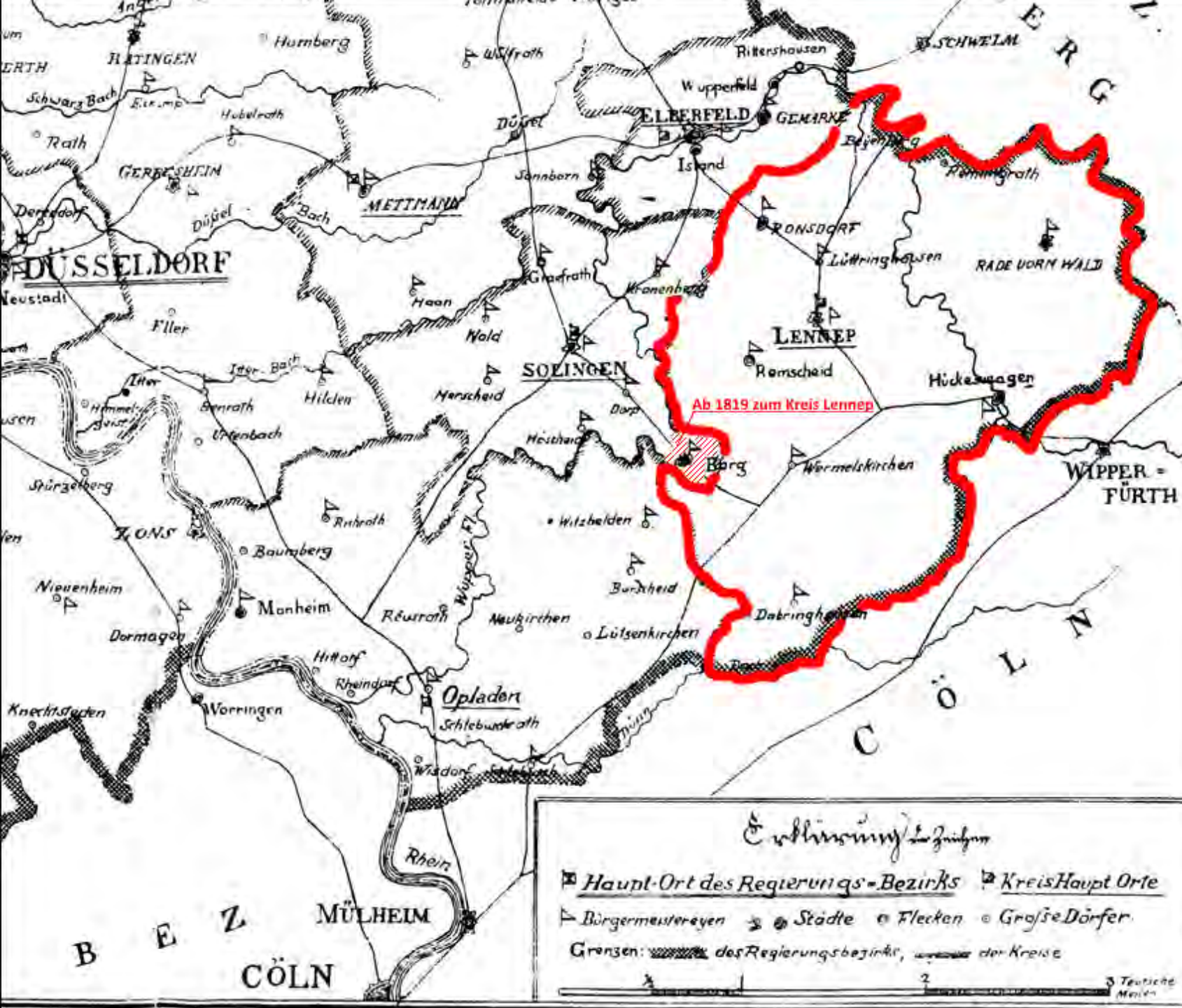
Rheinisch-Bergischer Kreis 1932-1974



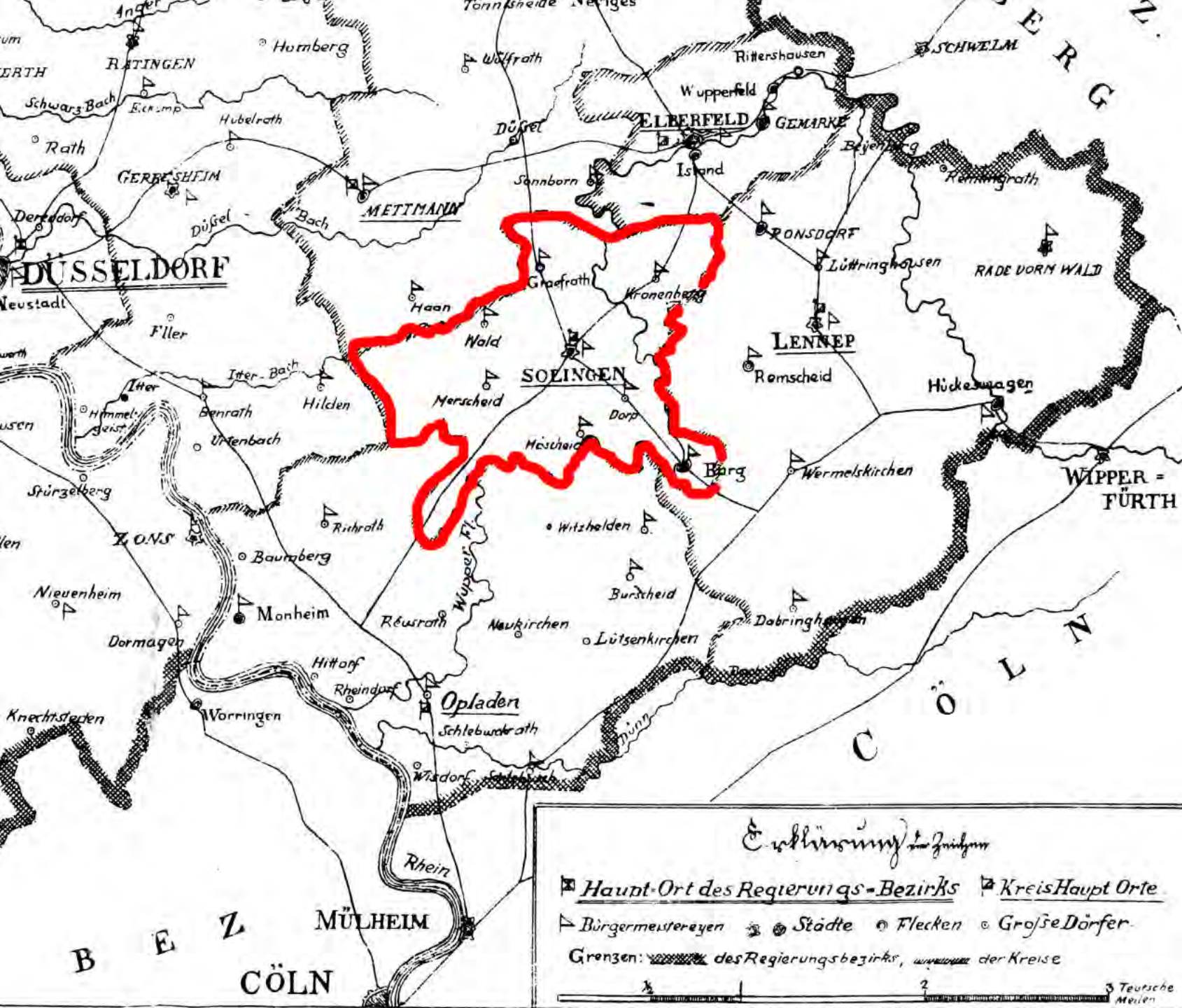
This is a detailed historical map of the Wipperfurth district. The district's boundaries are highlighted with a thick red line. The map shows a network of roads and rivers. Key locations within the district include Wipperfurth, Agathaberg, Gimmora, and Lindlar. Surrounding areas are labeled as Kreis Sauer to the west, Kreis Mülheim to the south, and Kreis Viersen to the east. A compass rose in the upper right corner points North. The map is oriented with North at the top.



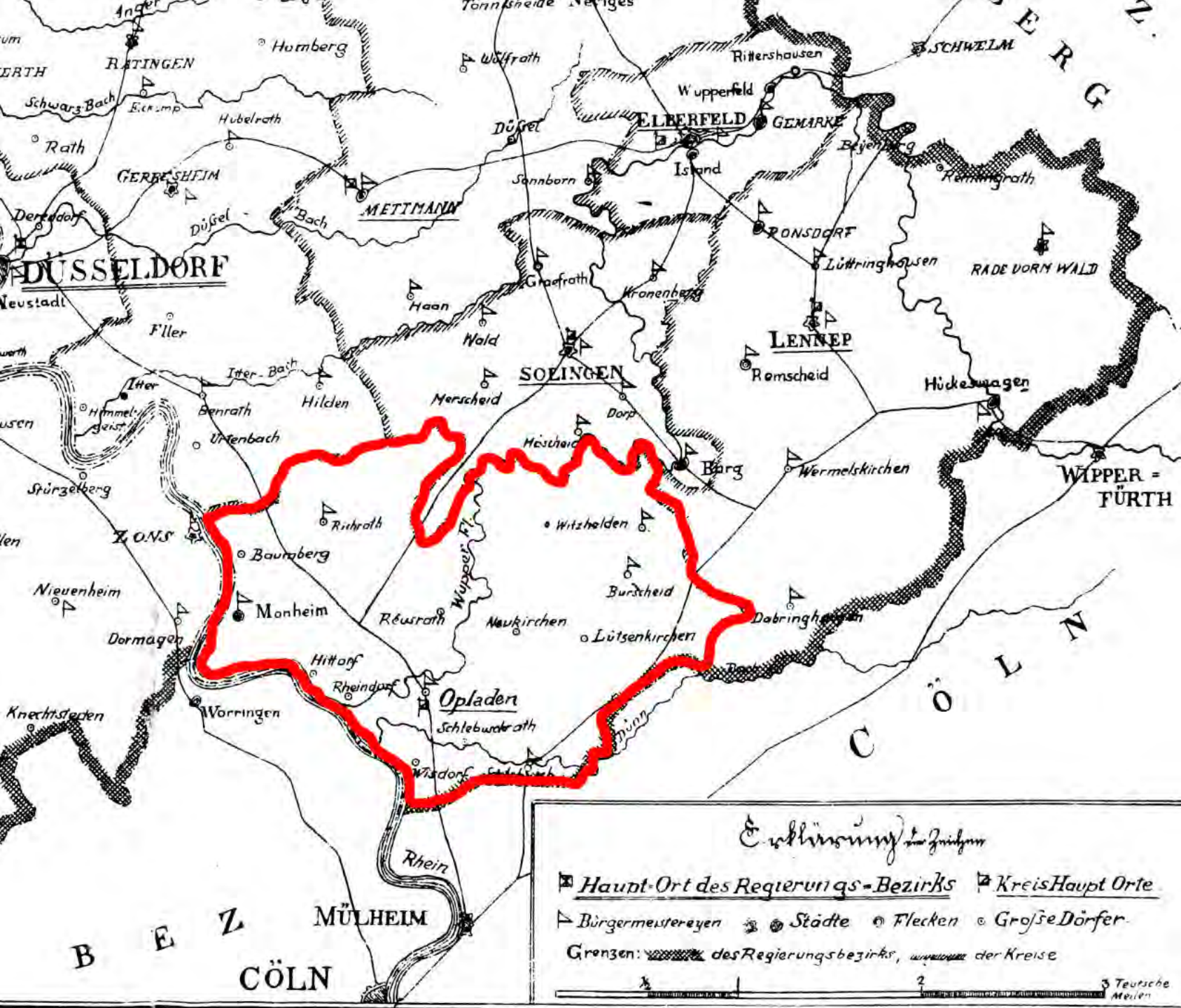
Der Landkreis Lennep 1816-1929

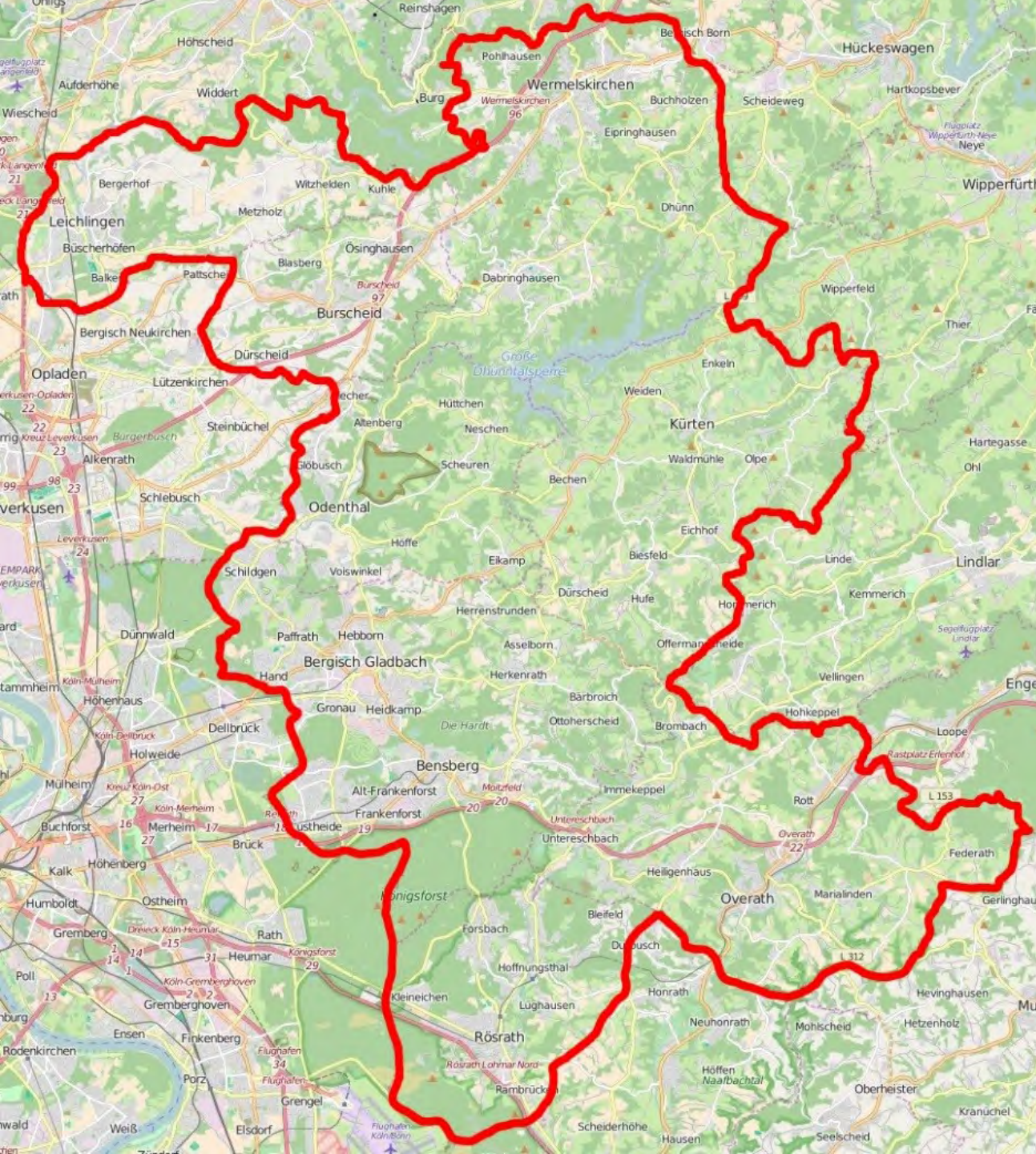


Der Landkreis Solingen 1816-1819



Der Kreis Opladen 1816-1819





Rheinisch-Bergischer Kreis 1975-heute



**Kreisverwaltungsbehörde des Kreises
Mülheim am Rhein in Köln-Mülheim**



**Kreisverwaltungsbehörde
des Rhein-Wupper Kreises
in Opladen**





Schloss Heiligenhoven bei Lindlar
Landratsamt von 1883 - 1886

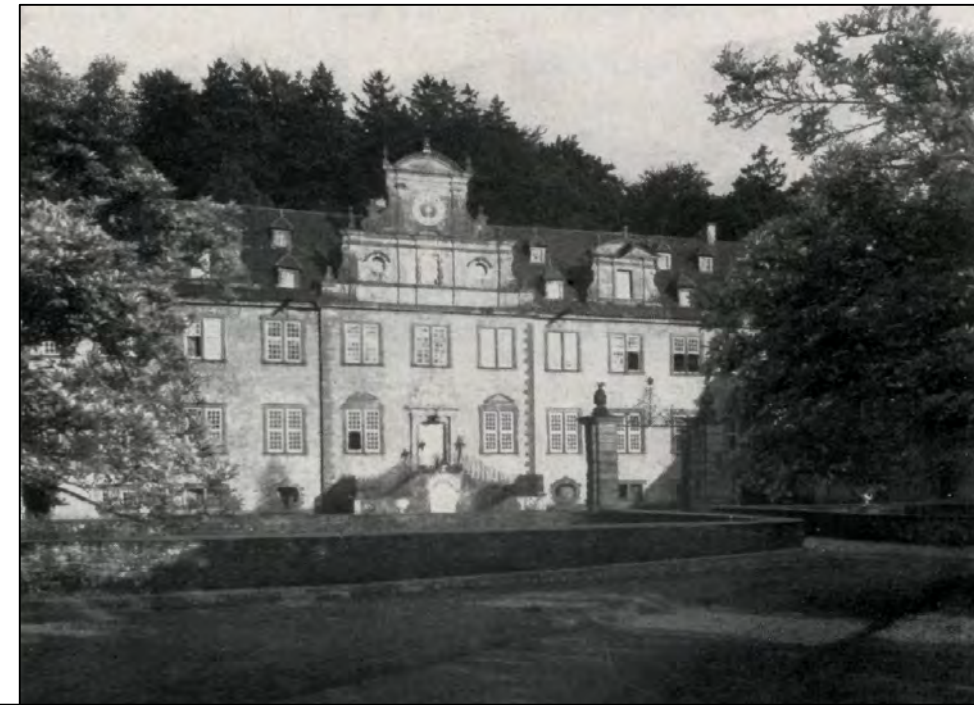


Haus Alsbach bei Engelskirchen
1865-1883

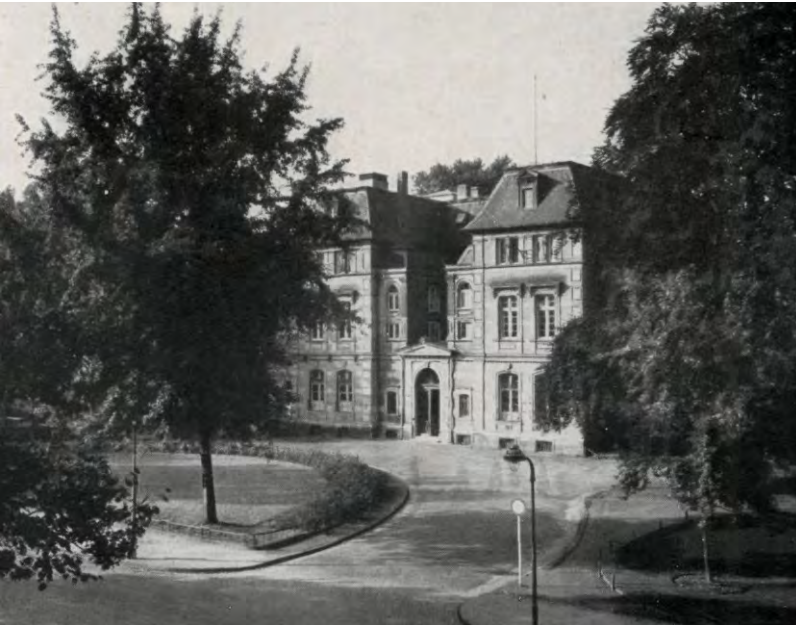
Schloss Ehreshoven bei Engelskirchen
1854-1864

Kreisverwaltungsbehörde des Kreises Wipperfürth

Kreishaus in Wipperfürth 1814-1855 und 1897-1932



Landratsamt in der Villa Zanders (Bergisch Gladbach)
1932-1972



Erweiterungsbau in Bergisch Gladbach (heute Stadtverwaltung)
1953-1972



Kreishaus „Am Rübezahlwald“ in Bergisch Gladbach Heidkamp
1972-heute

Kreisverwaltungsbehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises

Kreishausnebenstelle in Gronau



Erweiterungsbau Kreishaus Heidkamp



Kreisverwaltungsbehörde des Kreises Solingen

Bethesda-Krankenhaus
Friedrichstraße
Vormals ab 1869 Landratsamt



Haus Kirschheide
Neuenhofer Straße 36
Landratsamt 1816-1830
(Quelle Rsthal.BII87)



Haus Herkersdorf
Kölner Straße 10
Landratsamt vom 1. Mai 1854 bis 1869



Landratsamt in Opladen ab 1914

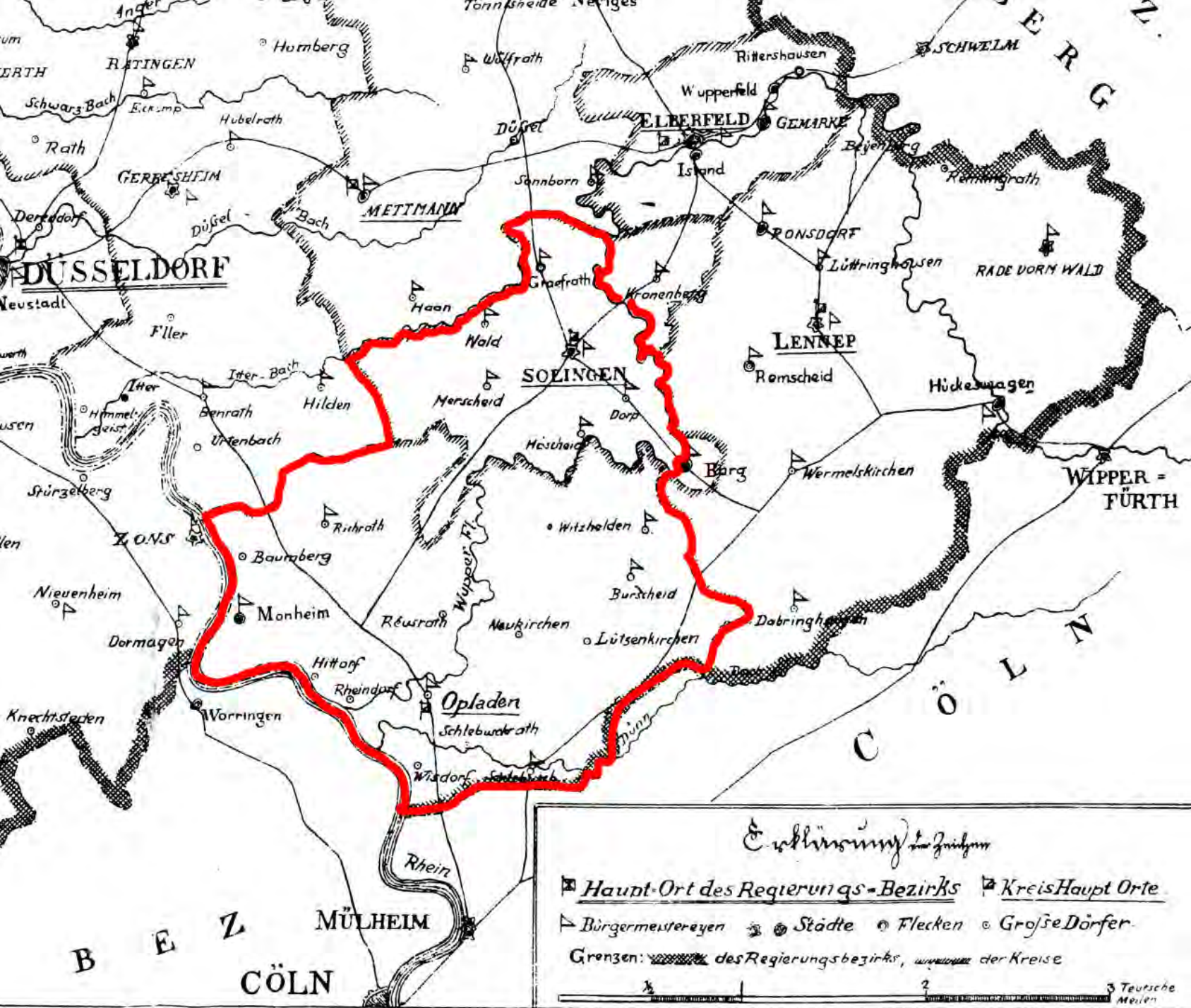




**Landratsamt
Kreis Lennep
(heute Pestalozzi-Schule)**



**Landratsamt
des Kreises Opladen
in Opladen
(Dienst- und Privatsitz
des Landrats Hauer;
heute Villa Römer)**



Der Landkreis Solingen 1819-1929



Quellenverzeichnis

Person	Bildquelle
Carl Theodor Seyssel d’Aix	Beiträge zur Geschichte des Wuppertals Band 19
Georg Friedrich Bärsch	www.wikipedia.de
Friedrich Wilhelm von dem Bussche-Kessel	www.wikipedia.de
Carl Friedrich von Melbeck	http://www.leverkusen.com
Carl Wilhelm Albert Möllenhoff	Stadtarchiv Solingen, Bericht des Kreisausschusses des Kreises Solingen-Land aus Anlaß der Verlegung des Kreissitzes von Solingen nach Opladen im Frühjahr 1914; gleichzeitig Verwaltungsbericht für 1912 und 1913, Solingen o.J.
Friedrich Dönhoff	Stadtarchiv Solingen, Bericht des Kreisausschusses des Kreises Solingen-Land aus Anlaß der Verlegung des Kreissitzes von Solingen nach Opladen im Frühjahr 1914; gleichzeitig Verwaltungsbericht für 1912 und 1913, Solingen o.J.
Adolf Lucas	
Peter Trimborn	http://www.leverkusen.com/whoiswho
Emil von Bernuth	http://www.geni.com/people/Emil-von-Bernuth/6000000024945325548
Lambert Rospatt	www.wikipedia.de
Walther Jentzsch	Stadtarchiv Paderborn, www.wikipedia.de
Max Richard Walther Koenigs	Stadt Remscheid Historisches Zentrum / Archiv
Friedrich Hentzen	Stadt Remscheid Historisches Zentrum / Archiv
Ludwig Beckhaus	Stadt Remscheid Historisches Zentrum / Archiv
Klemens August Mersmann	Kreisarchiv Kreis Trier-Saarburg
Maximilian Bertram Graf von Nesselrode-Ehreshoven	www.wikipedia.de
Freiherr Egon von Fürstenberg-Heiligenhoven	Zur Geschichte und Nutzung von Schloss Heiligenhoven, Köln 2002; Kreisarchiv Bibliothek Nr. 312
Knut Hjalmar Napoleon Mörner af Morlanda	www.wikipedia.de
Robert Leo Huttrop	Zeitung Bergische Wacht vom 27.9.1932 Nr. 224
Ludwig Josef Freiherr von Spies – Büllesheim	Johann Bendel, Heimatbuch des Landkreises Mülheim am Rhein. Geschichte und Beschreibung. Sagen und Erzählungen. 2. und 3. Auflage, Selbstverlag, Köln-Mülheim 1925
Georg Karl Freiherr von Münch	www.luebecke.de, Stadtarchiv Lübbecke
Heinrich Schnabel	Johann Bendel, Heimatbuch des Landkreises Mülheim am Rhein. Geschichte und Beschreibung. Sagen und Erzählungen. 2. und 3. Auflage, Selbstverlag, Köln-Mülheim 1925; Kreisarchiv Bibliothek Nr. 171
Oskar Danzier	Johann Bendel, Heimatbuch des Landkreises Mülheim am Rhein. Geschichte und Beschreibung. Sagen und Erzählungen. 2. und 3. Auflage, Selbstverlag, Köln-Mülheim 1925; Kreisarchiv Bibliothek Nr. 171

Person	Bildquelle
Maximilian Bertram Graf von Nesselrode-Ehreshoven	Johann Bendel, Heimatbuch des Landkreises Mülheim am Rhein. Geschichte und Beschreibung. Sagen und Erzählungen. 2. und 3. Auflage, Selbstverlag, Köln-Mülheim 1925; Kreisarchiv Bibliothek Nr. 171
Dr. Hermann von Schlechtendal	Johann Bendel, Heimatbuch des Landkreises Mülheim am Rhein. Geschichte und Beschreibung. Sagen und Erzählungen. 2. und 3. Auflage, Selbstverlag, Köln-Mülheim 1925; Kreisarchiv Bibliothek Nr. 171
Mathias Eberhard	Johann Bendel, Heimatbuch des Landkreises Mülheim am Rhein. Geschichte und Beschreibung. Sagen und Erzählungen. 2. und 3. Auflage, Selbstverlag, Köln-Mülheim 1925; Kreisarchiv Bibliothek Nr. 171
Peter Trimborn	http://www.leverkusen.com/whoiswho
Fritz Mißmahl	Stadtarchiv Bergisch Gladbach
Rudolf Murray	Stadtarchiv Düsseldorf
Georg Horstmann	Stadtarchiv Bergisch Gladbach
Wilhelm Dombois	Stolper Heimatkreise e.V. Foto Nr. 177
Reinfried von Baumbach	Landesarchiv NRW BR-Pe 613
Franz Redies	Kreisarchiv Best. 300
Friedrich Hofacker	Stadtarchiv Leverkusen; Foto privat, Nachlass Hofacker
Eugen Schneider	Stadtarchiv Leverkusen
Wilhelm Gladbach	Kreisarchiv Best. 300
Ewald Flamme	Kreisarchiv Best. 300
Wilhelm Gladbach	Kreisarchiv Best. 300
Wilhelm Helf	Kreisarchiv Best. 300
Karl Bubner	Kreisarchiv Best. 300
Wilhelm Richter	Kreisarchiv Best. 300
Mathias Eberhard	Stadtarchiv Bergisch Gladbach
Julius Mennicken beim Kreisfeuerwehrtag in Porz 1938	Willi Fritzen, „Spurensuche 2“, Seite 224 links oben, Bensberg 2001; Kreisarchiv Bibliothek Nr. 51
Herbert Klein	Kreisarchiv Best. 300
Josef Roesch	Kreisarchiv Best. 300
Carl Allmann	Kreisarchiv Best. 300
Hubert Görg	Kreisarchiv Best. 300
Konrad Kraemer	Kreisarchiv Best. 300
Rolf Hahn	Kreisarchiv Best. 300
Norbert Mörs	Kreisarchiv Best. 300
Rolf Menzel	Kreisarchiv Best. 300
Hermann-Josef Tebroke	Kreisarchiv Best. 300
Walter Hagemann	Kreisarchiv Best. 300
Walter Scholtissek	Kreisarchiv Best. 300
Klaus Siebenkotten	Kreisarchiv Best. 300
Hans-Joachim Reck	Kreisarchiv Best. 300
Jürgen Kronenberg	Kreisarchiv Best. 300
Norbert Mörs	Kreisarchiv Best. 300

Karte	Bildquelle
Der Kreis Mülheim am Rhein 1816-1932	Kreisarchiv
Rhein-Wupper Kreis 1929-1974	Kreisarchiv
Rheinisch-Bergischer Kreis 1932-1974	Kreisarchiv
Der Kreis Wipperfürth 1916-1932	Kreisarchiv
Der Landkreis Lennep 1816-1929	Kreisarchiv
Der Landkreis Solingen 1816-1819	Kreisarchiv
Der Kreis Opladen 1816-1819	Kreisarchiv
Der Rheinisch-Bergische Kreis 1975-heute	Kreisarchiv
Der Landkreis Solingen 1819-1929	Kreisarchiv
Kreishaus	Bildquelle
Mülheim am Rhein	Kreisarchiv (Best. 300)
Rhein-Wupper Kreis	www.wikipedia.de ; Kreisarchiv (Best. 300)
Kreis Wipperfürth	„Gedenkblatt zur Einweihung des Erweiterungsbaues für die Kreisverwaltung in Bergisch Gladbach am 14. Dezember 1953“ Kreisarchiv (Best. 330A D24, Best. 300), www.wikipedia.de
Rheinisch-Bergischer Kreis	„Gedenkblatt zur Einweihung des Erweiterungsbaues für die Kreisverwaltung in Bergisch Gladbach am 14. Dezember 1953“ Kreisarchiv (Best. 330A D24, Best. 300)
Kreis Solingen	www. blog.tetti.de ; Kreisarchiv (Best. 300); www. solingen-internet.de
Kreis Lennep	www. baukunst-nrw.de
Kreis Opladen	www.bgv-niederwupper.de

Literaturliste

Horst Romeyk: Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816–1945 (= Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichte. 69). Droste, Düsseldorf 1994, ISBN 3-7700-7585-4
Max Bär: Die Behördenverfassung der Rheinprovinz seit 1815. (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde XXXV), Droste Verlag, Düsseldorf 1998 (zweiter Nachdruck der Ausgabe Bonn 1919), ISBN 3-7700-7600-1,
Gustav Grote: Carl Theodor Graf v. Seyssel d'Aix. 1780–1863. In: Wuppertaler Biographien. 10. Folge, Wuppertal 1971
Charles Schmidt: Das Großherzogtum Berg 1806–1813. Eine Studie zur französischen Vorherrschaft in Deutschland unter Napoleon I. (=Bergische Forschungen. Quellen und Forschungen zur bergischen Geschichte, Kunst und Literatur, XXVII) Verlagsdruckerei Schmidt, Neustadt/Aisch 1999, ISBN 3-87707-535-5
Olga Sonntag: Villen am Bonner Rheinufer: 1849-1914. Band 2., Bouvier, Bonn 1998, ISBN 3-416-02618-7
Bernd Haunfelder: Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1849–1867, 1994
F. G. Hohmann, Geschichte der Verwaltung des Kreis Paderborn S. 56-63;
Lilla, Joachim, Die Staatliche Polizeiverwaltung in Recklinghausen 1922 bis 1945; Nachträge und Berichtigungen zum Beitrag in der Vestischen Zeitschrift 99 (2002), S. 247-362
Hedwig Castendyk: Das Geschlecht Beckhaus vom Gute Beckhausen bei Ergste in Westfalen mit seinen bislang bekannten Abzweigungen. Bielefeld, Selbstverlag, 1934.
Werner Löhnertz, Toni Offermann: Julius Heinrich Wiethaus. Landrat in Bernkastel 1852–1863- In: Jahrbuch des Landkreises Bernkastel-Wittlich, 1985
Heinrich Best, Wilhelm Weege: Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Düsseldorf: Droste-Verlag, 1998. ISBN 3-7700-0919-3
Claudia Schmitt: Wiethaus, Julius Heinrich. In: Heinz Monz (Hrsg.):Trierer biographisches Lexikon. Landesarchivverwaltung, Koblenz 2000, ISBN 3-931014-49-5
Egbert Weiß: Corpsstudenten in der Paulskirche, in: Einst und Jetzt, Sonderheft 1990, München 1990
Genealog. Taschenbuch der freiherrlichen Häuser, (Verlag Perthes Gotha), 1932
Barbara Burkardt, Manfred Pult: Nassauische Parlamentarier. Teil 2: Der Kommunallandtag des Regierungsbezirks Wiesbaden 1868–1933. Historische Kommission für Nassau, Wiesbaden 2003, ISBN 3-930221-11-X, S. 186 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 71, Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen 17).
Eduard Arens/Wilhelm Leopold Janssen: Club Aachener Casino, Druck Wilhelm Metz, Aachen 1964

Hans Leonhard Brenner: Die Strunde und ihre Bergisch Gladbacher Mühlen. (=Schriftenreihe des Bergischen Geschichtenvereins Rhein-Berg e.V., 67) Hrsh. Bergischer Geschichtsverein Rhein-Berg e.V. in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Bergisch Gladbach, Bergisch Gladbach 2012, ISBN 3-932326-67-9
Fritz Dross: Kleine Düsseldorfer Stadtgeschichte. Pustet, Regensburg 2009
Johann Bendel: Heimatbuch des Landkreises Mülheim am Rhein. Geschichte und Beschreibung. Sagen und Erzählungen. 2. und 3. Auflage, Selbstverlag, Köln-Mülheim 1925
Franz Frechen: Der Golzheimer Friedhof zu Düsseldorf. In: Rheinische Friedhöfe. 5. Heft (=Veröffentlichungen der Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde e.V., Nr. 55), Köln 1990
Charles Schmidt: Das Großherzogtum Berg 1806-1813. Eine Studie zur französischen Vorherrschaft in Deutschland unter Napoleon I. (=Bergische Forschungen. Quellen und Forschungen zur bergischen Geschichte, Kunst und Literatur, XXVII) Verlagsdruckerei Schmidt, Neustadt/Aisch 1999, ISBN 3-87707-535-5
Dokumentation über die Landräte und Oberkreisdirektoren in Nordrhein-Westfalen 1945-1991, Landkreistag NRW, Düsseldorf, 1992